

**Sonderthema:
Europawahl 2024**
Richtungsentscheidung für die EU

GRUND ZUM WÄHLEN
Wie das Europaparlament zum
Machtfaktor in der EU geworden ist

SEITE 4

GRUND ZUM FEIERN
Festakt in Berlin zum
75. Jahrestag des Grundgesetzes

SEITE 12

Das Parlament

Berlin, 25. Mai 2024

www.das-parlament.de

74. Jahrgang | Nr. 22-23 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Chefankläger unter Druck

Karim Khan Schon mit seinem Haftbefehl gegen den russischen Präsidenten Putin wegen russischer Kriegsverbrechen im Angriffskrieg auf die Ukraine sorgte der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs für gehörigen Wirbel. Sein Antrag auf Haftbefehl für die Hamas-Führung wegen des Terrorangriffs auf Israel im Oktober 2023 tat das nun umso mehr: Weil er ihn in einem Atemzug mit Anträgen auf Haftbefehl auch für Israels Premier Netanjahu und Verteidigungsminister Galant verkündete. Der Vorwurf: Israel begehe womöglich Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit bei seinem militärischen Vorgehen gegen die Hamas in Gaza. Die Kritik Netanjahus, eine etwaige Strafverfolgung wäre ein „beispielloses antisemitisches Hassverbrechen“ konkretisierte der britische Jurist kühl: „Niemand steht über dem Gesetz.“



ZAHL DER WOCHE

124

Staaten sind dem Rom-Statut beigetreten und erkennen damit den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag an. Israel gehört nicht dazu. Repräsentiert sind damit rund 60 Prozent der Staaten und rund 30 Prozent der Weltbevölkerung.

ZITAT DER WOCHE

»Mehr als empörend.«

Israels Präsident **Isaac Herzog** kritisiert, dass das Vorgehen des Chefanklägers in Den Haag Israels Verteidigung eigener Sicherheit und den Schutz seiner Bürger auf eine Stufe mit dem Hamas-Terror stelle.

IN DIESER WOCHE

- THEMA** **Ukraine** Der Europausschuss-Vorsitzende Hofreiter ist für einen EU-Hilfsfonds Seite 2
- Wahlrecht** Das EU-Parlament wird nach 27 nationalen Regeln gewählt Seite 5
- Bürokratie** Was ist dran am Brüsseler Regulierungseifer? Seite 6
- EU-Erweiterung** Neue Kandidaten, alte Probleme Seite 7
- Interview** Ex-EZB-Volkswirt Jürgen Stark über die Stabilität des Euro Seite 9

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
64546 Mörfelden-Walldorf



Weil es um etwas geht

EUROPAPARLAMENT Wie viel EU – und welche EU? Die Europäer haben Anfang Juni die Wahl

Beim Thema Schuldenmachen kommen Grüne und Liberale nicht zusammen. Das gilt auf nationaler Ebene beim Thema Schuldenbremse, aber erst recht auf EU-Ebene. Während der Vorsitzende des Europa-Ausschusses Anton Hofreiter (Grüne) einen kreditfinanzierten EU-Fonds in Höhe von 300 bis 400 Milliarden Euro fordert, um die Ukraine zu unterstützen und gemeinsam europäische Rüstungsgüter zu beschaffen, stellt die FDP-Spitze klar: Der EU-Wiederaufbau-Fonds aus der zu Ende gegangenen Wahlperiode des Europa-Parlaments bleibt eine Einmaligkeit. „Keine erneute gemeinsame Schuldenaufnahme in der EU“, verlangen die Liberalen. Die Wähler können diesen Zwist als nervigen Streit der Ampel-Koalition sehen. Oder eben anders: „Auch unter den Pro-EU-Parteien gibt es sehr unterschiedliche Vorstellungen über die künftige EU-Politik“, sagt Funda Tekin, Direktorin des Instituts für Europäische Politik (iep) und Honorarprofessorin an der Universität Tübingen, und ergänzt: „Die Europäerinnen und Europäer haben die Wahl.“ Für manche mag das eine Qual sein, wenn sie in Europa vom 6. bis zum 9. Juni und in Deutschland am 9. Juni ihre Stimme für das künftige Europäische Parlament abgeben. Dass Demokratie einfach ist, hat aber niemand behauptet. Wer nicht wählt, verpasst eine Chance, den Kontinent mitzugestalten.



Wer am 9. Juni nicht wählt, verpasst eine Chance, den Kontinent mitzugestalten.

© picture-alliance/Zoonar/Smilla721

Wirtschaft contra Umwelt Wie entscheidend das EU-Parlament und die dortigen Mehrheitsverhältnisse mittlerweile sind, zeigt ein Rückblick auf die vergangene Wahlperiode. 2019 erreichten die Grünen in Deutschland 20,5 Prozent, wurden zweitstärkste Partei. Nur wenige Monate davor hatte „Fridays for Future“ die ersten Massenproteste für mehr Klimaschutz organisiert. Der Zeitgeist war grün. Das hatte Folgen für die Politik. Die christdemokratische Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen initiierte den Europäischen Grünen Deal, mit dem die Europäische Union bis 2050 klimaneutral werden will. Ein Großteil der Schulden, die die EU aufnimmt, sollen der grünen Transformation der Wirtschaft dienen. Dazu kommen eine Reihe von Regulierungen. Seitdem streiten die Parteien nicht nur über die Frage der öffentlichen Schulden, sondern auch über das Verhältnis von Wirtschaft und Umweltschutz. Am deutlichsten wurde dies beim Verbot von Autos mit Verbrennungsmotor nach dem Jahr 2035. Aber auch die EU-Verpackungsrichtlinie oder das Recht auf Reparatur waren Gegenstand intensiver Verhandlungen. Thun Nguyen, stellvertretende Direktorin des Jacques Delors Centre der Hertie School in Berlin, nennt das europäische Renaturierungsgesetz als weiteres Beispiel für unterschiedliche Ansätze der verschiedenen Parteien. Dieses schreibt vor, mindestens 30 Prozent der entwässerten Torfgebiete bis 2030 wiederherzustellen. EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen habe dieses EU-Gesetz nur dank ausreichender Stimmen der Fraktion der Grünen im Europaparlament durchsetzen können, nachdem ihre eigene Parteienfamilie der Europäischen Volkspartei (EVP) dagegen war. „Auch in der Migrationspolitik sind klare Unterschiede zwischen Grünen und EVP erkennbar“, sagt Nguyen.

Wirtschaft contra Umwelt Wie entscheidend das EU-Parlament und die dortigen Mehrheitsverhältnisse mittlerweile sind, zeigt ein Rückblick auf die vergangene Wahlperiode. 2019 erreichten die Grünen in Deutschland 20,5 Prozent, wurden zweitstärkste Partei. Nur wenige Monate davor hatte „Fridays for Future“ die ersten Massenproteste für mehr Klimaschutz organisiert. Der Zeitgeist war grün. Das hatte Folgen für die Politik. Die christdemokratische Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen initiierte den Europäischen Grünen Deal, mit dem die Europäische Union bis 2050 klimaneutral werden will. Ein Großteil der Schulden, die die EU aufnimmt, sollen der grünen Transformation der Wirtschaft dienen. Dazu kommen eine Reihe von Regulierungen. Seitdem streiten die Parteien nicht nur über die Frage der öffentlichen Schulden, sondern auch über das Verhältnis von Wirtschaft und Umweltschutz. Am deutlichsten wurde dies beim Verbot von Autos mit Verbrennungsmotor nach dem Jahr 2035. Aber auch die EU-Verpackungsrichtlinie oder das Recht auf Reparatur waren Gegenstand intensiver Verhandlungen. Thun Nguyen, stellvertretende Direktorin des Jacques Delors Centre der Hertie School in Berlin, nennt das europäische Renaturierungsgesetz als weiteres Beispiel für unterschiedliche Ansätze der verschiedenen Parteien. Dieses schreibt vor, mindestens 30 Prozent der entwässerten Torfgebiete bis 2030 wiederherzustellen. EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen habe dieses EU-Gesetz nur dank ausreichender Stimmen der Fraktion der Grünen im Europaparlament durchsetzen können, nachdem ihre eigene Parteienfamilie der Europäischen Volkspartei (EVP) dagegen war. „Auch in der Migrationspolitik sind klare Unterschiede zwischen Grünen und EVP erkennbar“, sagt Nguyen.

auf diesem Gebiet konnte sie beim EVP-Nominierungsparteitag im März in Budapest ihre Aufstellung sichern. Kommissionspräsident wird indes nur, wer auch eine Mehrheit im Parlament für sich finden kann. Die Sozialdemokraten haben den Luxemburger Nicolas Schmit zu ihrem Spitzenkandidaten für die Wahl gekürt, derzeitiger EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte. Wer auch immer die künftige Kommission führt – sie und das neue Parlament haben nicht viel Zeit, sich zu finden. Die Debatte mit den Mitgliedsstaaten über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen der EU steht an, also die Frage, wie viel Geld die EU in den Jahren nach 2027 ausgeben darf, und vor allem: wofür. Für mehr Klimaschutz, mehr Subventionen an Industrieunternehmen oder Landwirte oder für Verteidigungspolitik? „Ohne Zustimmung des Europa-Parlaments gibt es keinen EU-Haushalt“, erklärt iep-Direktorin Tekin. Da könnte es zum großen Problem für Europas Handlungsfähigkeit werden, wenn die Bürger Europas mit ihren Stimmen den EU-Gegnern im Parlament zu viel Gewicht geben. „Auch wenn es derzeit nicht danach aussieht: Sollten rechtsextreme Parteien und Antieuropäer so viele Stimmen bekommen, dass sie Entscheidungen blockieren können, könnte

die am Beginn der Wertschöpfungsketten stehen, und will erreichen, dass man sich gemeinsam von einzelnen Importeuren unabhängiger macht“, erklärt Grüner. So will die EU sicherstellen, dass andere Staaten die Europäer nicht erpressen, indem sie ihnen wertvolle Rohstoffe vorenthalten, die der Ausgangspunkt für ganze Industrien sind, wie seltene Erden für die Produktion von Batterien und Elektroautos. Stefan Kolev, wissenschaftlicher Leiter des Berliner Ludwig-Erhard-Forums für Wirtschaft und Gesellschaft sowie Ökonomie-Professor an der Hochschule Zwickau, sagt mit Blick auf die anstehenden Wahlen: „Wir brauchen eine bessere EU. Manche Dinge, die derzeit in Brüssel entschieden werden, sollten besser auf die nationale oder lokale Ebene zurückverlagert werden.“ Trotzdem gebe es auch Bereiche, in denen mehr EU nötig sei, sagt Kolev: „Wir brauchen insbesondere besser integrierte Energie- und Kapitalmärkte, und dafür müssen EU-Kommission, Parlament und Europäischer Rat in der nächsten Wahlperiode ein Regelwerk schaffen.“ Bereits im November 2022 hatten Bundespräsident Joachim Nagel und sein französischer Kollege Francois Villeroy de Galhau, Gouverneur der Banque de France, in einem gemeinsamen Beitrag die Debatte über eine Kapitalmarktunion zu einer „Frage der strategischen Autonomie Europas“ erklärt. Insbesondere gegenüber dem weltgrößten Kapitalmarkt der USA sind die fragmentierten Kapitalmärkte der europäischen Staaten im Nachteil. Unternehmen investieren auch deshalb gern in Amerika, weil sie dort aufgrund des großen Kapitalmarktes bessere Finanzierungsbedingungen vorfinden. Hier kann Europa nur auf Augenhöhe kommen, wenn es die Kräfte seiner Finanzmärkte bündelt. Die weitere Stärkung des Binnenmarkts, nicht zuletzt mit Blick auf global wettbewerbsfähige Kapitalmärkte, könnte ein bedeutendes Projekt der nächsten fünf Jahre auf werden. Die Mehrheitsverhältnisse im Europäischen Parlament sind für ein Gelingen bedeutend.

die am Beginn der Wertschöpfungsketten stehen, und will erreichen, dass man sich gemeinsam von einzelnen Importeuren unabhängiger macht“, erklärt Grüner. So will die EU sicherstellen, dass andere Staaten die Europäer nicht erpressen, indem sie ihnen wertvolle Rohstoffe vorenthalten, die der Ausgangspunkt für ganze Industrien sind, wie seltene Erden für die Produktion von Batterien und Elektroautos. Stefan Kolev, wissenschaftlicher Leiter des Berliner Ludwig-Erhard-Forums für Wirtschaft und Gesellschaft sowie Ökonomie-Professor an der Hochschule Zwickau, sagt mit Blick auf die anstehenden Wahlen: „Wir brauchen eine bessere EU. Manche Dinge, die derzeit in Brüssel entschieden werden, sollten besser auf die nationale oder lokale Ebene zurückverlagert werden.“ Trotzdem gebe es auch Bereiche, in denen mehr EU nötig sei, sagt Kolev: „Wir brauchen insbesondere besser integrierte Energie- und Kapitalmärkte, und dafür müssen EU-Kommission, Parlament und Europäischer Rat in der nächsten Wahlperiode ein Regelwerk schaffen.“ Bereits im November 2022 hatten Bundespräsident Joachim Nagel und sein französischer Kollege Francois Villeroy de Galhau, Gouverneur der Banque de France, in einem gemeinsamen Beitrag die Debatte über eine Kapitalmarktunion zu einer „Frage der strategischen Autonomie Europas“ erklärt. Insbesondere gegenüber dem weltgrößten Kapitalmarkt der USA sind die fragmentierten Kapitalmärkte der europäischen Staaten im Nachteil. Unternehmen investieren auch deshalb gern in Amerika, weil sie dort aufgrund des großen Kapitalmarktes bessere Finanzierungsbedingungen vorfinden. Hier kann Europa nur auf Augenhöhe kommen, wenn es die Kräfte seiner Finanzmärkte bündelt. Die weitere Stärkung des Binnenmarkts, nicht zuletzt mit Blick auf global wettbewerbsfähige Kapitalmärkte, könnte ein bedeutendes Projekt der nächsten fünf Jahre auf werden. Die Mehrheitsverhältnisse im Europäischen Parlament sind für ein Gelingen bedeutend.

»Ohne Zustimmung des Europa-Parlaments gibt es keinen EU-Haushalt.«

Funda Tekin, Institut für Europäische Politik

»Es ist von großem wirtschaftlichem Vorteil, dass wir die EU haben.«

Hans Peter Grüner, Ökonom

Problem für Europas Handlungsfähigkeit werden, wenn die Bürger Europas mit ihren Stimmen den EU-Gegnern im Parlament zu viel Gewicht geben. „Auch wenn es derzeit nicht danach aussieht: Sollten rechtsextreme Parteien und Antieuropäer so viele Stimmen bekommen, dass sie Entscheidungen blockieren können, könnte

die am Beginn der Wertschöpfungsketten stehen, und will erreichen, dass man sich gemeinsam von einzelnen Importeuren unabhängiger macht“, erklärt Grüner. So will die EU sicherstellen, dass andere Staaten die Europäer nicht erpressen, indem sie ihnen wertvolle Rohstoffe vorenthalten, die der Ausgangspunkt für ganze Industrien sind, wie seltene Erden für die Produktion von Batterien und Elektroautos. Stefan Kolev, wissenschaftlicher Leiter des Berliner Ludwig-Erhard-Forums für Wirtschaft und Gesellschaft sowie Ökonomie-Professor an der Hochschule Zwickau, sagt mit Blick auf die anstehenden Wahlen: „Wir brauchen eine bessere EU. Manche Dinge, die derzeit in Brüssel entschieden werden, sollten besser auf die nationale oder lokale Ebene zurückverlagert werden.“ Trotzdem gebe es auch Bereiche, in denen mehr EU nötig sei, sagt Kolev: „Wir brauchen insbesondere besser integrierte Energie- und Kapitalmärkte, und dafür müssen EU-Kommission, Parlament und Europäischer Rat in der nächsten Wahlperiode ein Regelwerk schaffen.“ Bereits im November 2022 hatten Bundespräsident Joachim Nagel und sein französischer Kollege Francois Villeroy de Galhau, Gouverneur der Banque de France, in einem gemeinsamen Beitrag die Debatte über eine Kapitalmarktunion zu einer „Frage der strategischen Autonomie Europas“ erklärt. Insbesondere gegenüber dem weltgrößten Kapitalmarkt der USA sind die fragmentierten Kapitalmärkte der europäischen Staaten im Nachteil. Unternehmen investieren auch deshalb gern in Amerika, weil sie dort aufgrund des großen Kapitalmarktes bessere Finanzierungsbedingungen vorfinden. Hier kann Europa nur auf Augenhöhe kommen, wenn es die Kräfte seiner Finanzmärkte bündelt. Die weitere Stärkung des Binnenmarkts, nicht zuletzt mit Blick auf global wettbewerbsfähige Kapitalmärkte, könnte ein bedeutendes Projekt der nächsten fünf Jahre auf werden. Die Mehrheitsverhältnisse im Europäischen Parlament sind für ein Gelingen bedeutend.

Warnung vor Anti-EU-Kurs Bei allen Unterschieden im Detail, Politik- und Wirtschaftswissenschaftler mahnen, die EU an sich nicht infrage zu stellen. Das hatte der AfD-Politiker Björn Höcke mit seinem Satz „Diese EU muss sterben“ vor knapp einem Jahr getan. „Es ist von großem wirtschaftlichem Vorteil, dass wir die Europäische Union haben“, sagt dagegen Hans Peter Grüner, Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Mannheim. Der Ökonom lobt nicht nur den europäischen Binnenmarkt. „Die EU bewirkt auf einigen Feldern großartiges, insbesondere in der Wettbewerbspolitik, wo sie verhindert, dass große Unternehmen zu mächtig werden“, erläutert Grüner und erklärt weiter: „Die nationalen Regierungen sind da oft zu industriennah.“ Soll heißen: Entfernt in Brüssel fällt es der Kommission leichter als nationalen Regierungen, gegen den Missbrauch von Marktmacht vorzugehen. „Die EU-Kommission kann sich der Lobby der nationalen Wirtschaftsvertreter leichter entziehen“, sagt Grüner. Er lobt auch die europäische Rohstoffinitiative. „Die Europäische Kommission hat eine Liste erstellt für bestimmte Rohstoffe,

die am Beginn der Wertschöpfungsketten stehen, und will erreichen, dass man sich gemeinsam von einzelnen Importeuren unabhängiger macht“, erklärt Grüner. So will die EU sicherstellen, dass andere Staaten die Europäer nicht erpressen, indem sie ihnen wertvolle Rohstoffe vorenthalten, die der Ausgangspunkt für ganze Industrien sind, wie seltene Erden für die Produktion von Batterien und Elektroautos. Stefan Kolev, wissenschaftlicher Leiter des Berliner Ludwig-Erhard-Forums für Wirtschaft und Gesellschaft sowie Ökonomie-Professor an der Hochschule Zwickau, sagt mit Blick auf die anstehenden Wahlen: „Wir brauchen eine bessere EU. Manche Dinge, die derzeit in Brüssel entschieden werden, sollten besser auf die nationale oder lokale Ebene zurückverlagert werden.“ Trotzdem gebe es auch Bereiche, in denen mehr EU nötig sei, sagt Kolev: „Wir brauchen insbesondere besser integrierte Energie- und Kapitalmärkte, und dafür müssen EU-Kommission, Parlament und Europäischer Rat in der nächsten Wahlperiode ein Regelwerk schaffen.“ Bereits im November 2022 hatten Bundespräsident Joachim Nagel und sein französischer Kollege Francois Villeroy de Galhau, Gouverneur der Banque de France, in einem gemeinsamen Beitrag die Debatte über eine Kapitalmarktunion zu einer „Frage der strategischen Autonomie Europas“ erklärt. Insbesondere gegenüber dem weltgrößten Kapitalmarkt der USA sind die fragmentierten Kapitalmärkte der europäischen Staaten im Nachteil. Unternehmen investieren auch deshalb gern in Amerika, weil sie dort aufgrund des großen Kapitalmarktes bessere Finanzierungsbedingungen vorfinden. Hier kann Europa nur auf Augenhöhe kommen, wenn es die Kräfte seiner Finanzmärkte bündelt. Die weitere Stärkung des Binnenmarkts, nicht zuletzt mit Blick auf global wettbewerbsfähige Kapitalmärkte, könnte ein bedeutendes Projekt der nächsten fünf Jahre auf werden. Die Mehrheitsverhältnisse im Europäischen Parlament sind für ein Gelingen bedeutend.

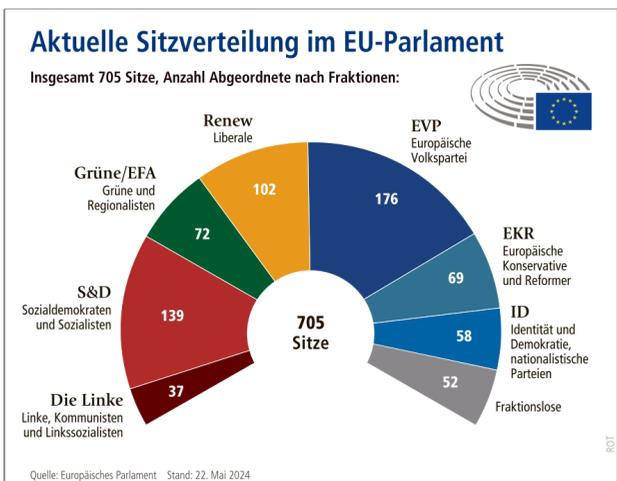
die am Beginn der Wertschöpfungsketten stehen, und will erreichen, dass man sich gemeinsam von einzelnen Importeuren unabhängiger macht“, erklärt Grüner. So will die EU sicherstellen, dass andere Staaten die Europäer nicht erpressen, indem sie ihnen wertvolle Rohstoffe vorenthalten, die der Ausgangspunkt für ganze Industrien sind, wie seltene Erden für die Produktion von Batterien und Elektroautos. Stefan Kolev, wissenschaftlicher Leiter des Berliner Ludwig-Erhard-Forums für Wirtschaft und Gesellschaft sowie Ökonomie-Professor an der Hochschule Zwickau, sagt mit Blick auf die anstehenden Wahlen: „Wir brauchen eine bessere EU. Manche Dinge, die derzeit in Brüssel entschieden werden, sollten besser auf die nationale oder lokale Ebene zurückverlagert werden.“ Trotzdem gebe es auch Bereiche, in denen mehr EU nötig sei, sagt Kolev: „Wir brauchen insbesondere besser integrierte Energie- und Kapitalmärkte, und dafür müssen EU-Kommission, Parlament und Europäischer Rat in der nächsten Wahlperiode ein Regelwerk schaffen.“ Bereits im November 2022 hatten Bundespräsident Joachim Nagel und sein französischer Kollege Francois Villeroy de Galhau, Gouverneur der Banque de France, in einem gemeinsamen Beitrag die Debatte über eine Kapitalmarktunion zu einer „Frage der strategischen Autonomie Europas“ erklärt. Insbesondere gegenüber dem weltgrößten Kapitalmarkt der USA sind die fragmentierten Kapitalmärkte der europäischen Staaten im Nachteil. Unternehmen investieren auch deshalb gern in Amerika, weil sie dort aufgrund des großen Kapitalmarktes bessere Finanzierungsbedingungen vorfinden. Hier kann Europa nur auf Augenhöhe kommen, wenn es die Kräfte seiner Finanzmärkte bündelt. Die weitere Stärkung des Binnenmarkts, nicht zuletzt mit Blick auf global wettbewerbsfähige Kapitalmärkte, könnte ein bedeutendes Projekt der nächsten fünf Jahre auf werden. Die Mehrheitsverhältnisse im Europäischen Parlament sind für ein Gelingen bedeutend.

die am Beginn der Wertschöpfungsketten stehen, und will erreichen, dass man sich gemeinsam von einzelnen Importeuren unabhängiger macht“, erklärt Grüner. So will die EU sicherstellen, dass andere Staaten die Europäer nicht erpressen, indem sie ihnen wertvolle Rohstoffe vorenthalten, die der Ausgangspunkt für ganze Industrien sind, wie seltene Erden für die Produktion von Batterien und Elektroautos. Stefan Kolev, wissenschaftlicher Leiter des Berliner Ludwig-Erhard-Forums für Wirtschaft und Gesellschaft sowie Ökonomie-Professor an der Hochschule Zwickau, sagt mit Blick auf die anstehenden Wahlen: „Wir brauchen eine bessere EU. Manche Dinge, die derzeit in Brüssel entschieden werden, sollten besser auf die nationale oder lokale Ebene zurückverlagert werden.“ Trotzdem gebe es auch Bereiche, in denen mehr EU nötig sei, sagt Kolev: „Wir brauchen insbesondere besser integrierte Energie- und Kapitalmärkte, und dafür müssen EU-Kommission, Parlament und Europäischer Rat in der nächsten Wahlperiode ein Regelwerk schaffen.“ Bereits im November 2022 hatten Bundespräsident Joachim Nagel und sein französischer Kollege Francois Villeroy de Galhau, Gouverneur der Banque de France, in einem gemeinsamen Beitrag die Debatte über eine Kapitalmarktunion zu einer „Frage der strategischen Autonomie Europas“ erklärt. Insbesondere gegenüber dem weltgrößten Kapitalmarkt der USA sind die fragmentierten Kapitalmärkte der europäischen Staaten im Nachteil. Unternehmen investieren auch deshalb gern in Amerika, weil sie dort aufgrund des großen Kapitalmarktes bessere Finanzierungsbedingungen vorfinden. Hier kann Europa nur auf Augenhöhe kommen, wenn es die Kräfte seiner Finanzmärkte bündelt. Die weitere Stärkung des Binnenmarkts, nicht zuletzt mit Blick auf global wettbewerbsfähige Kapitalmärkte, könnte ein bedeutendes Projekt der nächsten fünf Jahre auf werden. Die Mehrheitsverhältnisse im Europäischen Parlament sind für ein Gelingen bedeutend.

EDITORIAL Nicht nur für die Enkel

VON CHRISTIAN ZENTNER

„Erinnere dich immer daran, dass es Freiheit und Demokratie nicht immer gab“ – in der aktuellen Wahlkampagne des Europaparlaments erzählt eine der Protagonistinnen ihrer Enkeltochter, wie sie Europa schon ganz anders erlebt hat. Für sie war das in der ehemaligen Tschechoslowakei bis zum November 1989, als tagelange Proteste die kommunistische Führung auch dort zum Rückzug zwangen. Der Weg zur Demokratie war frei, er führte sowohl Tschechien als auch die Slowakei bis zum EU-Beitritt vor fast genau 20 Jahren. Der Kurzfilm ist in 33 Sprachen auf dem YouTube-Kanal des Europäischen Parlaments abrufbar und gehört ins Vorabendprogramm der TV-Sender. Der Clip trägt den Titel „Eine Nachricht für mein Enkelkind. Und für den Rest von Europa“ und ist die richtige Werbung für die zweitgrößte demokratische Wahl der Welt, nach der Parlamentswahl in Indien. Rund 373 Millionen Menschen können in der EU im Juni ihre Stimme abgeben, um ihr neues Parlament zu wählen. In Deutschland sind rund 65 Millionen Menschen wahlberechtigt. Erstmals bei einer bundesweiten Wahl dürfen auch Jugendliche wählen, denn der Bundestag hat das Wahlalter für Europawahlen auf 16 Jahre abgesenkt. Die Enkel hatten in Deutschland noch nie so viel Mitbestimmungsrecht. Während demokratische Mitsprache nun also früher möglich ist, ist das Werben für politische Positionen in diesem Europawahlkampf gefährlich geworden. Berichte über Beleidigungen, Bedrohungen und Angriffe gibt es beinahe täglich. Betroffen sind dabei auch viele ehrenamtliche Wahlkampfhelfer. Es gibt besorgte Empfehlungen, nicht mehr im Dunkeln zu plakatieren oder Wahlkampfmateriale zu verteilen. Wann aber sollen Ehrenamtliche dies neben Arbeit und Familie sonst tun? Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) hat recht mit seiner Warnung, die Demokratie sterben von unten, wenn die vielen Engagierten in den Parteien sich dieses Engagement nicht mehr trauen. Die EU-Kampagne zur Wahl wirkt da fürchterlich vorausschauend. Im Kurzfilm mahnt die Zeitzeugin mit Blick auf Freiheit und Demokratie, „dass wir sie sehr leicht verlieren können“. Das Wesen der Demokratie bringt im Film eine Überlebende des Zweiten Weltkrieges für ihren Enkel auf den Punkt: „Hört einander zu.“



GASTKOMMENTARE

EU-KOMMISSIONSPRÄSIDENTEN DIREKT WÄHLEN?

Mehr Transparenz

PRO



Silke Wettach, »Wirtschaftswoche«, Brüssel

Das Wort ist abgenutzt. Aber leider beschreibt der Begriff Hinterzimmerdeal ziemlich exakt, wie die höchsten Ämter in der EU vergeben werden. Nach der Europawahl werden die Staats- und Regierungschefs die Topjobs in der EU verteilen. Die Partei mit den meisten Stimmen, höchstwahrscheinlich die europäischen Christdemokraten, wird den Posten an der Spitze der EU-Kommission für sich reklamieren. Die anderen Parteien werden die verbleibenden Ämter unter sich aufteilen. Die Politiker werden dabei so lange feilschen, bis ein einigermaßen geographisch ausgewogenes Paket steht, das große und kleine Länder berücksichtigt. Dieser Prozess wirkt aus der Zeit gefallen – und hat wenig mit Demokratie zu tun. Die Feinde der EU überzeichnen gerne ihre Schwachstellen. Bei der Personalwahl hat die EU allerdings wirklich ein großes Problem. Wenn die europäische Bevölkerung künftig direkt bestimmen würde, wer an der Spitze der EU-Kommission steht, dann wäre das ein großer Fortschritt. Die EU würde an Transparenz gewinnen. Es ist offensichtlich, dass sich die Staats- und Regierungschefs den Auswahlprozess nicht aus der Hand nehmen lassen. Versuche des Parlaments, die Wahl zum Wettbewerb unter Spitzenkandidaten zu machen, sind gescheitert. Vor fünf Jahren war klar, dass Manfred Weber (CSU) das Amt nicht bekommen wird, weil weder die damalige Kanzlerin Angela Merkel (CDU) noch Frankreichs Präsident Emmanuel Macron ihm das Amt zutrauten. Diesmal nennt sich Ursula von der Leyen (CDU) Spitzenkandidatin, stellt sich aber nicht zur Wahl. Bisher haben die Wähler nicht das Gefühl, dass ihre Stimme wirklich zählt. Am Schluss entscheiden andere über das Personal. Das muss sich ändern.

Keine gute Idee

CONTRA



Detlef Fechner, »Börsezeitung«, Brüssel

Die Tagesschau berichtete neulich über den Europawahl-Spitzenkandidaten der Sozialdemokraten Nicolas Schmit unter dem Titel: „Nicolas wer?“. In der Tat kennt den Luxemburger in Deutschland fast niemand. Und das, obwohl er glänzend Deutsch spricht. Das Beispiel zeigt: Es ist keine gute Idee, die EU-Kommissionspräsidentin oder den EU-Kommissionspräsidenten direkt wählen zu lassen. Denn die Bürger Europas müssten zwischen ihnen unbekannt Kandidaten entscheiden. Viele Wähler würden für Bewerber aus ihrem Land votieren. Statt sich für schwarz oder rot zu entscheiden, würden sie quasi für schwarz-rot-gold stimmen. Wer findet, diese Vermutung sei übertrieben, muss erklären, warum es beim Eurovision Song Contest – zu Recht! – den Zuschauern verboten ist, für den Kandidaten aus dem eigenen Land abzustimmen. Das Ergebnis einer Direktwahl der Chefin oder des Chefs der EU-Kommission wäre, dass Kandidaten aus Österreich oder Luxemburg und erst recht Bewerber aus Bulgarien oder Portugal, sofern sie nicht Deutsch sprechen, hierzulande kaum Aussichten auf Stimmen hätten. Noch gibt es weder europäische Tageszeitungen noch Rundfunksender, die es in ihrer Breitenwirkung auch nur annähernd mit nationalen Medien aufnehmen können. Solange aber eine „europäische Öffentlichkeit“ Zukunftsmusik ist, dürfte eine Direktwahl der Präsidentin oder des Präsidenten der EU-Kommission eher die nationale Orientierung der Wähler befördern als deren europäische Perspektive. Das würde dem engeren Zusammenwachsen der Europäischen Union mehr schaden als nutzen.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 11. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Hofreiter, angesichts des russischen Angriffskriegs, des Terrors in Nahost und der sich zuspitzenden Taiwan-Frage: Wie wichtig ist die anstehende Europawahl?

Sie ist sehr wichtig. Wahlen haben angesichts der rechtspopulistischen und rechtsradikalen Bedrohung für unsere Demokratie eine ganz neue Bedeutung bekommen.

Inwiefern?

Als ich Kind war, war die Frage, ob der Bundeskanzler Helmut Kohl oder Helmut Schmidt heißt. Bei allen großen politischen Unterschieden waren beide pro-europäisch und anständige Demokraten. So war es auch in Amerika im Wettstreit der großen Parteien. Heute fragen wir uns, ob es die US-Demokratie übersteht, wenn Donald Trump wieder Präsident wird. In Europa greifen die Verbündeten Russlands und auch Chinas, nämlich die Rechtsradikalen, die Demokratie von Innen an.

Was hat das EU-Parlament in der vergangenen Wahlperiode bewirkt?

Das Parlament war in den vergangenen fünf Jahren entscheidender Antrieber, etwa bei der Unterstützung der Ukraine. Auch beim Schutz der Rechtsstaatlichkeit in den EU-Mitgliedsländern hat das Parlament die EU-Kommission und die nationalen Regierungen angetrieben. Denken Sie an Ungarn und dessen Präsidenten Viktor Orban. Hier wäre ohne das Europa-Parlament nahezu nichts passiert. Das Parlament war darüber hinaus Initiator für die Transformation der Industrie, dem Green Deal, mit dem Europa bis 2050 klimaneutral werden will. Auch gegenüber China zeigt vor allem das Parlament, dass die EU Dumping-Methoden etwa bei Solarmodulen im internationalen Wettbewerb nicht akzeptieren wird. Beim European Chips Act, der dafür sorgen soll, dass die europäische Industrie ihre große Abhängigkeit bei Halbleitern aus Asien zumindest etwas reduziert, war das EU-Parlament ebenfalls führend.

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) gilt als gesetzt für eine zweite Amtszeit. Gibt es bei dieser Wahl wirklich eine Wahl für die Bürger?

Frau von der Leyen macht weiter, wenn die Europäische Volkspartei (EVP) die stärkste Fraktion stellt. Wenn eine andere Fraktion stärker wird, dann macht von der Leyen als Kommissionspräsidentin nicht weiter. Nun gehen viele aufgrund der aktuellen Umfragen davon aus, dass die EVP stärkste Fraktion wird. Aber die Entscheidung liegt bei den Wählerinnen und Wählern.

Aber die nationalen Regierungen schlagen die Person vor, die Kommissionspräsident wird, nicht das Parlament. Ja, aber das Parlament muss zustimmen.

Wie beurteilen Sie die Forderung nach einem EU-Verteidigungskommissar?

Es kann sinnvoll sein, dass sich jemand um die zentrale Fragen von Rüstung und Verteidigung kümmert. Notwendig sind aber vor allem finanzielle Mittel.

Also ein EU-Fonds für Verteidigung?

Ja. Das hätte nicht nur den Vorteil, dass Europa stärker wird, sondern auch, dass die Rüstungsindustrie eine effizientere Beschaffung sicherstellen könnte, im Vergleich zur heute zersplitterten europäischen Verteidigungspolitik mit 27 nationalen Verteidigungshaushalten.

Muss Deutschland dann künftig noch mehr Geld nach Brüssel überweisen?

Das wird schwierig angesichts der aus der Zeit gefallen deutschen Schuldenbremse. Nötig ist deshalb ein neuer EU-Fonds, den die EU über eigene Kredite finanziert.

Wie groß sollte so ein Fonds sein?

»Nötig ist ein EU-Fonds«

ANTON HOFREITER Der Grünen-Abgeordnete schlägt zur Unterstützung der Ukraine und für gemeinsame Rüstungsprojekte ein eigenes EU-Budget vor



© Anton Hofreiter/Paul Bohnert

Das müsste nochmal im Detail durchgerechnet werden. Aus meiner Sicht wäre ein Volumen von 300 bis 400 Milliarden Euro in den kommenden fünf Jahren sinnvoll. Mit dem Geld sollte die Ukraine unterstützt und gemeinsame Rüstungsprojekte der EU-Mitgliedsstaaten finanziert werden.

Das EU-Parlament hat kürzlich schärfere Regeln für die Migration beschlossen. Steht nun die Festung Europa? Für die EU war es wichtig, sich zu einigen. Ob diese Einigung die Situation materiell

in irgendeine Richtung verbessert, ist zweifelhaft. Das Thema ist komplex. Und schon vorher haben sich eine Reihe von Ländern nicht an die Regeln gehalten.

Ist der Beschluss zufriedenstellend?

Zufrieden kann man nicht sein, nach wie vor ist die EU-Südgrenze die tödlichste Grenze der Welt. Tausende Menschen ertrinken jährlich im Mittelmeer. Auch beim Kampf gegen die Fluchtursachen kann man nicht zufrieden sein. Noch immer richtet die Fischerei- und Landwirtschafts-

politik der EU in anderen Regionen der Welt gewaltige Schäden an. Zwar agiert mittlerweile China noch gefährlicher, aber auch europäische Fangflotten fischen weiterhin die Küsten Afrikas leer. Dazu kommen die EU-Agrarexporte, die Kleinbauern in Westafrika ruinieren.

Wie schlimm ist die EU-Agrarpolitik?

Sie können in vielerlei Hinsicht stolz auf die EU sein – unsere Landwirtschafts- und Fischereipolitik gehört mit Blick auf die Länder des globalen Südens nicht dazu.

Wie wichtig ist die Zusammenarbeit des Europa-Ausschusses des Bundestags mit dem EU-Parlament?

Sehr wichtig. Im Europa-Ausschuss des Bundestags arbeiten als kooptierte Mitglieder einige deutsche Abgeordnete des Europaparlaments mit. Teilweise sind diese bei Ausschusssitzungen vor Ort in Berlin dabei, teilweise digital. Andersherum sind die Mitglieder des Europa-Ausschusses regelmäßig vor Ort in Brüssel. Wichtig sind auch die regelmäßigen Treffen der Europa-Ausschüsse der nationalen Parlamente inklusive der assoziierten Staaten, das sogenannte COSAC-Format. Dazu kommt die Zusammenarbeit der Fraktionen des Bundestags mit denen des Europaparlaments.

Auf welchem politischen Feld sticht diese Arbeit besonders hervor?

Ein gutes Beispiel ist die frühzeitige Positionierung aller demokratischen Fraktionen zum Thema Georgien. Dort will die Regierung mit ihrem sogenannten Agentensetzb demokratische Grundprinzipien aushebeln. Wir haben im Europa-Ausschuss viele Abgeordnete, die sich tiefgehend mit einzelnen Ländern befassen und große Expertisen einbringen.

Wenn Sie sagen, »demokratische Fraktionen«, schließt das die AfD ein?

Nein, die AfD arbeitet im Ausschuss nicht konstruktiv mit.

Vor einem Jahr erschütterte ein Korruptionsskandal das EU-Parlament, nun gibt es weitere Fälle in Berlin und Brüssel. Was heißt das für die Demokratie?

Diese Fälle muss man sehr genau unterscheiden. Im EU-Parlament wurde 2022 aufgedeckt, dass sich demokratische Abgeordnete von ausländischen Staaten haben kaufen lassen. Das ist schlimm genug. Dazu kommen jetzt aber die Fälle des AfD-Europaabgeordneten und Spitzenkandidaten Maximilian Krah und des AfD-Bundestagsabgeordneten Petr Bystron. Bei Krah und Bystron geht es nicht um klassische Korruption, sondern darum, dass beide Verbündete der Autokraten Putin und Jinping sind, und dafür offenbar Geld bekommen. Das ist eine Truppe von Landesverrätern im Dienste Moskaus und Pekings. Die Demokratie muss sich darin beweisen, dass sie mit ihren Gegnern fertig wird.

Wie zuversichtlich sind Sie, dass die Demokratie sich so beweisen kann?

Ich bin da sehr zuversichtlich. Es wird immer wieder davon geredet, dass die Brandmauer nach rechts wackelt. Die vergangenen sechseinhalb Jahre, seitdem die AfD im Bundestag sitzt, erlebe ich aber, dass die Trennlinie zwischen den demokratischen Fraktionen im Bundestag und der AfD deutlich klarer geworden ist, auch weil die AfD immer offener zeigt, wie radikal sie ist.

Das Gespräch führte Stephan Balling.

Anton Hofreiter (54, Bündnis 90/Die Grünen) ist seit 2005 im Bundestag und seit Dezember 2021 Vorsitzender des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der EU-Parlamentsvize: Jan-Christoph Oetjen

Am Tag, als Jan-Christoph Oetjen sein Büro als Vize-Präsident des Europäischen Parlaments bezog, flogen von außen Eier an die Fensterscheiben. Damals, Anfang Februar, demonstrierten Landwirte in Brüssel gegen die europäische Agrarpolitik und beließen es nicht nur bei lautstarkem Protest. Im Europäischen Parlament roch es noch Tage später nach verbrannten Autoreifen. Die aufgebrauchte Menge wusste nicht, dass die europäische Volksvertretung gerade einen Vize-Präsidenten bekommen hatte, der sehr gut weiß, wie es in der Landwirtschaft zugeht. Auf einem Hof in der niedersächsischen Tiefebene zwischen Hamburg und Bremen aufgewachsen, war es für Oetjen in der Jugend normal mit anzupacken. Melken, Strohpressen, Kühe umtreiben – damit kennt sich der heute 46-Jährige aus. Sein jüngerer Bruder führt den Familienbetrieb in achter Generation mittlerweile weiter und lässt den Politiker in der Familie gerne wissen, wenn er nicht zufrieden ist mit dem, was da „in Brüssel“ wieder entschieden wurde. Außerhalb der EU-Hauptstadt werden Kompetenzen ja oft nicht so genau unterschieden. Oetjen, seit 2019 EU-Abgeordneter, übernahm im Februar den Vizeposten im Europäischen Parlament von seiner liberalen Parteifreundin Nicola Beer, die zur Europäischen Investitionsbank wechselte. Von Beer übernahm er das Büro mit dem Blick auf die Place du Luxembourg und die Zuständigkeiten für Übersetzer- und Dolmetscherdienste im Europäischen Parlament sowie die Rolle als Sonderbeauftragter für die Bekämpfung von Dis-

kriminierung aufgrund der Religion, die Antisemitismus einschließt. Während seiner zehn Jahre im niedersächsischen Landtag hatte Oetjen gemerkt, dass bei seinen Schwerpunktthemen – Agrar und Migration – die wirklich wichtigen Entscheidungen in Brüssel fielen. Er war zu Zeiten der Syrien-Krise innenpolitischer Sprecher seiner Fraktion, hatte sich tief eingearbeitet. Als Gesine Meissner 2019 nicht mehr für das Europäische Parlament



»Wenn man vom Hof kommt, dann weiß man, was Arbeit ist.«

kandidierte, ergriff Oetjen die Gelegenheit und schaffte auf Listenplatz fünf der FDP den Sprung nach Europa. Geholfen hat ihm bei dem Wechsel seine Verbindung zu Frankreich. Mit 13 Jahren landete er bei einem Austausch mit der Partnerstadt Sainte-Foy-la-Grande in der Nähe von Bordeaux bei einer Gastfamilie, die weder Englisch noch Deutsch sprach. Bei einem weiteren Austausch lernte er später seine französi-

sche Frau kennen. Mit ihr und den beiden Töchtern, acht und 12 Jahre alt, lebt er in Brüssel. Sein Wirtschaftsstudium in Hannover hat Oetjen abgebrochen, als er mit 24 Jahren in den niedersächsischen Landtag gewählt wurde. „Zu früh“, wie er heute sagt, weil er Berufserfahrung für positiv hält. Gleichzeitig hat er auf dem Hof der Eltern gelernt, wie es sich anfühlt, den Lebensunterhalt mit den eigenen Händen zu erwirtschaften: „Wenn man vom Hof kommt, dann weiß man, was Arbeit ist.“ Bevor er in der Kreisstadt Rotenburg den Ortsverein der FDP gründete, hatte sich Oetjen als Jugendlicher bei den Grünen umgesehen, doch das war nicht seine Welt. Bei der Jungen Union wurde viel gefeiert. „Die Partys waren gut, aber das war mir zu wenig“, erinnert er sich. Im Europäischen Parlament hat sich Oetjen in der abgelaufenen Legislaturperiode erneut mit Migration beschäftigt, ein Thema, das die Fraktion bisher gespalten hat. Er wertet es als Erfolg, dass sich dort alle hinter sein Papier stellten. Dass sich Parlament und Mitgliedsstaaten nach jahrelanger Debatte auf einen Pakt für Migration geeinigt haben, sei ein großer Fortschritt. Das späte Veto der FDP beim Verbrüner-Aus hält er für richtig: „Andere Länder blockieren genauso spät, darüber wird nur nicht berichtet.“ Für die FDP betreut Oetjen weiter die Landwirtschaft. Ob Bauern künftig wieder vor dem EU-Parlament demonstrieren werden, hänge davon ab, betont er, ob EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) ihre Versprechen auch in die Tat umsetzen werde.

sw ||

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 x
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion
(Außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 227-3 05 15
Telefax (0 30) 227-3 65 24
Internet:
http://www.das-parlament.de
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
Christian Zentner (cz) v.i.S.d.P.

Stellvertretender Chefredakteur
Alexander Heinrich (ah)

Redaktion
Dr. Stephan Balling (bal)
Lisa Brißler (lbr)
Carolin Hasse (cha) (Volontärin)
Claudia Heine (che)
Nina Jeglinski (njk)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Johanna Metz (joh)
Elena Müller (emu)
Sören Christian Reimer (scr) CvD
Sandra Schmidt (sas)
Michael Schmidt (ms)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Fotos
Stephan Roters

Redaktionsschluss
23. Mai 2024

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei
GmbH & Co. KG
Kurhessenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Leserservice/Abonnement
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
82034 Detschhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32
E-Mail: fazit-com@cover-services.de

Anzeigenverkauf,
Anzeigenverwaltung,
Disposition
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
82034 Detschhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 36
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 36
E-Mail:
fazit-com-anzeigen@cover-services.de

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für
Schüler, Studenten und Auszubildende
(Nachweis erforderlich) 13,80 €
(im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor
Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement
für vier Ausgaben kann bei unserer
Vertriebsabteilung angefordert
werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel
stellen nicht unbedingt die Meinung
der Redaktion dar. Für unverlangte
Einsendungen wird keine Haftung
übernommen. Nachdruck nur mit
Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichtszwecke können Kopien
in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied
der Informationsgesellschaft
zur Feststellung der Verbreitung
von Werbeträgern e. V.
(IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung
„Das Parlament“ wird Recycling-Papier
verwendet.

GOGREEN
PLUS

Wir vermeiden CO₂ durch den
Versand mit der Deutschen Post

An den Verkehrszeichen erkennt man, ob man sich in der Republik Irland oder in Nordirland befindet. Im Norden wird die Geschwindigkeit in Meilen gemessen, im Süden in Kilometern. Aber es gibt nur wenige Verkehrszeichen in dieser Gegend, die von Moor und Kalkstein geprägt ist. Drummully Polyp heißt dieser Ort. Es ist eine irische Exklave, die wie ein Polyp nach Nordirland hineinragt. Wer hierher will, muss durch Nordirland fahren. Ein Stück lang verläuft die Grenze mitten auf der Straße. Wenn man in eine Richtung fährt, ist man in Nordirland, fährt man in die andere Richtung, ist man in der Republik.

Bis zur Teilung Irlands nach dem Unabhängigkeitskrieg spielte das keine Rolle. Doch im Mai 1921 wurden 26 Grafschaften zum „Freistaat Irland“, die sechs nordwestlichen Grafschaften, das heutige Nordirland, blieben bei Großbritannien. Plötzlich gab es hier eine internationale Grenze. Nach dem Belfaster Abkommen vom Karfreitag 1998, das Nordirland relativen Frieden brachte, war die Grenze wieder unwichtig. Dann kam der Brexit, und die Grenze spielte erneut eine wichtige Rolle.

Alte Rivalität Sie wurde damals so gezogen, dass pro-britische Protestanten eine bequeme Zwei-Drittel-Mehrheit hatten, und das nutzten sie aus: Katholiken, die mehrheitlich für die irische Vereinigung sind, wurden von besser bezahlten Jobs in der Industrie ausgeschlossen, sie bekamen keine Stellen im öffentlichen Dienst und der Zugang zu vielen Bildungseinrichtungen wurde ihnen verweigert.

Die Wahlkreise wurden so manipuliert, dass Katholiken selbst in Städten wie Derry/Londonderry, in denen sie in der Mehrheit waren, unterrepräsentiert blieben. Ferner war das Wahlrecht bei Kommunalwahlen an Hauseigentum gebunden, was bedeutete, dass manch protestantischer Ladenbesitzer bis zu 40 Stimmen hatte, während viele Katholiken leer ausgingen. Dagegen formierte sich Ende der 1960er Jahre die Bürgerrechtsbewegung. Sie forderte gerechte Job- und Wohnungsvergabe sowie Wahlrecht für alle. Niemand ahnte damals, dass die moderaten Forderungen einen blutigen Konflikt auslösen würden, der in den folgenden 30 Jahren mehr als 3.500 Menschen das Leben kostete.

Als Antwort auf die Demonstrationen der Bürgerrechtler überfielen protestantische Banden unter Duldung und oftmals tatkräftiger Mithilfe der fast ausschließlich protestantischen Polizei die katholischen Viertel. Die Irisch-Republikanische Armee (IRA), die sich zehn Jahre zuvor zur Ruhe gesetzt hatte, grub die Waffen wieder aus, die britische Regierung entsandte ihre Truppen.

Vom Frieden beflügelt Erst in den 1980er Jahren begannen – zunächst im Geheimen – Friedensverhandlungen, die am Karfreitag 1998 in das Belfaster Abkommen mündeten. Darin ist festgelegt, dass die beiden stärksten Parteien auf protestantisch-unionistischer und katholisch-republikanischer Seite den Ersten Minister und seinen gleichberechtigten Stellvertreter ernennen müssen. Die nordirische Regierung ist eine Zwangsregierung, der alle Parteien angehören, die mindestens neun Sitze haben. In Nordirland stimmten 71 Prozent und in der Republik sogar 94 Prozent für das Ab-

Hoffen auf Ruhe

NORDIRLAND Mit dem Brexit sind neue politische Probleme entstanden



In der nordirischen Hauptstadt Belfast ziehen sich hohe Mauern und robuste Metallzäune durch die Stadt. Sie werden „Friedensmauern“ genannt und trennen Stadtviertel mit überwiegend pro-irischen von solchen mit pro-britischen Einwohnern voneinander ab. Es gibt heute mehr als 40 solche Mauern in der Stadt. © picture-alliance/dpa/Mariusz Smiejek

kommen. Die Wähler in der Republik Irland ließen außerdem die Verfassungspargrafen ändern, in denen Anspruch auf Nordirland erhoben wurde. Im neuen Text ist nur noch von dem Wunsch nach einem vereinigten Irland die Rede, das nur mit Zustimmung einer Mehrheit in Nordirland zustande kommen kann.

Vom Friedensprozess beflügelt, erlebte Belfast einen Aufschwung, der die nordirische Hauptstadt laut Reiseführer „Lonely Planet“ in die Liste der „zehn aufstrebenden Städte der Welt“ katapultiert hat. Es entstanden gigantische Einkaufszentren, schicke Restaurants und exklusive Hotels. Und die Touristen kamen. Waren es vor dem Abkommen 400.000 im Jahr, sind es in-

zwischen mehr als fünf Millionen. Doch abseits der Innenstadt, in den am stärksten benachteiligten Vierteln, hat eine Annäherung der Bevölkerungsgruppen kaum stattgefunden, das Misstrauen sitzt tief. Dort sind die Mauern noch immer hoch – und nicht nur in den Köpfen: Als das Belfaster Abkommen unterzeichnet wurde, trennten 24 Mauern die protestantischen und katholischen Viertel Belfasts. Heute sind es mehr als 40.

Auch unter den Politikern ist Misstrauen weit verbreitet. Die Regionalregierung wurde von beiden Seiten immer wieder lahmgelegt – weil die irische Sprache keine Fördergelder bekam, wegen eines Finanzskandals, und zuletzt wegen des Brexits, denn

dadurch wurde eine Sonderregelung für Nordirland notwendig, damit britische Waren nicht unkontrolliert nach Nordirland und von dort in die EU gelangen konnten. London und Brüssel einigten sich 2020 auf das Nordirland-Protokoll. Darin ist festgelegt, dass Nordirland im EU-Binnenmarkt und in der Zollunion bleibt. Wahlberechtigt sind die Nordiren bei den Europawahlen trotzdem nicht. Zweck des Protokolls war es, eine physische Grenze auf der irischen Insel zu vermeiden, zumal das ohnehin nicht zu überwachen wäre. Die Grenze ist rund 500 Kilometer lang, es gibt 275 Straßen, die sie kreuzen. Stattdessen schuf man eine Zollgrenze in der Irischen See zwischen Nordirland und

Großbritannien, denn irgendwo müssen die Waren ja kontrolliert werden. Die Democratic Unionist Party (DUP), die stärkste protestantische Partei, monierte, dass Nordirland dadurch anders behandelt werde als der Rest des Vereinigten Königreichs. Die DUP-Partei führte 2022, der Regierung fernzubleiben, solange das Nordirland-Protokoll bestehe. Dadurch waren die Institutionen lahmgelegt. Damit die DUP in die Regierung zurückkehrte, vereinbarte die britische Regierung 2023 mit der EU eine Neuregelung, den „Windsor-Rahmenplan“. Der schaffte die Kontrollen für Waren ab, die aus Großbritannien nach Nordirland kommen – außer die Waren gehen weiter in die Republik Ir-

land, also in die EU. Die DUP hat sich ferner eine „Stormont Brake“, eine Bremse, durch das nordirische Parlament, zusichern lassen. So lässt sich jede Veränderung von EU-Regeln für Nordirland verhindern.

Demütigung für DUP Im Februar 2024, genau zwei Jahre nach dem DUP-Boykott, kehrte die Partei in die Regierung zurück. Da bei den Wahlen 2022 Sinn Féin, der ehemalige politische Flügel der inzwischen aufgelösten IRA, aber stärkste Partei geworden war, muss sich die DUP mit dem Amt der stellvertretenden Ersten Ministerin für ihre Kandidatin Emma Little-Pengelly begnügen. Michelle O'Neill von Sinn Féin wurde Erste Ministerin. Zum ersten Mal in der Geschichte Nordirlands stellten die Unionisten nicht den Regierungschef. Obwohl das vor allem symbolische Bedeutung hat, empfinden es viele DUP-Mitglieder als Demütigung, hinter Sinn Féin die zweite Geige zu spielen. Symbole haben in Nordirland immer eine große Rolle gespielt und oftmals positive Entwicklungen verhindert. In diese Kategorie fällt auch die „Stormont Brake“, denn dadurch entsteht eine Rechtsunsicherheit, die ausländische Investoren möglicherweise abschreckt. Dabei hatte der Brexit Chancen auf einen Wirtschaftsaufschwung eröffnet, die dem Rest des Vereinigten Königreichs verweigert blieben, nämlich ungehinderter Handel mit Großbritannien und der EU. Nirgendwo anders wird einem das geboten. Doch wieder einmal hat Symbolik über Pragmatik gesiegt. Bis zur Teilung waren die nordirischen Grafschaften weitaus wohlhabender als der Rest der Insel. 81 Prozent der Wirtschaftsleistung wurden im Norden erbracht, 70 Prozent der Frauen und 32 Prozent der Männer waren in der Leinen-Industrie, im Schiffbau und in der Rüstung beschäftigt – weit mehr als im Süden, wo es ohne die Guinness-Brauerei noch schlechter ausgesehen hätte. Belfast war damals nicht nur die größte, sondern auch die reichste Stadt Irlands.

Arme Kinder Heutzutage haben Kinder der ärmsten 20 Prozent in Nordirland eine Lebenserwartung von nur 53 Jahren. Auch im Bildungsbereich geht die Schere auseinander: In Nordirland, so hat eine Studie des unabhängigen Economic and Social Research Institute in Dublin ergeben, haben 40,7 Prozent der 25- bis 34-Jährigen eine Hochschulbildung, in der Republik sind es mehr als 55 Prozent. In Nordirland haben 20 Prozent keinen Schulabschluss, in der Republik nur 7,4 Prozent. Ein Drittel der 16- bis 64-Jährigen in Nordirland hat weder einen Job noch eine Ausbildung. Es ist der höchste Prozentsatz im Vereinigten Königreich. Und die Gewalt hat ihre Spuren hinterlassen. Psychische Krankheiten sind weit verbreitet. Die Suizidrate hat sich seit 1998 mehr als verdoppelt. In den vergangenen 25 Jahren starben mehr Menschen durch Selbsttötung als während des bewaffneten Konflikts. Die meisten Menschen in Nordirland atmeten auf, als Regierung und Parlament nach zwei Jahren, in denen wichtige Entscheidungen auf Eis lagen, ihre Arbeit wieder aufnehmen. Man hofft, dass es ein Schritt in Richtung Normalität sein könnte. Doch davon ist man noch ein gutes Stück entfernt. Ein Kommentator sagte einmal, dass die Vergangenheit in Nordirland eine große Zukunft habe. **Ralf Sotscheck** ■

Der Autor ist Korrespondent in Irland.

Comeback eines Pleitekandidaten

GRIECHENLAND Der wirtschaftliche Aufschwung kommt bei vielen Menschen noch nicht an. Skepsis gegenüber der Europäischen Union ist verbreitet

Der einstige Pleitekandidat Griechenland hat ein erstaunliches Comeback hingelegt. Aber bei vielen Menschen ist das „Wirtschaftswunder“ noch nicht angekommen. Sie spüren weiter die Folgen der Staatsschuldenkrise. Das Verhältnis zu Europa ist ambivalent. Davon könnte bei der Europawahl eine rechtspopulistische Partei profitieren.

Die Wähler nutzen die Europawahl gern, um Denkmäler zu verteilen. Das könnte vor allem die seit 2019 mit absoluter Mehrheit regierende konservative Nea Dimokratia (ND) von Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis zu spüren bekommen, die in Umfragen klar vorne liegt. Mitsotakis engagiert sich deshalb sehr im Europawahlkampf und bereist seit Wochen das ganze Land. Er bittet um „ein starkes Mandat, damit ich unsere berechtigten Forderungen in Brüssel vertreten kann“.

Ein schlechtes Ergebnis bei der Europawahl würde „den Regierungsauftrag beeinträchtigen, den wir bei den Parlamentswahlen im vergangenen Juni bekommen haben“, heißt es bei der ND. Damals konnte die Partei mit 41 Prozent ihre absolute Mehrheit im Parlament verteidigen. Dass sie bei der Europawahl diesen Erfolg wiederholen kann, gilt als unwahrscheinlich. Gemessen wird Mitsotakis an der Europawahl 2019. Damals erreichte die Partei 33,1 Prozent.

Interessant wird auch, wie sich die zersplitterte linke Opposition neu sortiert. Das von 2015 bis 2019 regierende radikale Linksbündnis Syriza verzeichnete bei der letzten Parlamentswahl schwere Verluste. In Umfragen liegt Syriza bei 15 Prozent,

gefolgt von der sozialdemokratischen Transformationspartei Pasok mit rund 13 Prozent.

Starke Wirtschaft Mitsotakis verdankt seine Wiederwahl vor allem dem Wirtschaftsaufschwung. Zum zweiten Mal in Folge vergab das Wirtschaftsmagazin „The Economist“ das Prädikat für die „beste Wirtschaft des Jahres“ 2023 an Griechenland. Tatsächlich glänzt Griechenland mit beeindruckenden Zahlen. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs vergangenes Jahr viermal so schnell wie im Durchschnitt der Eurozone. Für dieses Jahr erwartet die EU-Kommission für Griechenland ein dreimal so starkes Wachstum wie im Schnitt der EU. Kein anderer EU-Staat hat seine Schuldenquote seit 2020 so schnell gesenkt wie Griechenland, nämlich um 44 Prozentpunkte.

Die Regierung hat die Staatsfinanzen im Griff. „Wir sind nicht länger das schwarze Schaf der Euro-Zone“, stellte Finanz- und Wirtschaftsminister Kostis Hatzidakis fest. Drei der vier großen Ratingagenturen bewerten das Land wieder als investitionswürdigen Schuldner. Sie honorieren damit nicht nur den Schuldenabbau, die Haushaltsdisziplin und die Strukturformen, sondern auch die politische Stabilität. Mitsotakis verbindet eine wirtschaftsfreundliche Politik mit starken sozialen Komponenten. Er hat den staatlichen Mindestlohn in mehreren Schritten von 650 auf 830 Euro heraufgesetzt und die staatliche Förderung für junge Familien erheblich ausgeweitet. Anfang des Jahres verabschiedete das Parlament einen Gesetzesentwurf der Regierung zur Einführung der



Flüchtlinge 2015 auf der griechischen Insel Gavdos. © picture alliance / dpa / Vassilis Mathioudakis

Ehe für gleichgeschlechtliche Paare – im eher konservativ-orthodox geprägten Griechenland ein kontroverses Thema. Mitsotakis setzte sich persönlich für das Gesetz ein und schärfte damit sein Profil als liberaler Reformierender. Er hat seit seinem Amtsantritt als Parteichef Anfang 2016 die früher rechtsgerichtete ND zur politischen Mitte geöffnet. Unumstritten ist dieser Kurs in der ND aber nicht.

Hohe Inflation Auch Mitsotakis' Unterstützung für die Ukraine im Konflikt mit Russland trifft nicht auf ungeteilte Zustimmung. Laut Umfragen sind zwei Drittel gegen Waffenlieferungen an die Ukraine. Viele Griechen fühlen sich Russland verbunden, vor allem wegen der gemeinsamen orthodoxen Religion. Aber vor allem die ho-

hen Lebenshaltungskosten drücken auf die Stimmung. Offiziell lag die Inflation im März bei 3,2 Prozent. Doch die gefühlte Teuerung ist viel höher, vor allem bei Lebensmitteln. In einer Erhebung der Athener Wirtschaftsuniversität sagten 45 Prozent der Befragten, dass es ihnen 2024 schlechter gehe als im Vorjahr.

Profitieren könnte von der Unzufriedenheit die rechtspopulistische Partei „Griechische Lösung“. Sie kam bei der Parlamentswahl auf 4,4 Prozent. In einigen Umfragen liegt sie nun bereits bei neun Prozent. Parteichef Kyriakos Velopoulos wirbt mit ultranationalen, religiös-konservativen, russophilen, ausländerfeindlichen und EU-skeptischen Parolen um Stimmen. Bei einer EU-weiten Umfrage vom Herbst 2023 gaben in Griechenland nur 15 Pro-

zent der Befragten an, sich „voll und ganz“ als EU-Bürger zu fühlen, 40 Prozent stimmten der Aussage „teilweise“ zu. Das war deutlich weniger als im Durchschnitt der 27 Mitgliedsstaaten, in denen sich 72 Prozent voll oder teilweise als EU-Bürger betrachten.

Konflikt mit Türkei Das hohe Maß an Europaskepsis überrascht mit dem Nachbarn Türkei wünschen sich viele Griechen mehr Bestand der EU. Ankara macht Griechenland Hoheitsrechte und Wirtschaftszonen im östlichen Mittelmeer streitig. Dabei setzte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan immer wieder Migranten als Druckmittel ein.

Beim Thema Migration fühlen sich griechische Politiker, aber auch die Bevölkerung, von der EU alleingelassen. Einen funktionierenden Mechanismus zur Verteilung der Schutzsuchenden auf andere Mitgliedsstaaten gibt es nicht. Derweil entdecken Schleuser immer neue Routen. Zu einem Brennpunkt der irregulären Migration ist die kleine Insel Gavdos südlich von Kreta geworden. Dort trafen allein in den ersten drei Monaten des Jahres 1.186 Men-

schen in Booten aus Nordafrika ein – gegenüber 683 im gesamten Jahr 2023. Die 120 Einwohner fürchten, dass Gavdos ein „griechisches Lampedusa“ wird.

Deutsches Spardiktat Auch das Verhältnis zu Deutschland, ohnehin historisch belastet durch die Besetzung im Zweiten Weltkrieg, hat unter der Schuldenkrise gelitten. Viele Menschen in Griechenland empfanden die Auflagen der Kreditgeber als „deutsches Spardiktat“. Die Folgen der anschließenden Rezession sind immer noch zu spüren. Das Durchschnittseinkommen stieg zwar in den vergangenen drei Jahren von 1.046 auf 1.258 Euro. Es liegt damit aber nominal immer noch deutlich unter dem Vorkrisenniveau von 1.500 Euro. Bei der Kaufkraft belegt Griechenland laut Eurostat den vorletzten Platz unter den 27 EU-Staaten. Noch weniger können sich nur die Menschen in Bulgarien leisten.

In den Krisenjahren verlor Griechenland ein Viertel seiner Wirtschaftskraft. 2009 lag das statistische Pro-Kopf-Einkommen bei 95 Prozent des EU-Durchschnitts. Heute sind es, trotz des starken Wachstums der vergangenen drei Jahre nur 67 Prozent. Nach Berechnungen der griechischen Eurobank Research wird das BIP inflationsbereinigt frühestens im Jahr 2033 wieder das Vorkrisenniveau erreichen. Und auch danach wird das Land noch jahrzehntelang mit den Folgen der Krise zu kämpfen haben: Die Tilgung der Hilfskredite endet erst im Jahr 2070. **Gerd Höhler** ■

Der Autor ist Korrespondent in Athen.

Für viele Europäer ist das EU-Parlament ein unbekanntes und undurchsichtiges Wesen, eine Black Box. Nicolas Schmit, Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Bas Eickhout, Terry Reintke, Walter Baier: Nur wenigen Bürgern sind die Spitzenkandidaten und Spitzenkandidatinnen vertraut, die bei den Europawahlen um die Gunst der Wähler buhlen. Und noch weniger haben eine klare Vorstellung davon, welche Rolle das EU-Parlament bei der Formulierung von Gesetzen hat, obwohl viele dieser Vorgaben unmittelbaren Einfluss auf ihr Leben haben. Die Entscheidungsverfahren der EU-Gesetzgebung sind den meisten Menschen ungefähr so fremd wie die Spielregeln beim Cricket. Die Tatsache, dass das EU-Parlament vielen Bürgern wenig vertraut ist, trägt dazu bei, dass sich in der öffentlichen Meinung der Eindruck hält, es handele sich um eine schwache Institution, um „kein echtes Parlament“. Das jedoch ist eine Unterschätzung. Das EU-Parlament verfügt zwar auch heute noch nicht über alle Kompetenzen, die Parlamente üblicherweise besitzen – allen voran mangelt es ihm am Initiativrecht, also dem Recht, eigene Gesetze vorzuschlagen. Zudem ist das EU-Parlament von einzelnen, durchaus wichtigen Entscheidungen ausgeschlossen – dann nämlich, wenn sich die nationalen Regierungen entschließen, eine Vereinbarung nicht gesetzlich zu fixieren, sondern durch zwischenstaatliche Absprache – wie im Fall des Euro-Rettungsfonds ESM. Und schließlich gibt es im „ordentlichen Gesetzgebungsverfahren“ der EU noch immer weiße Flecken – etwa steuerrechtliche Richtlinien, bei denen das EU-Parlament lediglich angehört wird. Trotzdem: Der Einfluss des EU-Parlaments ist in den vergangenen Jahren spürbar gestiegen. Es nimmt mittlerweile eine zentrale Rolle ein, wenn es darum geht, die Regeln für Wirtschaft und Gesellschaft in Europa festzulegen.

Lobbyisten suchen Nähe Ein – wenn gleich nur anekdotischer – Beleg für diesen Bedeutungsgewinn ist, dass nach Angaben Brüsseler Immobilienmakler Büroräume am Square de Meus und Place Lux heute begehrter sind als Räumlichkeiten rund um den Rondpoint Schuman. Anders gesagt: Lobbyisten internationaler Verbände und Konzerne siedeln sich längst lieber in direkter Nähe des EU-Parlaments an als in unmittelbarer Nachbarschaft der Zentrale der EU-Kommission. Zumindest die Interessensvertreter der Branchen und Unternehmen also messen dem EU-Parlament eine gewachsene Bedeutung zu. Für die Annahme, dass das EU-Parlament heute einflussreicher ist als noch vor zehn und erst recht als noch vor 20 Jahren, gibt es aber noch mehr und vor allem belastbarere Argumente. Erstens ist das EU-Parlament seit 2009 formell an viel mehr politischen Entscheidungen maßgeblich beteiligt. Denn durch den Vertrag von Lissabon kann es internationale Verträge stoppen, über den Haushalt der EU mitentscheiden und ist in mehr Gesetzgebungsverfahren als früher eingebunden, etwa auch, wenn es um Landwirtschaft oder Energiesicherheit geht. Zweitens haben sich die Kompetenzen des EU-Parlaments auch durch Urteile des EU-Gerichtshofs erweitert. So hat der EuGH mit einem Urteil 2022 dafür gesorgt, dass die EU-Abgeordneten jüngst an der Entscheidung über den Standort der EU-Anti-Geldwäschebehörde beteiligt wurden. Drittens schließlich – und das ist am wichtigsten – nutzt das EU-Parlament die ausgedehnten Spielräume von Jahr zu Jahr in-

Wachsender Einfluss

MACHTFAKTOR Das EU-Parlament bestimmt inzwischen entscheidend über die Regeln für Gesellschaft und Wirtschaft in Europa mit



Gemeinsam mit den Finanzministern hat das EU-Parlament nach der Lehman-Pleite 2010 Vorgaben für Banken, Börsen, Fonds verabschiedet.

© picture-alliance/dpa/Maurizio Gambarini

tervensiver und füllt die formellen Kompetenzen dadurch mit Leben. Beispiel Handelsverträge: Das EU-Parlament hat das Swift-Abkommen über die Weitergabe von Bankdaten ebenso gestoppt wie das Acta-Abkommen zur Bekämpfung von Markenpiraterie. Die EU-Abgeordneten haben damit den nationalen Regierungen die Stirn geboten.

Beispiel Gesetzgebungsverfahren: Die EU-Abgeordneten treten selbstbewusster gegenüber der EU-Kommission auf, wenn sie deren Gesetzesvorschläge an entscheidenden Stellen korrigieren – wie zuletzt bei der so genannten EU-Kleinanlegerstrategie. EU-Kommissarin Mairead McGuinness wollte unbedingt ein Teilverbot für Provisionsberatung einführen. Das EU-Parlament leg-

te jedoch im April seine Marschroute für die Schlussverhandlungen in einem Plenumsbeschluss fest, der kein solches Provisionsverbot vorsieht. Beispiel Ernennung der Kommissare: Vor fünf Jahren waren die Rumänin Rovana Plumb und der Ungar Laszlo Trocsanyi als EU-Kommissare von ihren Regierungen nominiert worden. Aber das EU-Parlament

lehnte beide ab. Sie mussten durch andere Vertreter aus Rumänien und Ungarn ersetzt werden. Der frühere EU-Kommissar Günther Oettinger hat in seiner Amtszeit oft öffentlich beklagt, dass in weiten Teilen der Öffentlichkeit der Eindruck vorherrsche, EU-Kommissare seien nicht demokratisch legitimiert. Er sei in gleich mehreren Anhörungen von Abgeordneten ausgefragt und

„gegrillt“ worden, bevor ihn das EU-Parlament durchgewunken habe. Im Vergleich zu Bundesministern hätten EU-Kommissare, so unterstrich Oettinger bei mehreren Gelegenheiten, „also weit mehr demokratische Hürden und Legitimation.“ Über die Auswahl der Bundesminister habe schließlich ein Bundestagsabgeordneter abgestimmt.

Beispiel Entschließungsanträge: Immer öfter nutzt das EU-Parlament die Option, mit Entschließungsanträgen die EU-Kommission zu drängen, Gesetzesvorschläge vorzulegen. So geht der EU-Wiederaufbaufonds maßgeblich auf die Forderung des EU-Parlaments zurück, einen milliarden-schweren Geldtopf einzurichten, der durch die Aufnahme gemeinsamer Kredite gespeist werden kann.

Beispiel Trilog: Dem EU-Parlament gelingt es zunehmend, dem Ministerrat in den Schlussverhandlungen über Gesetze – im so genannten Trilog – Zugeständnisse abzurufen. Das lässt sich anhand des Vergleichs der endgültigen Kompromisse mit den Ausgangspositionen ablesen, mit denen einerseits Parlament und andererseits Rat in diese Gespräche gegangen sind. Das bestätigen aber auch Repräsentanten aus Ständigen Vertretungen ebenso wie Abgeordnete. „Im Verfahren zur Erstellung des mehrjährigen Finanzrahmens, also sozusagen in der Haushaltsplanung, tritt das EU-Parlament selbstbewusster als früher gegenüber dem Rat auf und kann mehr durchsetzen“, berichtet beispielsweise der Europaabgeordnete Rasmus Andresen (Grüne).

Kritik und Kompromiss Voraussetzung dafür, die größeren politischen Spielräume tatsächlich zu nutzen, ist freilich die Fähigkeit des EU-Parlaments, unter den Fraktionen Kompromisse zu schmieden.

Wie auch im Ministerrat trifft hier die Beobachtung zu: Je größer die Krise, desto einfacher funktioniert die Verständigung. So ist es dem EU-Parlament gemeinsam mit den Finanzministern in den 2010er Jahren in Reaktion auf Lehman-Pleite und griechische Finanzierungsprobleme gelungen, binnen kürzester Zeit eine große Zahl komplexer Vorgaben für Banken, Börsen, Fonds und Staatshaushalte zu verabschieden – mitunter zum Leid der Finanzbranche, die dieses „financial repair“ eher als „Regulierungs-Tsunami“ wahrgenommen hat.

Man muss keine Glaskugel haben, um vorauszusagen, dass es für das EU-Parlament in der nächsten Legislaturperiode deutlich schwieriger werden dürfte, sich in gleichem Tempo wie damals auf große Gesetzespakete zu verständigen.

Denn wenn sich die Prognosen im Juni auch nur ansatzweise bewahrheiten, werden die Parteien sowohl rechts der Mitte als auch am äußersten rechten Rand, also rechtskonservative und rechtsextreme Parteien, ihren Anteil an Sitzen ausbauen. Dadurch wird es für die bürgerlichen Parteien schwieriger, Mehrheiten zu organisieren – zumindest wenn sie weiterhin nicht auf die Stimmen von AfD, niederländischer Freiheitspartei, italienischer Lega, französischem Rassemblement National oder österreichischer FPÖ angewiesen sein wollen.

Bis vor fünf Jahren reichten noch die Stimmen der beiden großen Volksparteien, Christ- und Sozialdemokraten, ein Gesetzesvorlagen zu billigen. In der aktuellen Amtsperiode waren zur Mehrheit mehr als zwei Parteien notwendig. Nach Juni könnten es mindestens vier sein. **Detlef Fechtner** ||

Der Autor ist EU-Korrespondent und Chefredakteur der Börsen-Zeitung.

Bloß keine Referenden! Warum die EU sich mit einer Erweiterung schwer tut

EU-REFORMEN Die Debatte in Brüssel fokussiert sich auf Änderungen, die nicht ratifiziert werden müssen. Schon das ist schwer genug

Bevor die EU weitere Mitglieder aufnehmen kann, muss sie selbst aufnahmefähig werden – das ist in Brüssel Konsens. Es steht schwarz auf weiß in der Erklärung von Granada, welche die Staats- und Regierungschefs im Oktober 2023 beschlossen haben. „Parallel“ zu den Reformanstrengungen der Beitrittskandidaten „muss die Union für die notwendigen internen Grundlagen und Reformen sorgen“, heißt es dort. Was aber heißt das konkret? Darüber gehen die Ansichten weit auseinander, zwischen den Mitgliedstaaten und erst recht zwischen Rat, Parlament und Kommission. Schon der Versuch von Ratspräsident Charles Michel, den Reformprozess mit dem Datum 2030 zu versehen, fand nicht ausreichend Unterstützung.

Geringe Bereitschaft Am geringsten ist die Reformbereitschaft im Rat ausgeprägt. Vielen Mitgliedstaaten sitzt die letzte Vertragsreform noch in den Knochen. Vor mehr als zwanzig Jahren hatte man sich für die große Variante entschieden und einen Konvent einberufen. Der sollte sogar eine „Verfassung“ für Europa beschließen. Das Ergebnis scheiterte jedoch in Volksabstimmungen zweier Gründungsstaaten, Frankreich und den Niederlanden. Selbst der abgespeckte Vertrag von Lissabon brauchte zwei Anläufe, bevor ihm 2009 die Iren zustimmten. Der Appetit auf neue Referenden ist denkbar gering, zumal die Erfah-

rung lehrt, dass die Bürger dann nicht über die Substanz abstimmen, sondern über aktuelle Themen und Stimmungen. Deutschland und Frankreich haben in den vergangenen Jahren zwar eine gewisse Offenheit für Vertragsreformen signalisiert, jedoch keinerlei Initiativen ergriffen.

Dagegen war das Europäische Parlament in der abgelaufenen Legislaturperiode erpicht darauf, eine neue Reformdebatte zu starten, die zu einem Konvent führen sollte. Allerdings ist es ihm nie gelungen, eine politische Dynamik zu entfalten. Erst kam der sogenannte Zukunftskonvent mit Bürgerforen nicht vom Fleck, dann zerstritten sich die Fraktionen über konkrete Vorschläge. Am Ende stimmte nur eine hauchdünne Mehrheit der Abgeordneten für einen Bericht zu Vertragsänderungen.

Nach der Europawahl dürfte die Position des Parlaments noch schwächer werden, wenn die europaskeptischen und -feindlichen Kräfte weiter zulegen. In der Praxis fokussiert sich die Debatte deshalb auf Änderungen, die unterhalb der Schwelle von ratifikationspflichtigen Vertragsreformen bleiben. Dafür gibt es zwei Optionen. Zum einen könnten die Staaten notwendige Anpassungen in den Beitrittsverträgen festschreiben, die mit neuen Mitgliedern geschlossen werden. Diese Verträge müssen zwar auch ratifiziert werden, in der Regel allerdings nicht durch Referenden – eine wichtige Ausnahme ist Frank-



Mehr Mitglieder bedeuteten auch mehr Abgeordnete.

© picture-alliance/Panama Pictures

reich. Zum anderen könnten die Staaten die Passerelle- oder Brückenklauseln im bestehenden Vertrag nutzen. Ihre tatsächliche Anwendung erfordert allerdings Einstimmigkeit im Rat. In Deutschland müssten Bundestag und Bundesrat mit Zweidrittel-Mehrheit zustimmen.

Diskutiert wird die Anwendung der Passerelle-Klausel vor allem in Bezug auf die Ausweitung von Mehrheitsabstimmungen auf jene etwa 20 Prozent von Beschlüssen, die bisher einstimmig fallen müssen. Das betrifft die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, etwa Sanktionen, Erweite-

rungsverhandlungen, Eigenmittelbeschlüsse und die Harmonisierung von Steuern. Deutschland, Frankreich, Italien, die Niederlande und einige weitere Staaten drängen auf eine Ausweitung, damit die Europäische Union handlungsfähiger wird, zumal wenn sie weiter wächst. Doch sperren sich insbesondere kleine Staaten dagegen, weil sie fürchten, überstimmt zu werden. Lindern könnte man diese Sorgen, indem man Fragen, die den Kern des nationalen Interesses betreffen, ausnimmt – allerdings stellt sich die Frage, wie dies definiert werden soll. Außerdem könnte man Zwischen-

schritte im Erweiterungsprozess, wie die Eröffnung und Schließung einzelner Kapitel, mit qualifizierter Mehrheit entscheiden, für die Eröffnung und den Abschluss der gesamten Verhandlungen aber weiter Einstimmigkeit festschreiben.

Ein Sonderfall ist das Artikel-7-Verfahren zur Überprüfung der Rechtsstaatlichkeit in einem Mitgliedsland. Bisher kann ein Mitgliedsland ein anderes vor möglichen Sanktionen schützen. Das hat sich als dysfunktional erwiesen, doch ist kaum damit zu rechnen, dass Staaten ihr Veto aus der Hand geben.

Eine weitere Reformbaustelle betrifft die Größe und Arbeitsfähigkeit der Institutionen. Die EU-Kommission sollte schon mit dem Vertrag von Lissabon so verkleinert werden, dass nur noch zwei Drittel der Mitgliedstaaten einen Kommissar stellen. Das haben die Staaten jedoch 2009 außer Kraft gesetzt, um die Ratifizierung in Irland zu ermöglichen. Das Ergebnis ist eine Kommission mit koordinierenden Vizepräsidenten und Kommissaren mit unterschiedlich großen Geschäftsbereichen. Diese Differenzierung müsste noch zunehmen, wenn die Union auf bis zu 36 Mitglieder wächst. Wenn aber nicht alle Stimmrecht haben sollen, müsste man doch wieder in den Vertrag eingreifen. Zur Debatte steht auch die Größe des EU-Parlaments, wenn neben den sechs Westbalkanstaaten die Ukraine, Moldau und Georgien aufgenommen werden. Vertrag-

lich ist seine Größe auf 750 Mitglieder begrenzt; nach der nächsten Wahl werden es 720 sein.

Allein der Ukraine als fünftgrößtem Mitgliedsland würden rund 50 Sitze zustehen, insgesamt müssten mehr als 80 neu verteilt werden. Wie das geschehen soll, ist unklar. Soll es dabei bleiben, dass jeder Staat mindestens sechs Abgeordnete hat? Wird die Stimmenungleichheit weiter zunehmen? Schon jetzt entfallen auf einen deutschen Abgeordneten zehnmal mehr Stimmen als auf einen maltesischen.

Reformfahrplan Die Bundesregierung dringt darauf, dass beim Europäischen Rat Ende Juni ein Fahrplan für EU-Reformen vereinbart wird. Doch bleibt abzuwarten, wie konkret der ausfällt. Erfahrene EU-Diplomaten rechnen damit, dass die Staaten auf Zeit spielen und unangenehme Entscheidungen so lange wie möglich vor sich herschieben werden. Das dürfte auch notwendige Reformen in der Agrar- und Kohäsionspolitik betreffen. Sie müssten im Zuge der nächsten finanziellen Vorausschau für die Jahre 2028 bis 2034 behandelt werden, wenn die Beitrittsperspektiven ernst gemeint sind. Vor der Wahl war aber nicht einmal die Kommission bereit, dieses heiße Eisen anzufassen. **Thomas Gutschker** ||

Der Autor ist politischer Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ in Brüssel.



Wähler stehen bei der Europawahl 2019 vor einem Wahllokal in Dresden an. Bei der bevorstehenden Europawahl sind allein in Deutschland fast 65 Millionen Menschen wahlberechtigt. Dabei ist das Wahlrecht in den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union unterschiedlich ausgestaltet.



Ursula von der Leyen

Spitzenkandidatur für eine zweite Amtszeit

Sie hat die besten Chancen auf einen Verbleib im Amt der EU-Kommissionschefin: Ursula von der Leyen strebt eine zweite Amtszeit an. Nur geht die CDU-Politikerin, die das Magazin „Forbes“ als mächtigste Frau der Welt bezeichnete, diesmal immerhin als Spitzenkandidatin der christdemokratisch-konservativen Europäischen Volkspartei (EVP) ins Rennen, wenngleich sie dabei nicht für ein Mandat im Europäischen Parlament kandidiert und sich ihr Name somit auch auf keinem Wahlzettel findet. 2019 war von der Leyen nicht durch die Europawahl gekürt worden, sondern vom Kreis der EU-Staats- und Regierungschefs.

„Unser Markenzeichen ist, dass wir uns darum kümmern, was die Menschen bewegt“, fasste sie bei der Vorstellung des Europa-Programms der Union im März in Berlin zusammen. Von 2003 bis zu ihrem Wechsel nach Brüssel an die Spitze der Kommission stand sie Ministerien vor. Es ging los mit dem niedersächsischen Landesressort für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit, doch dann rief rasch die Bundespolitik: 2005 Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dann 2009 der Wechsel ins Arbeitsressort und später

Großer Reformbedarf

WAHLRECHT I Die EU-Wahl erfolgt nach 27 nationalen Regeln. Eine Harmonisierung ist kaum in Sicht

Schon das Datum ist aufschlussreich. Zwischen dem 6. und 9. Juni werden die EU-Bürger bei der Europawahl ihre Stimme abgeben. Den Auftakt machen die Niederländer an einem Donnerstag, es folgen die Iren am Freitag, Lettland, Malta und die Slowakei am Samstag. In Deutschland und allen anderen Ländern wird dann am Sonntag gewählt. Das gestaffelte Verfahren zeigt: In Wirklichkeit findet nicht ein Urmengang statt, sondern 27 nationale Abstimmungen – nach weitgehend nationalen Regeln. 45 Jahre nach der ersten Direktwahl der Europa-Abgeordneten 1979 läuft die Abstimmung in den EU-Staaten höchst unterschiedlich ab. Zögerliche Reformversuche haben daran wenig geändert. „In den vergangenen 20 Jahren hat es wenig Bewegung in Richtung eines einheitlichen Wahlmodus gegeben“, resümiert Luise Quarisch vom Jacques Delors Centre in Berlin. Die Hürden zu einem verbesserten, einheitlichen Verfahren sind hoch: Alle 27 EU-Staaten müssten zustimmen, ebenso das Europäische Parlament (EP). Und der politische Wille für eine grundlegende Reform fehlt in den nationalen Hauptstädten. Die etablierten Parteien profitieren vom bestehenden System und messen den

Der politische Wille für eine grundlegende Reform des Wahlmodus fehlt in den Hauptstädten.

demokratischen Defiziten offenbar keine große Bedeutung bei. Die Europa-Abgeordneten selbst sehen Bedarf für Anpassungen. 2022 stimmten sie mehrheitlich für eine Generalüberholung der Regeln. Sie forderten den 9. Mai, den Schuman Tag, als einheitliches Wahldatum in der gesamten EU. Sie machen sich dafür stark, dass Menschen einheitlich ab einem Alter von 18 Jahren für das EU-Parlament kandidieren dürfen. Sie setzen sich zudem dafür ein, dass sich Männer und Frauen auf den Listen der Parteien abwechseln. In einzelnen Ländern waren Frauen im EP stark unterrepräsentiert. Zypern entsandte zeitweise nur Männer, ehe 2022 eine Christdemokratin nachrückte. Zwei Änderungswünsche der EU-Abgeordneten stießen bei den nationalen Regierungen auf besonders wenig Zustimmung: Das Spitzenkandidatenprinzip und die Wahl von 28 Europa-Abgeordneten über europäische Listen. Offiziell äußerten sich die Mitgliedstaaten zu den Reformwünschen nicht. Das EP könnte daher eine Untätigkeitsklage gegen den Rat der EU einleiten. Passiert ist das nicht. Die passive Haltung der EU-Staaten hat mit Mächtigem zu tun. „Die Mitgliedstaaten wollen sich nicht hineinreden lassen“, sagt der EU-Abgeordnete Damian Boeselager von der paneuropäischen Partei Volt.

EU-Themen spielen bei der Europawahl in den Mitgliedstaaten oft kaum mehr eine Rolle.

Das Spitzenkandidatenprinzip und die Zweitstimme für Kandidaten von einer europäischen Liste illustrieren das besonders deutlich. Die Staats- und Regierungschefs wollen sich das Recht vorbehalten, den Kommissionspräsidenten in einem Hinterzimmerdeal selbst zu bestimmen. Wahlsieger Manfred Weber (CSU) hatte sich 2019 schon im Berlaymont gewählt, aber der französische Präsident Emmanuel Macron lehnte ihn ab und installierte stattdessen Ursula von der Leyen (CDU). Damit kam eine Politikerin aus der europäischen Parteienfamilie mit der stärksten Fraktion im EP an die Spitze der EU-Kommission, ohne Wahlkampf geführt zu haben. Auch diesmal tritt sie bei der Europawahl nicht an, führt aber den Titel der EVP-Spitzenkandidatin. Die transeuropäische Liste für die Europawahl hat der französische Präsident Macron dagegen als einer der wenigen Staats- und Regierungschefs befürwortet. 2017 hatte Macron angeregt, die EP-Sitze, die durch den Brexit frei würden, über eine gemeinsame europäische Liste zu verteilen. Dadurch sollte ein wirklich europäischer Wahlkampf entstehen, eine gemeinsame Debatte über Entscheidungen, die in der EU fallen. In der Realität spielen bei der Europawahl in den Mitgliedstaaten EU-Themen oft kaum mehr eine Rolle. Eine

europäische Liste hätte aber Konkurrenz zu nationalen Parteien geschaffen. Vor allem die europäischen Christdemokraten sehen die Idee skeptisch. Mit Elan haben die etablierten Parteien dagegen die Einführung einer Mindestklausel betrieben. 2014 hatte Frank-Walter Steinmeier (SPD), damals noch Außenminister, offen seinen Unmut gezeigt, dass der Satiriker Martin Sonneborn ins EP einzog und ankündigte, sein Mandat nach einem Monat niederzulegen. Steinmeier sah die „Juxpartei“ Sonneborns als Anlass, eine Sperrklausel einzuführen. Der SPD-Europaabgeordnete Jo Leinen hat dies mit Nachdruck verhandelt bei der Wahlrechtsreform 2018. Bei der Europawahl 2029 wird es in Deutschland nun eine Zweiprozententhürde geben, wie der Bundestag vergangenes Jahr beschloss. Insgesamt entsteht der Eindruck, dass etablierte Parteien das Feld nicht für Neuankommlinge öffnen wollen. „Sie reagieren extrem allergisch auf Wettbewerb“, sagt der EU-Abgeordnete Damian Boeselager. Bei den Vorbereitungen der Europawahl 2024 beobachten die Mitglieder seiner Volt-Partei erneut, wie schwierig es ist, Kandidaten überhaupt nur aufzustellen – auch weil die Regeln national so unterschiedlich gestaltet sind. In Deutschland ist es noch relativ einfach, als Kandidat bei

der Europawahl anzutreten, Unterschriften von 0,01 Prozent der Wahlbevölkerung genügen. In Italien benötigen Parteien, die noch nicht im Parlament vertreten sind, dagegen gleich 54 Mal so viele Unterschriften. Und in Frankreich müssen Kandidaten Stimmzettel selbst drucken. Die Kosten dafür stellen einen klaren Nachteil für kleine Parteien dar. Volt hat sich in Frankreich von einer Spedition einen Kostenvorschlag für die Logistik machen lassen. „Der Preis lag bei einer Million Euro“, sagt Boeselager. Fehler im System Über solche Probleme reden die etablierten Parteien nicht gerne. Dabei würden Reformen die europäische Demokratie stärken. Die Fehler im System machen es aktuell den Kritikern leicht, die EU als undemokratisch abzustempeln. Erschwerend kommt hinzu, dass Europa-Abgeordnete je nach Land unterschiedlich viele Wähler vertreten. Deutschland mit fast 85 Millionen Einwohnern stellt 96 Abgeordnete, Malta mit einer halben Million Einwohner stellt sechs Abgeordnete. Wenn die Europawahl sich für die Wähler nicht wirklich europäisch anfühlt und gleichzeitig die Repräsentation unfair erscheint, könnte das „den Euroskeptikern in die Hände spielen“, befürchtet Luise Quarisch vom Delors Centre. Nutznießer könnten Kräfte am Rande des politischen Spektrums sein. Die Autorin arbeitet als freie Journalistin in Brüssel.



Ursula von der Leyen

2013 ins Bundesverteidigungsministerium. Das Elterngeld und ein Modernisierungsschub bei der Bundeswehr sind unter anderem aus dieser Zeit zu verbuchen. Als Kommissionschefin engagierte sie sich für einen neuen Green Deal in der Landwirtschaft, den sie allerdings nach Widerstand aus den EU-Ländern stark stutzte. Und dann ist da noch der Krieg in der Ukraine, der von der Leyen von Beginn an beistand. Ein Stück weit war der Umzug nach Belgien eine Heimkehr. Von der Leyen wurde in dem Land geboren, denn ihr Vater Ernst Albrecht arbeitete einst bei der EC, am Ende bis 1971 als Generaldirektor; später wurde er für viele Jahre Ministerpräsident in Niedersachsen. Politik sog von der Leyen von der Kindheit an auf. Die passionierte Reiterin studierte anfangs mitunter Archäologie und sattelte dann um auf Medizin, arbeitete als Ärztin und machte ihren Master in Public Health; dann begannen die politischen Ämter ihr zuzufliessen. Dabei sind von der Leyens Erfahrungen mit öffentlichen Wahlkampagnen nicht die besten. Bundestagsabgeordnete wurde sie 2009, 2013 und 2017 über die Landesliste, den Wahlkreis Stadt Hannover II gewonnen andere. 2019 kandidierte sie bei der Europawahl nicht. Diesmal also als EVP-Spitzenkandidatin. Die EVP-Mitglieder CDU und CSU treten mit dem Motto „Freiheit, Sicherheit und Wohlstand“ an. Heißt: Freiheit muss geschützt werden, und zwar durch eine gestärkte Wehrfähigkeit in der EU. Illegale Migration soll begrenzt und Wohlstand vor allem durch Wettbewerbsfähigkeit untermauert werden. „Wir stehen für den Frieden und den Wohlstand, den Europa uns ermöglicht“, sagte sie im März in Berlin. In Sachen Wehrfähigkeit schlägt von der Leyen vor, einen EU-Verteidigungskommissar zu etablieren. „Wir müssen massiv in Europas Sicherheit investieren.“ Letzten Endes entscheiden vielleicht nicht die Wähler, ob von der Leyen ihr Amt behält. 2019 setzten Frankreichs Präsident Emmanuel Macron und Kanzlerin Angela Merkel sie durch. Auch diesmal werden die EU-Staats- und Regierungschefs ein gehöriges Wörtchen mitreden wollen. Jan Rübel

Stimmabgabe schon mit 16 Jahren

WAHLRECHT II Erstmals gilt bei einer Europawahl ein abgesenktes Mindestalter

WAHLBERECHTIGTE In Deutschland werden bei der Europawahl 2024 nach einer Schätzung des Statistischen Bundesamtes bis zu 64,9 Millionen Deutsche und weitere Staatsangehörige der EU wahlberechtigt sein, davon 33,3 Millionen Frauen und 31,7 Millionen Männer. Zu ihnen zählen neben schätzungsweise 60,9 Millionen Deutschen rund 4,1 Millionen Staatsangehörige aus den übrigen EU-Mitgliedstaaten, die in der Bundesrepublik wohnen. Sie können entscheiden, ob sie ihr Wahlrecht in Deutschland oder in ihrem Herkunftsstaat ausüben. **JUNGWÄHLER** Unter den Wahlberechtigten befinden sich in der Bundesrepublik erstmals auch Jugendliche im Alter von 16 oder 17 Jahren, nachdem der Bundestag das bisherige Mindestalter von 18 Jahren für das aktive Wahlrecht bei Europawahlen im November 2022 entsprechend gesenkt hat. In diesem Jahr betrifft das rund 1,3 Millionen deutsche Jugendliche. Insgesamt gehören nach Angaben der Bundeswahlleiterin etwa 4,8 Millionen potenzielle deutsche Erstwähler zu den Wahlberechtigten; hinzu kommen bis zu 0,3 Millionen junge Unionsbürger. Die größte Altersgruppe der Wahlberechtigten stellen in Deutschland aber nicht diese

zusammen 5,1 Millionen Erstwähler, sondern die 30- bis 49-Jährigen mit insgesamt 19,3 Millionen, gefolgt von 18,6 Millionen im Alter von 65 Jahren und mehr vor 17,4 Millionen 50- bis 64-Jährigen und 9,5 Millionen 16- bis 29-Jährigen. **PARTEIEN UND KANDIDATEN** Seit 1979 wird das Europäische Parlament von den Bürgern direkt gewählt; bei der zehnten Direktwahl am 9. Juni dieses Jahres können sie in Deutschland zwischen 35 Parteien und sonstigen politischen Vereinigungen wählen, die vom Bundeswahlausschuss mit Listen für alle oder nur für einzelne Bundesländer zugelassen wurden. Darunter befinden sich auch die 14 schon bisher im Europaparlament beziehungsweise acht derzeit im Bundestag vertretenen Parteien. Insgesamt bewerben sich in Deutschland 1.413 Kandidatinnen und Kandidaten um ein Mandat im Europaparlament. Darunter sind laut Bundeswahlleiterin 486 Frauen, was einem Anteil von 34,4 Prozent entspricht.

Die größte Altersgruppe der Wahlberechtigten stellen die 30- bis 49-Jährigen.

WAHLSYSTEM Jeder Wähler hat bei der Europawahl eine Stimme. Wie in allen anderen EU-Staaten werden die Europaabgeordneten nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Eine Sperrklausel gibt es seit der Europawahl 2014 nicht mehr. Ab der übernächsten Wahl 2029 soll nach einem Bundestagsbeschluss vom vergangenen Juni eine Mindesthürde von zwei Prozent für den Einzug ins Europäische Parlament gelten. **MANDATE** Mit 96 Abgeordneten wird Deutschland der bevölkerungsreichste EU-Mitgliedstaat bei der Wahl wieder die meisten der dann 720 EU-Parlamentarier entsenden. Das gilt indes nur mit Blick auf die absoluten Zahlen, denn wie im Bundesrat sind auch im Europaparlament große Länder im Verhältnis schwächer vertreten als kleine. So kommt die Bundesrepublik auf etwas mehr als einen Sitz pro einer Million Einwohner, Malta mit seinen sechs Mandaten für knapp 550.000 Einwohnern dagegen rein rechnerisch auf 14 Sitze. Helmut Stoltenberg

Der Bundestag wirkt mit

BETEILIGUNG Die EU-Rechte des deutschen Parlaments

„In Angelegenheiten der Europäischen Union wirken der Bundestag und durch den Bundesrat die Länder mit“ – so steht es in Artikel 23 des Grundgesetzes. Danach hat die Bundesregierung den Bundestag und den Bundesrat „umfassend und zum frühestmöglichen Zeitpunkt“ zu unterrichten, dem Bundestag vor ihrer Mitwirkung an Rechtssetzungsakten der EU Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben und diese bei den Verhandlungen zu berücksichtigen. Näher ausgestaltet sind diese Rechte in den Begleitgesetzen zum 2009 in Kraft getretenen EU-Vertrag von Lissabon. Dabei handelt es sich um das „Gesetz über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union“ (EUZBVG) und das nicht weniger sperrig klingende „Gesetz über die Wahrnehmung der Integrationsverantwortung des Bundestages und des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union“ (IntVG), kurz „Integrationsverantwortungsgesetz“. Nach dem EUZBVG muss die Bundesregierung dem Parlament insbesondere alle Kommissionsvorschläge für EU-Verordnungen und -Richtlinien, Berichte, Mitteilungen, Grün- und Weißbücher sowie Vorschläge für Beschlüsse des Rates zuleiten und über die Planungen und Beratungen

dieser Entwürfe auf EU-Ebene informieren. Auch Einzelheiten zur Mitwirkung des Bundestages durch Stellungnahmen sind in dem Gesetz geregelt. Nach dem IntVG haben Bundestag und Bundesrat in EU-Angelegenheiten ihre Integrationsverantwortung wahrzunehmen und über Vorlagen „in angemessener Frist“ zu beraten und beschließen. Die Bundesregierung kann im Rat der EU bei bestimmten Vorhaben mit herausgehobener Integrationsverantwortung nur auf Grundlage eines zuvor verabschiedeten Gesetzes beziehungsweise durch Beschluss des Bundestages abschließend tätig werden. Auch enthält das „Integrationsverantwortungsgesetz“ Regelungen zur „Subsidiaritätsrüge“ und „Subsidiaritätsklage“, mit denen der Bundestag Einfluss auf den Gesetzgebungsprozess der EU nehmen kann, wenn er seine Kompetenzen durch die Europäische Union verletzt sieht. Zentrales Gremium der Mitwirkung des Bundestages ist sein im Grundgesetz-Artikel 45 verankerter Ausschuss für die Angelegenheiten der EU. Er ist unter anderem für alle Grundsatzfragen der europäischen Integration zuständig und kann vom Bundestag ermächtigt werden, dessen Rechte gemäß Artikel 23 gegenüber der Bundesregierung wahrzunehmen. sto

SPD Soziale Politik für Dich.

Brüsseler Bürokratie

SUBSIDIARITÄT Der Königsweg beim Bürokratieabbau heißt Digitalisierung, dadurch könnten Genehmigungsverfahren einfacher und schneller werden

Katarina Barley

»Mein Leben ist sehr stark mit Europa verbunden«

Die SPD sah schon mal bessere Zeiten, da kommt ihr eine „Allzweckwaffe“ gerade recht. Katarina Barley, neben dem Luxemburger Nicolas Schmit Spitzenkandidatin der europäischen Sozialdemokraten, trägt diesen Spitznamen zurecht. In wenigen Jahren sammeln die geborene Kölnerin Erfahrungen in mehreren Spitzenämtern – und ist nun zum zweiten Mal das SPD-Gesicht für die Europawahl seit 2019.

„Mein Leben ist sehr stark mit Europa verbunden“, sagt Barley. Ihr Vater: Briten. Ihr Ehemann: ein niederländischer Basketballtrainer. Und durch den spanisch-niederländischen Ex-Mann, den sie beim Studium in Paris kennenlernte, haben ihre zwei Söhne Großeltern mit vier verschiedenen Nationalitäten. Schließlich ist Barley an ihrem Wohnort Trier nah an Luxemburg, Frankreich, Belgien.

Klare Abgrenzung In den aktuellen Wahlkampf zieht Barley mit einer klaren Abgrenzung von CDU und CSU. „Die SPD verbindet wirtschaftliches Wachstum, soziale Gerechtigkeit, Arbeitnehmerrechte und Klimaschutz“, sagt sie über das, was die SPD Europa geben könne. „Das können wir besser als alle anderen Parteien.“ Und was machen die anderen? „Wir stellen fest, dass die Konservativen im Europawahlkampf eine Tonalität anschlagen,



Katarina Barley

die eher die Vorurteile über Europa betont, anstatt die Vorzüge“, sagte Barley im Berliner „Willy-Brandt-Haus“ in der Partei-Zeitung „Vorwärts“. Noch während ihres Studiums trat die Kölnerin 1994 der SPD bei.

Barley amtiert derzeit als Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments. Besonders gegen Rechtsstaatlichkeits Verstöße engagierte sie sich und legte sich etwa mit Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán an; sie forderte einen härteren Umgang mit der Budapest-Regierung als ihn die EU-Kommission letztlich einschlug. „Wir leben in einer Zeit, in der diese Europäische Union massiv attackiert wird“, sagte Barley im „Vorwärts“. Deshalb bleibe es im Wahlkampf ganz klar das Bestreben der Sozialdemokratie, „herauszustellen, warum diese Europäische Union wichtig ist, warum sie existenziell ist für den Wohlstand in Deutschland“.

Hoffnungsträgerin Für die SPD verkörpert Barley eine Hoffnung, weil in ihrer europapolitischen Arbeit kein Plan B vorgesehen ist. 2019 gab sie ihr Amt als Bundesjustizministerin auf, um in den EU-Wahlkampf zu ziehen und machte auch klar, dass dies unabhängig vom Ausgang der Wahl geschehe. Da war sie erst seit sechs Jahren auf der großen politischen Bühne. 2013 zog Barley in den Bundestag ein, zwei Jahre später machte der damalige SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel sie zur Generalsekretärin. „Im Bundestag bin ich gleich in den Europa-Ausschuss gegangen“, erinnert sie sich. 2017 dann wurde sie Bundesfamilienministerin, übernahm übergangsweise auch das Bundesarbeitsministerium und wechselte ein Jahr später ins Amt der Bundesjustizministerin.

Dies knüpfte an ihre bisherige Laufbahn an: Die Volljuristin hat als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Bundesverfassungsgericht gearbeitet und dann Erfahrungen als Richterin am Landgericht und am Amtsgericht gesammelt. Seit September 2022 steht Barley dem Arbeiter-Samariter-Bund Deutschlands vor. Bei den Europawahlen im Jahr 2019 fuhren die Sozialdemokraten mit Barley nur magere 15,8 Prozent ein. Und man ahnt, dass es auch dieses Mal schwierig wird. Bei einer Veranstaltung in Freiburg im Breisgau sagte sie dem Sender SWR, auch wenn der Rechtsruck in vielen Ländern der Europäischen Union nicht mehr zu verhindern sei, jetzt könnten die Menschen in ganz Europa beeinflussen, wie sich das Europäische Parlament zusammensetzt. Deswegen sei es dieses Mal besonders wichtig, wählen zu gehen. Jan Rübél



Unternehmen wünschen sich weniger Bürokratie, vor allem bei der sogenannten Identifikations- und Dokumentationspflicht.

© picture-alliance/Zoonar/Chalimpoj Pimpisam

Glaubt man den zahlreichen Kritikern des angeblich maßlosen Regulierungseifers der Europäischen Union, dann handelt es sich beim Brüsseler Europapapier, dem Amtssitz von Parlament, Kommission und Rat der 27 Mitgliedstaaten, um das Habitat eines wahren Bürokratiemonsters. Einer gefräßigen Paragrafenkrake, die von Belgiens Hauptstadt aus das Regiment über die nationalen Verwaltungen und Unternehmen übernommen hat. Die bis in kleinste Details hinein bestimmt, wie Wirtschaft und Gesellschaft in der EU zu funktionieren haben. Allenthalben klagen auch in Deutschland viele Betriebe, Selbstständige und Verbände über den „Bürokratie-Wahnsinn“ auf dem europäischen Binnenmarkt – zu Recht?

Zunächst zeigt ein Vergleich, dass der vermeintlich monströse Beamtenapparat in Brüssel keineswegs die Dimensionen sprengt, die in deutschen Amtsstuben üblich sind: Die EU-Kommission beschäftigt etwa 32.000 Bedienstete, die bayerische Landeshauptstadt München allein sogar 40.000. Dennoch ist der bürokratische Output, den das Europäische Parlament und der Europäische Rat im vergangenen Jahr produziert haben, beachtlich: Allein 2023 wurden von diesen beiden Institutionen 330 Basisrechtsakte und 165 Änderungsrechtsakte erlassen, nicht zu vergessen jene mehr als 1.000 Durchführungs- und sonstigen Rechtsakte der EU-Kommission, die von den Mitgliedsländern umgesetzt werden müssen, obwohl die Kommission – anders als Parlament und Rat – über kein eigenes Initiativrecht verfügt. Das Prinzip „One in, One out“, das 2022 eingeführt worden war, um den Bürokratieaufwand in Europa einzuhegen, greift in der Praxis (noch) nicht. Längst wird nicht für jede neue Vorschrift eine bestehende Rege-

lung abgeschafft, wie es die „Agenda zur Besseren Rechtsetzung“ eigentlich vorsieht. Kein Wunder, dass fast 43 Prozent der Bundesbürger laut einer Studie des Bonner Instituts für Mittelstandsforschung „Wut, Zorn und Aggressivität“ verspüren, wenn sie an den von bürokratischen Auflagen verursachten Zeit- und Kostenaufwand denken – unabhängig davon, wer die Vorschriften erlassen hat. Tatsächlich ist ja auch der Bund nicht gerade untätig, was Genehmigungen oder Kontrollen anlangt: Mit 1.800 Bundesgesetzen und mehr als 50.000 Einzelnormen weist Deutschland im internationalen Vergleich eine der höchsten Regulierungsdichten auf, die von Ländern und Kommunen initiierten Vorschriften kommen noch dazu. Und aus Brüssel drohen neue Belastungen: Die Ausweitung der europäischen Berichtspflichten zur Nachhaltigkeit führen dazu, dass ab 2025 etwa 13.000 deutsche Unternehmen schrittweise berichtspflichtig werden. Die Betroffenen müssen sich danach auf mehr als 1.000 Punkte einstellen, die sie zu erheben und zu dokumentieren haben. „Dieser Bürokratismus“, fürchtet Ulrich Stoll, Familienunternehmer aus Baden-Württemberg, „hemmt das Wachstum“. Die Mehrkosten für eine GmbH mit weltweit 20.000 Lieferanten schätzt Stoll auf zwei Millionen Euro.

Proteste gegen Bürokratie In jüngster Zeit tönnten die Proteste gegen zu viel Bürokratie besonders schrill aus der Landwirtschaft. Parallel zu seinen öffentlichen Demonstrationen überall in der Bundesrepublik lancierte der Deutsche Bauernverband einen 17 Seiten umfassenden Forderungskatalog zur „Entlastung der Landwirtschaft und zum Bürokratieabbau“. Die Kritik der Agrarier richtet sich etwa gegen Pläne der EU-Kommission „zur massiven Ausweitung der Erhebung von Kriterien und Daten bei den landwirtschaftlichen Betrieben“, gegen

das geltende EU-Recht zu „Stilllegung und Brachen“ sowie zu „Doppelregelungen“ im Fach- und Umweltrecht. Holger Hennies, Landwirt aus Niedersachsen, hält zum Beispiel die europäischen Vorgaben zum Tiertransport für „nicht praktikabel“. So sollen „die Transportzeiten von Tieren zur Schlachtung auf neun Stunden begrenzt werden“, inklusive Be- und Entladezeit. Hennies: „Das ist unrealistisch, denn es gibt in Deutschland schon heute Regionen, in denen kein Schlachtbetrieb in acht beziehungsweise neun Stunden erreicht werden kann.“

So vielfältig, wie die Strukturen der bundesdeutschen Landwirtschaft sind, so differenziert fallen auch die Urteile über Brüsseler Direktiven aus. Jürgen Jakobs, der im brandenburgischen Beelitz einen großen Spargelhof betreibt, lobt grundsätzlich die „erheblichen Vorteile“, die der gemeinsame Binnenmarkt in Europa den Bauern bringt. Dennoch nennt er „die überbordende Bürokratie“ ein erhebliches Problem. Im betrieblichen Alltag ertrinke er zuweilen „in Anforderungen, die teils nicht nachvollziehbar sind“, meint Jakobs. Beispiele seien die unterschiedlichen Pflanzenschutzauflagen oder die oft undurchsichtigen EU-Subventionen, die er am liebsten abschaffen würde. Manchmal allerdings, so gibt der Obst- und Gemüsebauer zu bedenken, wünsche er sich sogar mehr gemeinsamen Markt, also auch mehr europäische Harmonisierung – etwa beim Mindestlohn, der Sozialversicherung oder den Bewirtschaftungsvorgaben.

Tatsächlich haben die Landwirte den zuständigen Bundesminister Cem Özdemir (Grüne) auf ihrer Seite, wenn es um den „Abbau unnötiger Bürokratie“ geht: „Wir wollen die Landwirtschaft vom Zuviel an Bürokratie befreien und schlanke, einfache und effiziente Regelungen“, erklärte Özdemir jüngst. Doch was heißt das in der Praxis? Parteifreunde des Schwaben warnen davor, dass „Bürokratieabbau mit Standardabbau verwechselt“ werde. Das sei ökologisch „der falsche Weg“. Der Duisburger Grünen-Bundestagsabgeordnete Felix Banaszak, der früher als Referent für

Europa-Parlamentarier seiner Partei arbeitete, verlangt deshalb, dass „Klimaschutz für die Unternehmen lukrativ und einfach gemacht werden“ müsse. Nur dann könne „Europa als klimaneutraler Wirtschaftsstandort im globalen Wettbewerb mithalten“. Das neu gewählte EU-Parlament müsse sich sofort an diese riesige Herausforderung im Rahmen des „Green Deal“ machen.

Verwaltungsprozesse beschleunigen Für viele Experten heißt der Königsweg beim Bürokratieabbau Digitalisierung. Dadurch könnten Genehmigungsverfahren vereinfacht und Verwaltungsprozesse beschleunigt werden. So setzen auch die Steuerberater zunehmend auf „digitale Möglichkeiten“ ihrer Mandanten, den europäischen Binnenmarkt zu nutzen. Allerdings fehle für möglichst unbürokratische Abläufe in der EU noch die erforderliche Planungs- und Rechtssicherheit nicht zuletzt für angehende Steuerberater, kritisiert Torsten Lüth, Präsident des Deutschen Steuerberaterverbandes.

> STICHWORT

Subsidiaritätsprinzip

> Subsidiarität bedeutet, dass Eigenverantwortung vor staatliches Handeln gestellt wird und die Eigenleistung und die Selbstbestimmung des Individuums und der Gemeinschaften – beispielsweise der Kommunen – gefördert werden. Das Subsidiaritätsprinzip besagt daraus folgend, dass höhere staatliche Institutionen nur dann (aber auch immer dann) regelnd eingreifen sollten, wenn die Möglichkeiten des Einzelnen, einer kleineren Gruppe oder einer niedrigeren Hierarchie-Ebene allein nicht ausreichen, eine bestimmte Aufgabe zu lösen. Anders gesagt bedeutet das, dass die Ebene der Regulierungskompetenz immer so niedrig wie möglich und so hoch wie nötig angesiedelt sein sollte. nki

Ziemlich konkret sind auch die Forderungen, die eine verwandte Berufsgruppe an die künftige EU-Kommission stellt. Der Düsseldorfer Rechtsanwalt Dirk Uwer wünscht sich, dass sich Brüssel „einmal eine ganze Legislaturperiode nur der Abschaffung von bürokratielastigen Rechtsvorschriften widmet“. Davon gebe es nämlich einfach zu viele, besonders im Umweltrecht.

In Uwers Wirtschaftskanzlei kümmert sich zum Beispiel „ein mehrköpfiges, hochqualifiziertes Team mit hohem Aufwand um die Erfüllung der geldwäscherechtlichen Sorgfalts-, Identifizierungs- und Dokumentationspflichten“. In zwei Jahrzehnten sei seine Sozietät „trotz dieser Anstrengungen noch auf keinen Geldwäscheverdachtsfall gestoßen“. Für Uwer ein Beleg „für weitgehend wirkungslose, aber teure, aufwändige Bürokratie“. Ein ähnlicher Fall liege in der sogenannten DAC6-Richtlinie der EU vor, die den verpflichtenden Informationsaustausch im Bereich grenzüberschreitender Besteuerung vorsieht. Auch hier stünden, so Uwer, „Aufwand und Nutzen in keinem angemessenen Verhältnis“. Als „total überflüssig und hemmend“ schließlich sieht der Anwalt die Vorschrift an, selbst für bloß einstündige Besprechungen im EU-Ausland eine „A1-Bescheinigung“ der Deutschen Rentenversicherung mit sich führen zu müssen: „Das zeigt, wie weit sich die EU praktisch vom Gedanken eines Europas ohne Grenzen entfernt hat.“

Nicht bloß Selbstständige und Privatfirmen ächzen häufig unter den bürokratischen Auflagen der EU. Auch die im Verband kommunaler Unternehmen (VKU) organisierten 1.500 Stadtwerke, Ver- und Entsorgungsbetriebe von Städten und Gemeinden in Deutschland mit rund 283.000 Beschäftigten sind davon unmittelbar betroffen. Zwar begrüßt der VKU, „dass wir in Europa einen gemeinsamen Weg zur Klimaneutralität gehen“, doch bei der Umsetzung dieses Ziels stoßen die kommunalen Energie-, Wasser- und Telekommunikationsversorger ebenso wie bei der Abwasser- und Abfallbeseitigung auf Belastungen, die finanzielle und personelle Ressourcen verschlingen. Markante Beispiele sind die Pflichten der Nachhaltigkeitsberichterstattung und der Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektroautos. Ein VKU-Sprecher: „Für jeden einzelnen Ladepunkt müssen wir einen eigenen Förderantrag stellen und jedes halbe Jahr berichten. Schneller wären wir, wenn wir mit einem Förderantrag mehrere Ladepunkte beantragen und nur einmal im Jahr berichten müssten.“

Der Vergleich zwischen den Bürokratielasten aus Brüssel und aus Berlin fällt beim VKU differenziert aus: „Brüssel hat bei seiner Gesetzgebung oft Konzerne im Sinn, Berlin weitete dann leider häufig die EU-Vorgaben bei der Umsetzung in deutsches Recht in Eigenregie auf den Mittelstand aus.“ Diese „deutsche Marotte“ bereite dem kommunalen Mittelstand „echt Kopfschmerzen“. Tatsächlich ist in Brüssel zu hören, dass rund die Hälfte aller EU-Richtlinien und -Verordnungen auf deutsche Initiative oder mit deutscher Unterstützung zustande kommen.

Beziehungen zu Brüssel Der europapolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gunter Krichbaum, spielt den Ball zurück ins Feld der EU. Sein Argument: Während früher auf neuen Richtlinien aus Brüssel eine Verordnung kam, habe sich dieses Verhältnis heute umgedreht. Die Folge: EU-Verordnungen gelten in den Mitgliedsländern unmittelbar, Richtlinien müssen von den nationalen Parlamenten erst umgesetzt werden, mit einem gewissen Gestaltungsspielraum für die jeweiligen Volksvertretungen. Krichbaum: „Bei Verordnungen ist der Bundestag komplett außen vor.“ Er fordert daher, die Beziehungen zwischen Brüssel und den 27 EU-Mitgliedstaaten „vom Kopf auf die Füße zu stellen: Die EU gibt den Rahmen vor, die nationalen Parlamente füllen ihn aus.“

Allerdings räumt Krichbaum ein, die wachsende „Eingriffstiefe“ durch die europäische Bürokratie habe auch etwas mit der zunehmenden Integration zu tun, „die nicht ohne gemeinschaftliche Rechtsetzung zu haben“ sei. Dennoch plädiert der CDU-Europapartei für, dass „die Eingriffstiefe der europäischen Regelungen begrenzt wird, damit den Mitgliedsstaaten mehr Spielräume bleiben“.

Der FDP-Haushaltspolitiker Otto Fricke hat Verständnis für die Notwendigkeit, Normen zu vereinheitlichen. Das könne durchaus wie eine zusätzliche Belastung wirken, sei aber oft nur der Ersatz für bisheriges Regelwerk auf nationaler Ebene. Allerdings sieht er im Wunsch der Politik, „Gerechtigkeit und Gleichheit durch staatliche Eingriffe herbeizuführen“, etwa durch die EU-Kommission, eine unnötige Belastung und einen Kostentreiber für die Wirtschaft, zumal die Brüsseler Beamten „vom Alltag etwa eines deutschen Mittelständlers viel weiter entfernt sind als ihre Kollegen in Berlin oder in den Bundesländern“.

Fricke bemängelt, dass in Europa vielfach regelnd eingreifen sollten, wenn die Möglichkeiten des Einzelnen, einer kleineren Gruppe oder einer niedrigeren Hierarchie-Ebene allein nicht ausreichen, eine bestimmte Aufgabe zu lösen. Anders gesagt bedeutet das, dass die Ebene der Regulierungskompetenz immer so niedrig wie möglich und so hoch wie nötig angesiedelt sein sollte.

Gunther Hartwig

Der Autor ist freier Journalist in Berlin.

Neuer Schwung, alte Probleme

WESTBALKAN Die sechs Staaten der Region haben jetzt eine klare Beitrittsperspektive, stehen sich aber oft selbst im Weg

Beim Westbalkangipfel im Oktober 2021 mussten die sechs Länder noch froh darüber sein, dass die EU-Staaten ihre „Zusage für den Erweiterungsprozess“ bekräftigten. Seinerzeit wurde viel darüber spekuliert, ob die Staaten der Region auf ewig im Wartezimmer der Union sitzen bleiben. Vier Monate später überfiel Russland die Ukraine – und die Europäische Union erhob Kiew im Schnellverfahren zum Beitrittskandidaten. Das änderte auch für den Westbalkan die Perspektive. Denn nach Jahren des Kleinklein dachten beide Seiten wieder geostrategisch. Und das konnte nur heißen: Alle Länder in die EU zu bringen.

Seitdem hat sich einiges getan. Im März beschloss der Europäische Rat, mit dem fünften Land Beitrittsverhandlungen aufzunehmen: Bosnien-Herzegowina. Die Entscheidung war nicht unumstritten, weil einige Reformen noch ausstehen, die der Rat an den Kandidatenstatus geknüpft hatte. Allerdings sollte der Schritt die Akteure zu weiteren Fortschritten ermutigen. Durchgesetzt wurde das positive Signal von einer Gruppe südosteuropäischer Staaten, die sich „Freunde des Westbalkans“ nennt und von Österreich angeführt wird.

Deutschland und Frankreich haben den Schritt unterstützt. Während Berlin sich schon lange für die Region engagiert, stand Paris auf der Bremse. Das hat sich jedoch seit einer Rede von Präsident Emmanuel Macron im Mai 2023 geändert. Man müsse die EU „so schnell wie möglich erweitern“, sagte Macron, um dem russischen Neo-Imperialismus entgegenzutreten. Allerdings bleiben, trotz Geopolitik, viele praktische Schwierigkeiten. Schließlich müssen alle Beitrittskandidaten die Kopen-

hagener Kriterien von 1993 erfüllen. Sie müssen politisch stabil, demokratisch und rechtsstaatlich sein. Und sie müssen über eine funktionsfähige Marktwirtschaft verfügen, die dem Wettbewerbsdruck im EU-Binnenmarkt standhält. In den Verhandlungen, die in Kapitel gegliedert sind, müssen sie den gesamten Rechtsbestand der Union übernehmen. Dabei gilt weiter der Grundsatz, dass jedes Land nach seiner individuellen Leistung beurteilt wird und es keine Abkürzungen geben soll.

Zwist Oftmals stehen sich die Länder jedoch selbst im Weg, wie der Konflikt zwischen Serbien und Kosovo zeigt. Die Regierung in Pristina reichte Ende 2022 als letzter Staat der Region ihren Beitrittsantrag in Brüssel ein. Darauf folgte jedoch eine von Pristina mitverschuldete Eskalation, nachdem im April 2023 in vier mehrheitlich von Serben bewohnten Gemeinden im Norden Kosovos ethnische Albaner zu Bürgermeis-



In der Hauptstadt von Bosnien-Herzegowina, Sarajevo, wird das Rathaus in den EU-Farben angestrahlt. Im März hat der Europäische Rat beschlossen, mit dem Land Beitrittsverhandlungen aufzunehmen - eine nicht unumstrittene Entscheidung. © picture-alliance/Armin Durgut

tern gewählt worden waren. Als die Regierung in Pristina deren Amtsantritt durchsetzen wollte, kam es zu Gewalt; Serbien verlegte Truppen an die Grenze. Im September griffen dann militante Serben die Ordnungskräfte an.

Unter diesen Umständen waren Fortschritte in den Verhandlungen mit beiden Ländern schwer vorstellbar. Dabei hat Serbien viele Jahre Vorsprung, weil es schon seit 2014 über Beitrittskapitel verhandelt. Offiziell heißt es stets, dass die wechselseitige politische Anerkennung keine Vorbedingung für einen EU-Beitritt ist. Doch tatsächlich muss das Verhältnis beider Seiten geklärt sein, bevor Belgrad beitreten könnte. In Brüssel will man nicht den Fehler von 2004 wiederholen, als nur der griechische Teil Zyprens der Union beitrug, was die politischen Verhandlungen auf der Insel enorm erschwerte. Auch Montenegro stand sich lange Zeit selbst im Weg. Das kleine Land verhandelt schon seit 2012 über seinen Beitritt und ist

am weitesten fortgeschritten. Bis 2020 wurden alle 33 Verhandlungskapitel eröffnet und drei vorläufig geschlossen. Danach geschah aber lange nichts, weil sich proeuropäische und proserbische Kräfte im Land wechselseitig blockierten. Erst seit der Bildung einer neuen, von einer Mehrheit getragenen Regierung im Oktober 2023 sind Fortschritte wieder möglich. Die Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien wurden Mitte 2022 eröffnet. Vorausgegangen waren lange Verzögerungen. So bekam Skopje schon 2005 den Kandidatenstatus, doch folgten ein Streit über den Staatsnamen mit Griechenland und ein tiefgreifender Identitätskonflikt mit Bulgarien, der immer noch schwelt. Albanien ist seit 2014 Kandidat und war von den Konflikten indirekt betroffen. Die EU wollte beide Länder nicht entkoppeln, weil Nordmazedonien besser auf die Verhandlungen vorbereitet war als Albanien. Mit beiden Ländern wurden noch keine Beitrittskapitel eröffnet.

sammenarbeit von Polizei und Zoll, die Bekämpfung organisierter Kriminalität, und die Regeln für Migration und Asyl.

Wie weit der Weg der Länder hier noch ist, zeigt eine interne Bewertung der EU-Kommission von Anfang November 2023 zu beiden Kapiteln. Auf einer Skala von eins (keine Vorbereitung) bis fünf (Gute Fortschritte) bekamen Montenegro, Nordmazedonien und Albanien die höchsten Noten: jeweils 2,5 – zwischen „etwas Vorbereitung“ und „mäßig vorbereitet“. Dahinter folgten Serbien (2,2) sowie Bosnien-Herzegowina und Kosovo (jeweils 1,5). Um die schwierigen Anpassungsprozesse zu befördern, hat die Kommission einen Wachstumsplan für den Westbalkan entwickelt. Sie will dafür in den nächsten vier Jahren sechs Milliarden Euro einsetzen. Zur Hälfte sollen von dem Geld wirtschaftliche Reformen finanziert werden, zur anderen Hälfte soll es in das Budget der Länder fließen. Die EU winkt damit, dass sie ihren Binnenmarkt schon vor dem Beitritt in ausgewählten Bereichen öffnet. Allerdings verlangt sie im Gegenzug, dass die Staaten ihre eigenen Märkte untereinander verschmelzen.

Für Serbien und Kosovo gilt noch die zusätzliche Auflage, dass sie konstruktive Gespräche über ihre Statusfragen führen müssen. Und wer die Reformauflagen der Kommission nicht innerhalb eines Jahres erfüllt, verliert seinen Anteil am Gesamtopf. All das soll die regionale Zusammenarbeit anspornen. Es könnte aber auch zu neuen Konflikten führen, wenn es misslingt.

Thomas Gutschker

Der Autor ist politischer Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ in Brüssel.



Lange kein Wunschpartner

UKRAINE Die EU hat sich lange schwergetan mit einer möglichen Mitgliedschaft der Ukraine. Der russische Überfall hat alles verändert.

Wer auf die drei Jahrzehnte währende Geschichte der Beziehungen zwischen EU und Ukraine zurückblickt, erkennt ein deutliches Muster: Kiew fordert schneller engere Beziehungen, Brüssel bremst.

1994 unterzeichneten die Ukraine und die EU ein erstes Partnerschaftsabkommen, was jedoch kaum politische Substanz enthielt. Denn ab Ende der 1990er Jahre war Europa vor allem damit beschäftigt, den Beitritt der baltischen Staaten und osteuropäischer Länder wie Polen und Ungarn zu verhandeln.

Orange Revolution Einen ersten Schub erhielt die ukrainische Beitrittsperspektive nach der Orangen Revolution und der Wahl des prowestlichen Viktor Juschtschenko zum Präsidenten 2005. Dieser forderte von Brüssel eine klare Perspektive für einen EU-Beitritt. 2005 erklärte der damalige EU-Kommissionspräsident José Barroso zwar, die Zukunft der Ukraine liege in der EU. Doch nach der großen Erweiterungsrunde von 2004 zeigte sich die EU nicht bereit zur schnellen Aufnahme weiterer Länder – stattdessen verhandelte man mit der Ukraine über Freihandel und Visa-freiheit. Polen ist seit dem eigenen Beitritt der größte Befürworter eines ukrainischen

EU-Beitritts: 2005 reichte das Land gemeinsam mit der Ukraine die Bewerbung für die Ausrichtung der UEFA-Fußball-EM 2012 ein – in der Erinnerung vieler Ukrainer ein Ereignis, das bei ihnen das Zugehörigkeitsgefühl zu Europa stärkte.

2008 führte die EU auf Initiative Schwedens und Polens das Instrument der „Östlichen Partnerschaft“ (ÖP) mit den drei Südkaukasusstaaten und mit Belarus, Moldau und der Ukraine ein. Aus Sicht der Initiatoren sollte die ÖP diese Länder an die EU heranführen, aus Sicht vieler westeuropäischer Länder jedoch wurde sie eher als Ersatz für eine EU-Mitgliedschaft betrachtet.

Im November 2013 entzündete sich an den Beziehungen zur EU die sogenannte „Maidan-Revolution“. Überraschend gab der 2010 gewählte Präsident Viktor Janukowitsch kurz vor dem entscheidenden EU-Gipfel bekannt, das über Jahre ausgehandelte Assoziierungsabkommen nicht zu unterschreiben. Janukowitsch sah die Beziehungen zu Russland gefährdet. Es folgte eine blutige Revolution, die mit der Flucht Janukowitschs endete. Wenige Wochen darauf annektierte Russland die Halbinsel Krim. Mit der neuen, prowestlichen Regierung der Ukraine unterschrieb die EU schließlich das Assoziierungsabkommen.

Waren die Ukrainer noch 2013 gespalten in der Frage, ob man sich Russland oder der EU annähern sollte, änderte sich dies nach dem Jahr 2014 deutlich: Für eine Annäherung an Russland tritt heute nur noch eine Minderheit der Ukrainer ein.

Unter dem neuen Präsidenten Petro Poroschenko trat zwar 2017 ein Abkommen über eine visafreie Einreise der Ukrainer in die EU in Kraft, die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen rückte jedoch kaum näher, unter anderem, weil die Reformbemühungen der neuen ukrainischen Regierung beim Kampf gegen Korruption als ungenügend betrachtet wurden.

Plötzlich Kandidat Der Überfall Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 änderte alles: Präsident Wolodymyr Selenskyj stellte vier Tage nach Kriegsbeginn einen EU-Mitgliedsantrag, begleitet von der Forderung nach einer „neuen speziellen Prozedur“, die eine schnellere Aufnahme ermöglichen sollte. Diese gewährte Brüssel zwar nicht, jedoch erhielt das Land schon drei Monate später – gemeinsam mit Moldau – den Kandidatenstatus, begleitet von einer Liste mit sieben umfangreichen Reformprojekten, die innerhalb von zehn Jahren vollzogen sein müssten.

Im November 2023 beschlossen die EU-Mitgliedsländer schließlich die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen, nachdem die EU-Kommission festgestellt hatte, die Ukraine habe bereits mehr als 90 Prozent der Auflagen erfüllt, unter anderem bei der Reform der Verfassungsgerichtsbarkeit, der Auswahl des hohen Justizrates, beim Antikorruptionsprogramm und dem Kampf gegen die Monopolisierung.

Konkret ist seitdem trotz Drucks aus Kiew jedoch wenig geschehen: EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vertritt die Ukrainer jüngst, die EU werde womöglich „zu Sommerbeginn bereit“ zur Aufnahme von Verhandlungen sein. Geopolitisch stehen die Zeichen seit dem russischen Überfall zwar auf eine schnellere Erweiterung der EU – das betrifft auch Georgien, Moldau und die Staaten des Westbalkans. Doch auf der praktischen Ebene gibt es noch viele Fragezeichen: Im Bereich der Korruption hat die Ukraine sich seit 2013 zwar stetig verbessert, steht aber im internationalen Vergleich noch immer schlecht da – auf Platz 116 von 180 im „Corruption Perception Index“ von Transparency International.

Völlig ungeklärt ist zudem die Frage der territorialen Integrität der Ukraine. Mit der

Aufnahme der Republik Zypern im Jahr 2004, die aber de facto nur den südlichen Teil der Insel kontrolliert, hat die EU schon einen ungelösten territorialen Konflikt, der bis heute immer wieder zu Problemen mit der Türkei führt. Und nicht zuletzt ist da die Kostenfrage einer Aufnahme der Ukraine, in der das Durchschnittseinkommen heute bei 4.000 Euro liegt, 6.000 Euro weniger als im EU-Schlusslicht Bulgariens: Laut einer Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft würden nach den jetzt geltenden Regeln im Falle einer Vollmitgliedschaft der Ukraine 17 Prozent des EU-Haushalts in die Ukraine abfließen, vor allem Agrarsubventionen und Mittel aus dem Kohäsionsfonds, der darauf zielt, Einkommensunterschiede zwischen den Ländern auszugleichen.

Auch die Beziehung der EU-Bürger zur Ukraine hat sich im übrigen seit dem 24. Februar 2022 geändert. Laut einer Umfrage vom April 2024 ist die Ukraine unter allen Beitrittskandidaten das Land, dessen Beitritt die EU-Bürger am ehesten unterstützen: 45 Prozent sind dafür, 35 Prozent gegen einen Beitritt.

Moritz Gathmann
Der Autor arbeitet als freier Journalist in Berlin.



Terry Reintke

Eine Grüne mit großem Bedürfnis für Gerechtigkeit

Astrologen hätten ihr bestimmt eine europäische Karriere vorhergesagt, wurde Terry Reintke doch an einem 9. Mai geboren, dem Europatag der EU. Sie tat aber auch eine Menge selbst dafür. Seit 2014 sitzt die Gelsenkirchenerin im Europäischen Parlament, 27 Jahre alt war sie damals. Mittlerweile ist sie die Ko-Vorsitzende der Fraktion Die Grünen/EFA in Straßburg sowie jetzt auch Spitzenkandidatin der europäischen Grünen.

Den europäischen Club mischt sie seitdem auf. Reintke zählt zum linken Flügel der Grünen, verweigerte sich auch jüngst dem Asylkompromiss auf EU-Ebene und erzwürnte damit die Real-Grünen in Deutschland. Wer Reintkes Lebenslauf liest, stolpert über eine Menge Spiegelstriche; die Liste ihrer Engagements und Mitgliedschaften ist lang. Ist sie eine geborene Aktenfreserin? Sie lacht. „Ja, Politik bedeutet, dass man sich viele Dinge genau anschauen muss. Das kriegt man von außen vielleicht gar nicht so mit.“ Weil sie aber Politik mit viel Leidenschaft betreibt, sagt sie, mache ihr das viele Lesen Spaß.

2004 wurde Reintke Mitglied bei der Grünen Jugend. „In einem sehr jungen



Terry Reintke

Alter schon hatte ich ein großes Gerechtigkeitsbedürfnis“, erinnert sie sich. „Ich fragte mich früh, warum die Dinge so sind, wie sie sind.“ Die Transformation des Ruhrgebiets erlebte sie hautnah, mit der Deindustrialisierung, den Schlangen vor dem Arbeitsamt, aber auch den gelungenen Wandel. Deshalb sei sie damals politisch aktiv geworden, steht auf ihrer Website: „Um die Weichen für eine soziale solidarische grüne Transformation in Europa zu stellen und neue Perspektiven für seine Menschen und Wirtschaft zu entwickeln.“ 2006 begann sie ein Studium der Politikwissenschaft in Berlin und Edinburgh, das sie 2012 abschloss und dann bei einem Bundestagsabgeordneten als wissenschaftliche Mitarbeiterin anging. Parallel hatte sie Reintke engagiert, war zwischen 2011 und 2013 Sprecherin der „Federation of Young European Greens“, dem europäischen Verband grüner Jugendorganisationen; erst 2012 trat sie der grünen Partei bei.

Transformation scheint ein Schlüsselwort ihres Engagements zu sein. Reintke setzte sich für ein neues Bewusstsein bei Klimaneutralität, Frauenrechten und Diskriminierung von Minderheiten ein. Der Hebel dabei ist Europa. „Noch immer bewegt es mich, wenn ich die Europahymne höre“, sagt sie. „Europa ist die Verkörperung von Gemeinsamkeit und Solidarität.“ Im Wahlprogramm heißt es: „Wir wollen Verantwortung übernehmen. Deshalb treten wir an für eine Politik, die nicht übertönt, sondern überzeugt. Für eine Politik, die – gerade weil wir europäisch mehr erreichen können als im nationalen Alleingang – Europa besser machen will.“ Reintke ergänzt: „Die großen Fragen, ob Klimawandel, Steuerhinterziehung oder Demokratieverteidigung, bewältigen wir nur grenzüberschreitend.“

Für Reintke und für die Grünen wird es schwer werden, das vergangene Europa-Wahlergebnis von 20,5 Prozent der Stimmen zu erreichen. Umso hartnäckiger gibt sie sich: „Bei all diesen wichtigen Themen können wir nicht so tun, als könnte man das auch in zehn Jahren klären. Das muss die Politik jetzt in die Hand nehmen.“ Jan Rübel

Freie Demokraten
FDP

Marie-Agnes Strack-Zimmermann

»Sind aufgerufen, das Europa der Freiheit zu sichern«

Mit Marie-Agnes Strack-Zimmermann haben die Liberalen eine Hoffnungsträgerin zur Spitzenkandidatin gemacht. Die Düsseldorferin gehört zu jenen Menschen, denen man zuhört. Ihre Sprache, ob man nun ihre Inhalte teilt oder nicht, ist klar, direkt und verständlich. Es wirkt, als nehme sie zu jedem Gegenüber die gleiche Augenhöhe ein.

»Eurofighterin« In der Politik gilt sie jedenfalls als Shootingstar. Dem Bundestag gehört Strack-Zimmermann, 66, erst seit 2017 an, davor beackerte sie seit 1999 die Düsseldorf-Kommunalpolitik, unter anderem zwischen 2008 und 2014 als Stellvertreterin des Oberbürgermeisters.

Davon ist nicht mehr viel zu spüren. In den Europa-Wahlkampf zieht sie auf den Plakaten der FDP als »Eurofighterin« – eine Anspielung auf das Kampfflugzeug und ihre stete Forderung nach einer stärkeren militärischen Unterstützung der von Russland angegriffenen Ukraine. Den meisten Deutschen bekannt geworden ist die Rheinländerin als Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Bundestag und durch ihre Amtsinterpretation als Kritikerin jener Regierungspolitik, der ihre Partei selbst angehört; dann aber meint sie vor allem den bei Waffenlieferungen zuweilen zögernden Kanzler Olaf Scholz (SPD).



Marie-Agnes Strack-Zimmermann

Der FDP-Spitze war klar, dass sie mit Strack-Zimmermann eine Frontrunnerin gewinnen, die zieht: Bei ihren bisherigen Kandidaturen auf kommunaler und auf Bundesebene erzielte sie zweistellige Ergebnisse, was für die Liberalen nicht selbstverständlich ist: Ihre Schlagfertigkeit brachte sie in zahlreiche Fernseh-Talksendungen.

Für eine Verteidigungsunion Im Europa-Wahlkampf schimmert ihre Rolle als Verteidigungspolitikerin durch: »Europa ist keine Selbstverständlichkeit«, wird sie auf der Partei-Website zitiert. »Wir sind aufgerufen, dieses Europa der Freiheit zu sichern«. Europa bezeichnet sie als »unsere Zukunft«. Und: »Eine andere haben wir nicht.« Klassisch liberal im Programm ist die Forderung nach einer Priorisierung des Schuldenabbaus in den EU-Mitgliedsländern, nach dem Beginn von Tilgungen der Corona-Solidaritätsfonds-Kredite, nach Abbau von Bürokratie, nach dem Stopp anlassloser Speicherung von Fluggastdaten und nach mehr »Technologieoffenheit«. Diese Punkte sind nicht gerade prädestiniert, sich bei den Wählern einzuprägen.

Bleibt also Strack-Zimmermanns Kernkompetenz als Merkmal – und ihr Eintreten für eine gemeinsame Armee in der EU: »Der Moment war noch nie so günstig, jetzt auch über eine europäische Verteidigungsunion zu sprechen«, sagte sie beim Parteitag der europäischen Liberalen ALDE gegenüber Journalisten. »Angesichts der Bedrohungen, die unser System kaputt machen wollen, ist es an der Zeit, dass wir uns auch im Bereich Sicherheit aufstellen. Daran würde ich mich gerne beteiligen.«

Durch Zufälle in die Politik Bevor sie hauptberuflich in die Politik ging, arbeitete Strack-Zimmermann 20 Jahre lang als Verlagsrepräsentantin des Jugendbuchverlags Tessloff, hatte Publizistik, Politikwissenschaft und Germanistik studiert und promoviert. »Die Politik holte mich ein. Das waren mitunter Zufälle, mir wurde nicht an der Wiege gesagt, dass ich einmal Berufspolitik machen würde.« Wirklich nicht? Immerhin hatte ihr Großvater 1912 als Liberaler erfolglos für den Reichstag kandidiert. Ihre Großmutter saß mehrere Jahre für die CDU im Heidelberger Stadtrat. »Meine Eltern versuchten liebevoll, mich für die CDU zu begeistern, aber das Welt- und Frauenbild der Union in den Siebziger war nicht meins.«

Jan Rübél

Wählen fürs Klima

KLIMAWANDEL Das Thema dominierte die Europawahl 2019. Doch welche Rolle spielt es noch, wenn Krieg und Sorgen wegen Migration die Debatte prägen?



Aktivistinnen und Aktivisten der Bewegung Fridays For Future fordern effektiven Klimaschutz und wollen das Thema auf die Agenda bei der anstehenden Europawahl setzen.

© picture-alliance/NurPhoto/Renato Franco Bueno

Auf der Marschallbrücke im Berliner Regierungsviertel prangt Mitte April in weißen Großbuchstaben die Botschaft: »Our world is on fire. Use your voice!« (auf Deutsch: »Unsere Welt steht in Flammen. Nutze deine Stimme!«). Bunte Sterne umrahmen die Worte und erinnern so an die Europaflagge. Es sind noch 51 Tage bis zur Europawahl am 9. Juni.

Der Schriftzug stammt von Aktivistinnen und Aktivisten der Bewegung Fridays for Future. Mit weißer Farbe haben sie die Botschaft auf den Boden geschrieben. Frieda Egeling, die Pressesprecherin der Berliner Gruppe von Fridays for Future, erklärt: »Wir brauchen effektiven Klimaschutz auf Bundes- und EU-Ebene.« Sie sagt, die anstehende Europawahl werde die Weichen für den Natur- und Klimaschutz der kommenden Jahre stellen. Fridays for Future bezeichnet die Abstimmung deshalb als »Klimawahl«. Die Aktion auf der Marschallbrücke soll die Wählerinnen und Wähler daran erinnern, den Klimaschutz bei ihrer Wahlentscheidung zu bedenken. Doch welche Rolle spielt das Thema bei der anstehenden Wahl wirklich?

Die Europawahl 2019 stand stark unter dem Eindruck des Klimawandels: Grüne Parteien waren die großen Wahlsieger und die Fraktion der Grünen/EFA konnte ihre Sitze im

Europaparlament von 52 auf 72 erhöhen. Doch heute dominieren andere Krisen: der Krieg in der Ukraine, zunehmende Migration und wirtschaftliche Unsicherheiten. Kann das Klima da mithalten?

Der Wahlforscher Thorsten Faas von der Freien Universität Berlin ist skeptisch. Er sagt: »2019 galt als eine Klimawahl«. Doch 2024 werde wohl keine Wahl sein, die vom Thema Klima dominiert wird. Der Wahlforscher sagt: »Wir sehen in Umfragen, dass durchaus andere Themen gerade oben auf der Agenda stehen: Migration, Konflikte, Kriege und die Wirtschaft.«

Doch eine aktuelle Studie des Europäischen Rats für Auswärtige Beziehungen (European Council on Foreign Relations, kurz ECFR) kommt zu dem Schluss, dass der Klimawandel – neben der Migration – das Thema ist, das die Bürgerinnen und Bürger am stärksten zum Wählen mobilisieren könnte. So nannte ein Fünftel der 17.000 Befragten aus zwölf europäischen Ländern, den Klimawandel als ihre größte Sorge der Zukunft.

Pawel Zerka, der als Politikwissenschaftler beim ECFR arbeitet und an der Auswertung Studie mitgewirkt hat, erläutert: Diejenigen, die sich wegen des Klimawandels sorgen, könnten rund 74 Millionen Stimmen aufbringen. Das sind rund 16,5 Prozent aller Menschen in der EU. Darunter sind besonders viele junge Menschen; so gab ein Vier-

tel der Befragten unter 29 an, die Zukunft besonders wegen des Klimawandels bedroht zu sehen.

Auch eine Umfrage des Marktforschungsunternehmens Ipsos vom Mai 2024 kam zu dem Ergebnis, dass der Klimawandel die Europäerinnen und Europäer weiterhin stark beschäftigt. So gaben 52 Prozent der Befragten an, dass der Kampf gegen den Klimawandel eine Priorität in der EU sein sollte. Die Umfragewerte unterscheiden sich jedoch stark nach Mitgliedstaaten: Während die Mehrheit der Dänen und Schweden den Klimawandel als politischen Schwerpunkt in der EU identifiziert, sorgen sich die Bürgerinnen und Bürger der osteuropäischen Länder oder Finnlands eher wegen des Krieges in der Ukraine und sehen eine Lösung des dortigen Konfliktes als eine der wichtigsten Aufgaben der EU an.

Der Politikwissenschaftler Zerka erklärt, was die Wählerinnen und Wählerinnen, die sich besonders wegen des Klimas sorgen, so besonders mache: »Sie machen sich auch dann Sorgen um die Zukunft, wenn die von ihnen bevorzugte politische Partei an der Macht ist und betrachten das Problem nicht als gelöst, wenn es ein starkes Programm für das Klima gibt.« Bei den Wählerinnen und Wählern, die sich beispielsweise um die Migration sorgen, sei das anders. Für diese sei die Wahl einer rechtsextremen Regierung eine Antwort auf ihre Einwanderungsängste – auch wenn sich in der Realität wenig ändert, so Zerka.

Beide Gruppen eint jedoch das Gefühl der Dringlichkeit und die Ansicht, »Wenn heute nicht gehandelt wird, wird es morgen

schwierig sein, Maßnahmen zu ergreifen, um die Probleme zu lösen«, sagt Zerka. Auch Egeling, die Pressesprecherin von Fridays for Future, betont die Bedeutung der Europawahl und hofft, dass Parteien, die sich für den Klimaschutz einsetzen, viele Stimmen erhalten. Dennoch sagt sie, dass es bei der Europawahl nicht nur darum gehe, für das Klima zu wählen – sondern auch für soziale Gerechtigkeit. Eine Wahlumfrage gibt Fridays for Future nicht ab. Der Politikwissenschaftler Zerka sagt: »Menschen, denen das Klima wichtig ist, wählen nicht mehr unbedingt grüne Parteien.« Das Thema sei »Mainstream« geworden und grüne Parteien hätten ihr Monopol darüber verloren.

Zudem habe es in den vergangenen Jahren einige Errungenschaften in der Klimapolitik wie den »Green Deal« gegeben. Dieser sogenannte Green Deal ist ein Paket politischer Initiativen der EU, mit dem Europa bis 2050 zu einem klimaneutralen Kontinent werden soll. Solche Errungenschaften gäben einigen Bürgerinnen und Bürgern das Gefühl, dass bereits Initiativen fürs Klima ergriffen würden, so Zerka.

Der Politikwissenschaftler erläutert weiter, dass grüne Parteien einen Kurswechsel eingeschlagen haben und sich weniger von etablierten Parteien unterscheiden. So war Bündnis 90/Die Grünen beispielsweise lan-

ge eine pazifistische Partei – nun setzen sich die Mitglieder offen für Waffenlieferungen ein. Das hole einige Wählerinnen und Wähler nicht mehr ab. Aktuelle Wahlprognosen des Marktforschungsunternehmens Ipsos bestätigen Zerkas Aussagen: Während die Grünen 2019 noch als die großen Wahlsieger der Europawahl gefeiert wurden, werden sie nun in den Prognosen als große Verlierer gehandelt.

Die Aktivistinnen und Aktivisten von Fridays for Future sind sich bewusst, dass das Klima mit anderen großen Herausforderungen konkurriert. Daher wollten sie mit der Aktion vor einigen Wochen nicht nur zum Wählen motivieren, sondern auch die Abgeordneten zum Handeln auffordern. Pressesprecherin Egeling fordert, dass die Politik beim Thema Klima mehr auf die Wissenschaft hören müsse.

Doch die Veranstaltung auf der Marschallbrücke ist spärlich besucht. Viele Abgeordnete sind an diesem Freitag nicht in Berlin – es eine sitzungsfreie Woche im Parlament. Rund drei Stunden nach Beginn der Veranstaltung kommen die Räumfahrzeuge und waschen den Schriftzug von der Straße. Doch die Aktivistinnen und Aktivisten bleiben zuversichtlich. Bis zur Wahl haben sie noch viele weitere Veranstaltungen und Aktionen geplant – und ihre Hoffnung bleibt, dass auch die Europawahl 2024 eine Klimawahl wird.

Carolin Hasse

»Wir brauchen effektiven Klimaschutz auf Bundes- und EU-Ebene.«

Fridays For Future

»Menschen, denen das Klima wichtig ist, wählen nicht unbedingt grüne Parteien.«

Pawel Zerka
Politikwissenschaftler

Das »Herzstück« europäischer Klimapolitik

CO2-ZERTIFIKATE Der Handel mit Emissionsrechten soll Unternehmen bewegen, mehr in den Klimaschutz zu investieren

Farb- und geruchlos ist es, das Kohlendioxid (CO₂). Vor allem Pflanzen können mit dem Treibhausgas so recht etwas anfangen. Geht es ums Klima, ist oft von einem Handel mit CO₂ die Rede. Genau genommen stimmt das nicht: An den Börsenplätzen werden die Milliarden Tonnen des Treibhausgases nicht selbst gehandelt, sondern es sind Emissionsrechte. Im europäischen Emissionshandel (Emissions Trading System – ETS) erlaubt ein Zertifikat seinem Besitzer, eine Tonne CO₂ abzugeben.

Das EU-ETS Nummer Eins startete 2005. In dem Jahr trat das Kyoto-Protokoll in Kraft; in dem globalen Klimaschutzabkommen sagte die EU für ihre damals 15 Mitgliedstaaten zu, ihre CO₂-Emissionen bis 2012 um acht Prozent gegenüber 1990 zu senken. Deutschland als emissionsstarkes Land hatte eine Minderung von 21 Prozent zu erbringen.

Obergrenze wird abgesenkt Dass die EU auf den Börsenhandel kam, um Emissionen zu senken, wird mit dem Wirken von Marktkräften begründet. Muss ein Unternehmen für seinen CO₂-Ausstoß Emissionsrechte erwerben, wird es sich überlegen: Ist es preiswerter, Zertifikate zu kaufen oder Klimaschutzmaßnahmen zu ergreifen? Um klimapolitisch gewünschte Ent-

scheidungen zu erzielen, wurde die Zahl der Zertifikate mit einem »Cap« begrenzt; die Obergrenze wird nach und nach abgesenkt. Das verteuert den Erwerb der Emissionsrechte und sorgt dafür, dass sich immer mehr Unternehmen dafür entscheiden, ihren CO₂-Ausstoß zu senken. Klimaschutz passiert quasi automatisch.

Im Hintergrund spielen dabei sogenannte Vermeidungskosten eine Rolle: So kostete es laut einer Studie von McKinsey 2020 in Deutschland um die 32 Euro, um mit der Veränderung des Energiemixes in Richtung Erneuerbare eine Tonne CO₂ einzusparen. Setzt die Stahlindustrie grünen Wasserstoff ein, um sich zu dekarbonisieren, wird das nach Verbändeangaben 65 bis 330 Euro je Tonne CO₂ kosten. Im Verkehr liegen die Vermeidungskosten für eine Tonne CO₂ laut einer Übersicht der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages oft jenseits der 300 Euro, beispielsweise wenn von der Verbrennungstechnik auf reinen Batteriebetrieb mit Ökostrom gewechselt wird.

Die Entwicklung der CO₂-Preise im Handel und die unterschiedlichen Vermeidungskosten sorgen schließlich dafür, dass diejenigen Unternehmen zuerst handeln, die ihre CO₂-Emissionen vergleichsweise kostengünstig senken können. Mit wenig Aufwand kann so ein großer Klimaeffekt

erzielt werden. Sind die preiswerten Möglichkeiten ausgereizt, kommen teurere CO₂-Minderungen an die Reihe.

Preise steigen mit der Zeit Der ETS gilt als das »Herzstück« europäischer Klimapolitik. Bislang erfasst der Emissionshandel aber nur die Energiewirtschaft sowie die energieintensive Industrie und damit nur knapp 40 Prozent der CO₂-Emissionen der EU. Beide Branchen erhielten gerade in den ersten Jahren kostenlose Emissionsrechte großzügig zugeteilt. Anfangs konn-

ten die Länder ihre »Caps« auch selbst festlegen. In der Folge gab es lange Zeit ein Überangebot von Emissionsrechten. Erst 2019 erreichte der Zertifikatspreis die 20-Euro-Grenze. Weil danach Vergünstigungen wegfielen, ging es mit dem CO₂-Preis schnell nach oben: 2022 kostete ein Zertifikat schon um die 80 Euro. Der Umstieg auf erneuerbare Energien begann sich wirtschaftlich zu rechnen.

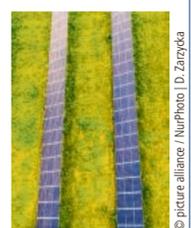
Angesichts seines Erfolgs ist der Emissionshandel ein entscheidender Teil des »Fit-for-55-Pakets«. Mit dem will Europa seinen

> STICHWORT

Europäische Klimapolitik

> **Verbindliche Ziele** Bis zum Jahr 2050 will die EU zum treibhausgasneutralen Kontinent werden. Bereits bis zum Jahr 2030 sollen die Emissionen um mindestens 55 Prozent reduziert werden.

> **Green Deal** Um diesen Zielen nachzukommen, hat die EU Ende 2019 den Green Deal verabschiedet, eine Wachstumsstrategie, mit der europäische Wirtschaft moderner, ressourcenschonender und wettbewerbsfähiger gemacht werden soll. Sämtliche Politikfelder wie Energie, Industrie, Landwirtschaft und Mobilität sollen auf die Klimaschutzziele ausgerichtet werden.



© picture-alliance / NurPhoto | D. Zarzycka

CO₂-Ausstoß bis 2030 um 55 Prozent reduzieren. Wichtigste Neuerung ist: Es wird ein Emissionshandel für Gebäude, Straßenverkehr und kleine Industrieanlagen (EU-ETS 2) geschaffen. Weil die Emissionsminderung in diesen Bereichen höhere Vermeidungskosten mit sich bringt, wird der Zertifikatspreis im EU-ETS 2 höher sein als bisher.

Hilfe für benachteiligte Haushalte Während beim ETS 1 die Einnahmen aus dem Zertifikateverkauf in den jeweiligen Staatshaushalt flossen, soll beim ETS 2 ein Viertel der Einnahmen in einen Sozialfonds gehen. Aus diesem können die Länder insbesondere benachteiligte Haushalte unterstützen. Von 2026 bis 2032 sollen diese Finanzhilfen einen Umfang von bis zu 65 Milliarden Euro erreichen.

Der Emissionshandel ist aber kein Allheilmittel fürs Klima. So wurde eine der wirksamsten Klimamaßnahmen in Deutschland – der Kohleausstieg – per Gesetz beschlossen. Über einen Börsenpreis sind die Stilllegung ganzer Kraftwerksgenerationen, die Folgen für zehntausende Beschäftigte sowie der Strukturwandel in den Kohleregionen nicht zu managen.

Der Autor ist Redakteur beim Onlinemagazin »Klimareporter«.

»Das wäre ein K.-o.-Schlag«

WÄHRUNGSUNION UND BINNENMARKT Jürgen Stark übt harte Kritik an der Europapolitik der vergangenen Jahre und der EZB. Dennoch zeigt er sich als leidenschaftlicher Europäer und verteidigt die EU gegen deren Gegner

Herr Stark, Sie waren dabei, als 1992 der Maastricht-Vertrag ausgehandelt wurde, der die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) begründete, die Basis für die Euro-Einführung 1999. Wie bewerten Sie den Euro heute?
Wir haben heute eine andere Währungsunion und einen anderen Euro, als das 1992 im Maastricht-Vertrag konzipiert wurde. 1992 hatten sich die nationalen Regierungen auf klare Kriterien geeinigt, an die sich die Mitgliedsländer der WWU halten müssen: Staatsschulden von 60 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung und ein jährliches Defizit von maximal drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt wurde das Verfahren später konkretisiert. Dazu kam die sogenannte No-Bailout-Klausel, nach der kein Staat für die Schulden anderer Staaten haftet.

Das gilt aber doch immer noch, ist nur schwer umsetzbar.

Nein. Schon 2005 haben Deutschland und Frankreich dem Stabilitätspakt einen schweren Stoß verpasst, seitdem hat es zahlreiche weitere Aufweichungen und fast jährlich neue Auslegungen gegeben. Vor 15 Jahren kam dann die europäische Staatsschuldenkrise. Da wurden die Euro-Rettungsschirme geschaffen, mit vielen hundert Milliarden Euro, um Euro-Staaten zu finanzieren, die aufgrund ihrer hohen Schuldenlast den Zugang zum Kapitalmarkt verloren hatten und sich deshalb nicht mehr finanzieren konnten. Seitdem gilt die No-Bailout-Klausel faktisch nicht mehr. Dazu kamen die Billionen schweren Käufe von Staatsanleihen, die der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) beschlossen hat, die letztlich auch dazu dienten, Länder mit Finanznöten herauszupauken. Auf die Kriterien zur Staatsverschuldung wurde dagegen kaum noch geachtet.

Wäre Deutschland ohne den Euro besser gefahren?

Entscheidend ist das Gesamtbild von Binnenmarkt und Währungsunion. Eine ernsthafte Analyse führt sicher zu dem Ergebnis, dass Deutschland vom europäischen Integrationsprozess mit den Highlights Binnenmarkt und Euro per saldo insgesamt deutlich profitiert hat. Das gilt auch für viele andere Länder der WWU. Binnenmarkt und Währungsunion sind dabei untrennbar miteinander verknüpft. Europa hat einen großen Anteil an unserem Wohlstand in Deutschland. Das darf man nicht vergessen. Das darf man auch nicht gefährden. Ich warne vor politischen Stimmen, die den europäischen Integrationsprozess insgesamt in Frage stellen.

Wie gefestigt ist die Währungsunion?
Wir sind möglicherweise einer neuen Staatsschuldenkrise in Europa näher als viele denken.

An welche Länder denken Sie da?
Große Sorge bereitet Italien. Dort steigen die Staatsausgaben und die Staatsschulden

liegen mittlerweile bei 140 Prozent des BIP. Auch Frankreich kann ein Problem werden, dort geht die Staatsschuldenquote in Richtung 115 Prozent. Der IWF erwartet, dass Paris bis 2029 ein sehr hohes jährliches Defizit von mehr als vier Prozent ausweisen wird. Es sind verstärkte Anstrengungen nötig, die Defizite zurückzufahren. Das ist allerdings angesichts der schwachen Wirtschaft und der großen Herausforderungen schwierig.

Mit der AfD erklärt eine im Bundestag vertretene Partei das EU-Projekt als gescheitert. Manche Stimmen dort wollen zur Europäischen Gemeinschaft vor 1992 zurückkehren. Was halten Sie davon?

Die europäische Integration ist nie linear verlaufen. Die Forderung nach Rückkehr vor 1992 können nur politische Kräfte in ihrer Programmatik stellen, die nicht in der politischen Verantwortung stehen. Würde man ernsthaft die EU rückabwickeln wollen zu einem Status vor 1992, wäre das der wirtschaftliche und politische K.-o.-Schlag für Europa. Es wäre eine Vernichtung von Wohlstand und des Friedensprojekts, das die EU immer noch ist. Die Partei, die Sie nennen, steht mit ihrer Forderung deshalb auch im Vergleich zu ihren Partnerparteien in Europa ziemlich alleine da. Auch in Frankreich spricht niemand mehr davon, den Euro abzuschaffen. Wer Verantwortung trägt, muss mit den jetzigen Gegebenheiten zurecht kommen und muss sehen, dass sich die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft verbessert. Das ist aber Aufgabe nationaler Politik, nicht europäischer.

In den vergangenen fünf Jahren hat die EU-Ebene aber viel Wirtschaftspolitik betrieben, etwa mit dem mehr als 750 Milliarden Euro schweren Wiederaufbaufonds Next Generation EU.

Es sind ja inzwischen 807 Milliarden Euro. Man versucht wieder einmal mit viel Geld Probleme zu lösen. Solche Finanztransfers bringen nichts. Meist versickert das Geld irgendwo, bis hin zu kriminellen Kanälen. Wenn wir über Wettbewerbsfähigkeit in Europa sprechen, sprechen wir über die nationale Ebene.

Wie geht es Ihnen mit dieser inneren Spaltung – Sie verteidigen die EU, sind leidenschaftlicher Europäer, lehnen aber



Dem Projekt des Euro blieb Jürgen Stark auch nach seinem Rücktritt aus dem EZB-Direktorium verbunden.

© Tobias Koch

„Meine Position lautet schlicht: zurück zu Maastricht! Maastricht war besser, als viele heute sagen. Das Konzept war konsistent.“

Jürgen Stark

die Europapolitik der vergangenen 25 Jahre weit überwiegend ab.

Meine Position lautet schlicht: zurück zu Maastricht! Maastricht war besser, als viele heute sagen. Das Konzept war konsistent. Es gab keine Lücken in den damaligen Regeln. Ich bin überzeugter Europäer, nur dorthin, wo wir Europa hingesteuert haben, sei es durch die Politik der EZB oder die dauerhaften Rettungsfonds für einzelne Staaten, das hat nichts mehr mit dem ursprünglichen Konzept zu tun. Die EZB ist über ihr Mandat hinausgegangen. Mit dem 2011 initiierten ESM wurde der Maastricht-Vertrag bewusst umgangen. Deutsche Europarechtler sprechen von einem kontinuierlichen Rechtsbruch in Europa. Mit welchem moralischen Anspruch tritt die EU-Kommission als Hüterin der Verträge eigentlich auf, wenn sie Mitgliedsländern im Osten Europas Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit vorwirft? Hier ist schon viel Doppelmoral im Spiel.

Europa steht unter wachsendem außenpolitischen Druck. Ist da die ökonomische Debatte über ein paar Milliarden Euro für die Rettung von Euro-Staaten, die im Zweifel die EZB drückt, nicht kleinlich?

Keineswegs. Es geht doch darum, ob damit die Strukturprobleme auf nationaler Ebene gelöst werden. Und das ist sicher nicht der Fall. Die Währungsunion fußt auf Regeln. Wenn man gegen diese Regeln verstößt,

wird das in der Zukunft zu schmerzhaften Anpassungen führen. Deshalb ist es ein Problem, dass die EU-Kommission nicht klarer die Einhaltung der Haushaltsregeln durchsetzt, und dass der ESM Fehlanreize für die Mitgliedstaaten der Währungsunion setzt, sich stärker zu verschulden, als es tragfähig ist. Wenn wir heute nicht an die Defizite und Unzulänglichkeiten herangehen, werden wir später einen hohen Preis bezahlen.

Welchen?

Mario Draghi wurde einst gefeiert für seine berühmte Rede als EZB-Präsident, die EZB werde alles unternehmen, was nötig sei, um den Euro zu retten. Heute zahlen wir mit den massiven Bilanzverlusten der Zentralbanken den Preis für seine Politik.

Das Europäische Parlament hat in seiner letzten Sitzungswoche vor der EU-Wahl einer Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes zugestimmt. Wie bewerten Sie das?

Positiv daran ist, dass die Referenzwerte von 60 Prozent für die Staatsschuldenquote und drei Prozent für die Defizitquote erhalten geblieben sind. Aber an die Stelle des bisherigen Systems der multilateralen Überwachung der Schulden treten künftig die bilateralen Verhandlungen zwischen der EU-Kommission und den nationalen Regierungen. Das wird zu großer Intransparenz führen und zu einem weiteren Schuldenanstieg.

Die Maastricht-Idee, dass es Regeln für die Staatsschulden gibt, die überwacht werden, funktioniert nicht. Das ist wie ein Fußballspiel ohne Schiedsrichter.

Es gibt einen Schiedsrichter, sogar zwei, nämlich die EU-Kommission und die nationalen Finanzminister in der Eurogruppe, aber die sind leider sehr schwach. Außerdem sollen hier Sünden über Sünden richten, das funktioniert in der Tat schlecht. Ich habe schon länger für einen unabhängigen Fiskalrat plädiert, an dessen Votum niemand vorbeikommt. Diesen gibt es zwar seit 2016, aber er ist lediglich beratend für die Kommission tätig, ohne tatsächlichen Einfluss.

Sollte dieser Fiskalrat dann auch ein Veto-Recht für die nationalen Haushalte haben?

Nein. Das wäre natürlich ein zu starker Eingriff in die nationale Souveränität und das Haushaltsrecht der nationalen Parlamente. Es geht vor allem um Transparenz.

Was hilft es, wenn Regelbrüche transparent, aber am Ende nicht sanktioniert werden?

Sie werden sanktioniert, und zwar über die Finanzmärkte, insbesondere wenn die Anleger transparente Informationen haben. Wer höhere Schulden hat, muss höhere Zinsen zahlen. Das ist ein scharfes Schwert, insbesondere in einem veränderten Zinsumfeld. Wir sehen das in Deutschland. Der Finanzminister musste 2021 3,5 Milliarden

ZUR PERSON

Als „Leidenszeit“ beschrieb Jürgen Stark einst seine letzten eineinhalb Jahre als Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank (EZB). Deren Beschluss im Jahr 2010, Staatsanleihen von Euro-Krisenländern zu kaufen, war nicht in seinem Sinn. Im September 2011 zog er die Konsequenz und trat zurück. In einem Interview erklärte der damals 64-Jährige wenige Monate später den Grund für seinen Rückzug: „Dass ich nicht zufrieden bin, wie sich diese Währungsunion entwickelt hat. Punkt.“ Der ehemalige Beauftragte für Wirtschaftsgipfel des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl gilt selbst als Architekt des Euro-Stabilitätspakts.

Euro an Zinsen zahlen, 2024 sind es schon 40 Milliarden. Länder, die nicht solide wirtschaften, werden an den Finanzmärkten bald noch viel höhere Zinsen zahlen müssen. Die ersten Schritte dabei werden übrigens veränderte Einstufungen der Rating-Agenturen sein.

Und WWU-Länder, die nicht gegensteuern, gehen eben pleite und müssen raus aus dem Euro?
Nicht unbedingt. Der Anreiz wäre sehr groß, frühzeitig gegenzusteuern.

In den vergangenen 25 Jahren hat die EZB den Deutschen weniger Inflation gebracht als zuvor die Bundesbank. Woher kommen die Zweifel am Euro?

Die EZB hat vom Ergebnis her in den ersten 20 Jahren einen guten Job gemacht und die Inflation unter zwei Prozent gehalten. Sie hat dabei allerdings auch von einem Globalisierungsschub profitiert. Große Länder mit vielen günstigen Arbeitskräften wurden in den Welthandel integriert. Die internationale Arbeitsteilung hat sich verstärkt. Das hat für günstigere Herstellungskosten gesorgt. Dazu kam ein starker globaler Wettbewerb der Unternehmen. All das hat zu niedrigen Preisen und geringer Inflation beigetragen. Wir erleben seit vier bis fünf Jahren, dass sich das umkehrt. Der Job wird schwieriger, und der EZB sind in solchen herausfordernden Zeiten bereits wiederholte große Diagnosefehler unterlaufen.

Welche?

2014 hat die EZB eine große Deflation erwartet. Das war eine Fehleinschätzung. Die Reaktion auf diese Fehldiagnose waren die gigantischen Programme zum Ankauf von Wertpapieren, insbesondere Staatsanleihen, und Negativzinsen. Den Preis dafür bezahlen wir wie gesagt heute. 2021 und 2022 hat die EZB dann zu spät auf die erkennbar steigenden Preise reagiert.

Was dürfen die Bürger mit Blick auf Inflation und Zinsen erwarten?

Kurzfristig dürften die Inflation und Zinsen im Euroraum sinken. Mittelfristig werden die Umkehr der Demografie, also die Alterung der europäischen Bevölkerung, und die Umkehr der Globalisierung bedeutend. Das heißt, das Angebot an Arbeitskräften in Europa sinkt, was zu höheren Löhnen und damit steigenden Preisen führen dürfte. Zugleich verlieren wir aufgrund der Geopolitik ein Stück weit die Vorteile großer integrierter Weltmärkte. Die Lieferketten werden kürzer, die Produktion wird teilweise aus Ländern mit niedrigen Arbeitskosten zurück verlagert. Auch das sorgt tendenziell für steigende Preise. Dazu kommt eine steigende nachfragegetriebene Inflation in den USA aufgrund der dortigen sehr hohen schuldenfinanzierten Ausgabenprogramme. Unterm Strich heißt das für die nächsten Jahre wahrscheinlich: höhere Inflation und höhere Zinsen.

Das Gespräch führte Stephan Balling.



Maximilian Kraus

Ein völkischer Kandidat zum Verstecken

Schlechter kann es nun wirklich nicht laufen: Als die AfD Ende April im baden-württembergischen Donaueschingen ihren Wahlkampf für die Europawahl einleitet, fehlt ausgerechnet der Spitzenkandidat an der Seite der beiden Parteivorsitzenden Alice Weidel und Tino Chrupalla. Denn Maximilian Kraus ist in diesen Tagen kein Kandidat zum Vorzeigen: Erst wurde einer seiner Mitarbeiter wegen des Verdachts der Spionage für China in Untersuchungshaft genommen. Dann leitete auch noch die Generalstaatsanwaltschaft Dresden ein Vorermittlungsverfahren gegen Kraus wegen möglichen Geldzahlungen aus Russland und China ein.

Die AfD verzichtet also lieber auf den Auftritt Kraus – „um den Wahlkampf und das Ansehen der Partei nicht zu belasten“. Auswechseln kann sie ihren Spitzenkandidaten nicht mehr, dafür ist die Frist verstrichen. Offiziell weist die AfD die Anschuldigungen ebenso wie Kraus selbst, der seit 2019 im Europäischen Parlament sitzt, als Verleumdung zurück. Doch Chrupalla stellt sicherheitsshalber fest: „Wer nachweislich käuflich ist, der muss gehen.“

Rund einen Monat später kracht es erneut. Kraus wird endgültig mit einem Auftrittsverbot durch den Parteivorstand belegt und räumt obendrein seinen Posten im Bundesvorstand. Auslöser ist ein Interview mit der italienischen Zeitung „La Repubblica“, in dem Kraus sagt, dass Mitglieder der SS-Truppe in der NS-Zeit „nicht alle Verbrecher“ gewesen seien. Die Vorsitzende der französischen Partei Rassemblement National (RN), Marine Le Pen, kündigte daraufhin die Zusammenarbeit mit der AfD in Europa auf. In der Vergangenheit war es wiederholt zu Spannungen zwischen den deutschen und französischen Rechten gekommen. Bislang bildet der RN gemeinsam mit der AfD, der italienischen Lega und der österreichischen FPÖ die Fraktion „Identität und Demokratie“ im EU-Parlament.

Als wäre die Causa Kraus für die AfD nicht schon problematisch genug, liegen gegen den Mann hinter ihm auf der Kandidatenliste ebenfalls justiziable Vorwürfe vor. Der AfD-Bundestagsabgeordnete Petr Bystron soll Geld aus dem Umfeld des von Russland finanzierten Propagandaportals „Voice of Europe“ Geld erhalten haben. Der Bundestag hob die Immunität Bystrons auf, um Durchsuchungen auf Anordnung des Oberlandesgerichts München zu ermöglichen. Der Anfangsverdacht lautet Bestechlichkeit und Geldwäsche.



Maximilian Kraus

Die Vorwürfe gegen Kraus und Bystron wiegen schwer. Vor allem für eine Partei wie die AfD, die so gerne an den Nationalstolz appelliert und deren Vertreter vom rechten Flügel anderer Parteien schon mal das Label „Volksverräter“ anheftet. Zum rechten Flügel gehört der 1977 im sächsischen Räckelwitz geborene Kraus allemal, liegt auf einer Wellenlänge mit dem thüringischen AfD-Fraktionsvorsitzenden Björn Höcke. Das Bundesamt für Verfassungsschutz stuft Äußerungen Kraus als völkisch-nationalistisch und verfassungsfreundlich ein.

Für die EU hat der Jurist, den Parteifreunde auch schon mal „Schampus-Max“ nennen, nichts übrig. Man müsse ihn den „Stecker ziehen“ und ein „neues Betriebssystem aufspielen“. Europa, so definiert es Kraus in seiner Weltsicht, das seien „die Germanen, die Romanen und die Slawen, die nicht von Konstantinopel aus christianisiert“ wurden. Unverhohlen wirbt er für einen Austritt aus der EU. Deutschland sei wie eine Frau, die zu Hause geschlagen werde. „Die geht auch nicht freiwillig, in der Regel muss man ihr helfen, eine Alternative aufzeigen.“

aw

Mehr Schein als Sein

RÜSTUNG Die EU wirbt für länderübergreifende Zusammenarbeit, um unabhängiger zu werden. Die Ziele gelten unter Experten als zu hoch gegriffen



Kritischer Blick auf die Munition: Dänemarks Premierministerin Mette Frederiksen, Bundeskanzler Olaf Scholz, Rheinmetall-Chef Armin Papperger und Verteidigungsminister Boris Pistorius beim gemeinsamen Besuch des Hauptwerks von Rheinmetall im niedersächsischen Unterlüß.

© picture-alliance/dpa/Philipp Schulze

Bundeskanzler Olaf Scholz, Verteidigungsminister Boris Pistorius und die dänische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen greifen beherzt zur Schaufel. Im Februar setzen die drei gemeinsam den Spatenstich in Unterlüß. Mitten in der Lüneburger Heide baut Rheinmetall dort eine neue Munitionsfabrik. Warum Frederiksen an dem Termin teilnimmt, ist unklar. Schließlich betont selbst Rheinmetall, dass das Werk zur Sicherung der strategischen Souveränität Deutschlands beitragen soll, also vor allem die Bundeswehr versorgt. In seiner Rede lobte Scholz hingegen die Zusammenarbeit mit den Dänen in Rüstungsfragen. Der Termin wirkt widersprüchlich – und ist damit in gewisser Weise ein Abbild des Zu-

stands der europäischen Rüstungsindustrie. Die EU-Kommission will erreichen, dass bis 2030 mindestens 40 Prozent der Rüstungsgüter gemeinsam gekauft werden. Einkaufsgemeinschaften sollen höhere Mengen ordern und so im Bestfall günstige Preise aushandeln. Ebenso sollen bis dahin mindestens 50 Prozent der Ausgaben für Rüstungsgüter in die EU fließen. Bis 2035 soll der Anteil sogar auf 60 Prozent steigen. Diese beiden Vorhaben sollen die Souveränität der EU steigern und die Zusammenarbeit im Binnenmarkt fördern. Dass dieser Plan aufgeht, daran glaubt zumindest Christian Mölling nicht. Er ist stellvertretender Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und durch den Ukraine-Krieg zu einem der bekanntesten deut-

schen Experten für Sicherheitspolitik geworden. „Das erste Problem des Vorhabens ist bereits, dass gar keiner weiß, wie diese Prozentzahlen zustande kommen“, sagt Mölling. „Das zweite, dass die EU bereits seit 1996 versucht, die Verteidigung als normalen Markt zu sehen. Aber das ist einfach nicht.“

Geld für die Forschung Die EU hat schon oft versucht, die Rüstungsindustrie finanziell zu unterstützen: Thierry Breton, EU-Kommissar für Binnenmarkt, Dienstleistungen, Verteidigung und Raumfahrt, hatte Anfang dieses Jahres etwa einen EU-Verteidigungsfonds über 100 Milliarden Euro gefordert. Bekommen hat er 1,5 Milliarden Euro. „Das ist fast schon eine homöopathische Behandlung für einen Markt, der etwa

90 Milliarden Euro groß ist“, sagt Mölling. Dazu kommt: Das Geld soll wohl vor allem in die Forschung fließen und nicht in dringend benötigte Produktionskapazitäten. Seit Russlands Angriffskrieg ist der Rüstungsbedarf drastisch gestiegen. So schnell kommt die Angebotsseite nicht hinterher. Ein Grund dafür ist, dass die Rüstungsindustrie per Gesetz nur auf Vorrat produzieren darf, wenn die Bundesregierung eine auf Aufträgen basierende Ausnahme genehmigt. Auch die sogenannte Skalierbarkeit ist ein schwieriges Thema in der Rüstungsindustrie. Große Stückzahlen sind derzeit von den Anbietern in der EU kaum zu bewerkstelligen.

Philipp Schröder, Professor für internationale Wirtschaft an der Universität Aarhus, ist trotzdem optimistisch, dass mehr Ko-

operation auf EU-Ebene gelingen kann. Zugleich kennt er die besonderen Spielregeln des Sektors, die einen nachhaltigen Wandel erschweren: „Die Rüstungsindustrie lebt von Kompensationsgeschäften“, sagt er. Rüstungsgeschäfte sind oft ein Geben und Nehmen. Bedeutet: Kauft etwa Dänemark Panzer von Rheinmetall, dann müsse Deutschland in der Regel im gleichen Wert Rüstungsgüter aus dem Nachbarland einkaufen, sagt Schröder.

Mehr Zusammenarbeit könnte den Austausch zwischen Ländern fördern. Den fragmentierten Rüstungsmarkt mahnte im März auch EU-Kommissionsvizepräsidentin Margrethe Vestager an. So würden oft fünf verschiedene Arten einer Waffe produziert, was zu einer ineffizienten Produktion und zur Verschwendung von Steuergeldern führe. Solche Konstruktionen gelte es abzubauen. Mölling nennt als Vorbild die militärische Luftfahrt: „Die Entwicklung in diesem Bereich ist so teuer geworden, dass hier schon eine Konsolidierung stattgefunden hat und erfolgreiche Kooperationen wie Airbus Defence entstanden sind.“

Dual-Use-Sektor Möllings Forscherkollege Philipp Schröder aus Aarhus hat vor allem bei jungen Unternehmen und im Dual-Use-Sektor Hoffnung auf mehr Miteinander, also bei Produkten, die sowohl fürs Militär als auch für die Industrie oder Erdkunde interessant sein können. Ein Beispiel dafür sind Drohnen. „Diese oft technik- und IT-lastigen Unternehmen sind global so groß geworden, dass man sie gar nicht einer Nation zuordnen kann“, sagt der Ökonom. „Sie profitieren extrem vom aktuellen Boom der Rüstungsindustrie und haben damit ein Stück weit das Potential, alte und verkrustete Strukturen in der Branche einzureißen.“

Eines der aufstrebenden Unternehmen dieser Art ist Helsing. Das Rüstungs-Startup verkauft Software und Steuertechnik mit künstlicher Intelligenz. An dem 2021 gegründeten Münchner Unternehmen hat sich unter anderem die schwedische Saab-Gruppe beteiligt. Nach Medienberichten wurde das Startup zuletzt mit 1,7 Milliarden Euro bewertet. Damit ist Helsing das erste Rüstungs-Einhorn Europas, ein milliardenschwerer Neuling in der boomenden Branche.

Helsing hat inzwischen Standorte in Deutschland, Frankreich und im Vereinigten Königreich, ist bei allen drei Ländern beim Militär unter Vertrag. Derzeit fokussiert sich die Arbeit des Startups auf die Ukraine. Und genau das war auch von Anfang an der Fokus Helsings, sagt Charlotte Weil von der Ahe, Director Communications and Government Affairs. „Helsing wurde schon bei der Gründung europäisch gedacht.“ Die Zusammenarbeit in Europa gestaltet sich in diesem Gebiet allerdings weiterhin schwierig. „Dabei sollte es mittlerweile eine Binse sein, dass kein europäisches Land allein in der Lage sein wird, sich ohne Unterstützung auf Partner selbst zu verteidigen.“

In diese Kerbe schlägt auch Ökonom Schröder. „Wir haben uns mit dem Wunsch nach nationaler Souveränität eine Illusion geschaffen. Dabei ist es schlicht nicht möglich, dass eine kleine Nation alle Bereiche der Rüstung abdeckt oder große Technologiefelder wie die Überwachung überhaupt allein stemmen kann.“ Womöglich führt diese Erkenntnis ja dazu, Staatenlenker und Rüstungsindustrie von den Vorteilen der verstärkten Kooperation zu überzeugen. Dann gäbe es bald vielleicht auch mehr Besuche ausländischer Minister – und weniger Rätselraten.

Jennifer Spatz

Die Autorin ist Journalistin der Finanz- und Wirtschaftsredaktion wortwert.

Im Konkurrenzkampf mit den USA und Asien

TECHNOLOGIE Damit die EU bis 2050 klimaneutral wird, setzen die Mitgliedstaaten unter anderem auf Batterien und Wasserstoff

Die EU soll technologisch unabhängiger werden. Das fordern in trauter Einigkeit der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell genauso wie die EU-Kommissarin für Wettbewerb Margrethe Vestager. Und beide weisen dabei gern auch auf die notwendigen Technologien für die Energiewende. Vor allem beim grünen Wasserstoff stehen viele Projekte und Vorhaben derzeit noch ganz am Anfang. Laut EU-Kommission hat Wasserstoff im Jahr 2022 gerade mal zwei Prozent zum Energieverbrauch in Europa beigetragen. Und das war auch noch fast ausschließlich sogenannter grauer Wasserstoff, der mit Erdgas hergestellt wird und bei dessen Produktion wiederum große Mengen CO₂ entstehen. Die EU ist noch weit entfernt von ihrem Ziel, bis 2030 bis zu zehn Millionen Tonnen grünen Wasserstoff zu produzieren.

150 Gigawatt angestrebt „Unternehmen in der EU planen aktuell Elektrolyse-Projekte mit einer Leistung von 150 Gigawatt Elektrolysekapazitäten bis 2030“, berichtet Uwe Remme, Leiter des Teams für Wasserstoff und alternative Kraftstoffe bei der Internationalen Energie Agentur (IEA). „Allerdings sind bisher nur drei Gigawatt davon finanziert, im Bau oder bereits in Betrieb.“ Viele Projekte dagegen befinden sich erst in einem frühen Entwicklungsstadium. Um den Ausbau zu beschleunigen,

hat die EU-Kommission im Februar 2024 für 33 Wasserstoff-Projekte finanzielle Fördermittel genehmigt. Die als „Important Project of Common European Interest“ gelten – als Projekte, die das Wirtschaftswachstum und die Wettbewerbsfähigkeit der EU stärken sollen. Mehr als zwei Drittel dieser Vorhaben kommen aus Deutschland. Bund und Länder sollen sich hier zudem mit 4,6 Milliarden Euro beteiligen. Zusätzlich hat auch noch die Europäische Wasserstoffbank ihre Arbeit aufgenommen, ein neues Instrument, das ebenfalls Wasserstoffprojekte finanzieren soll.

Damit die EU ihr Potenzial in der grünen Wasserstoffproduktion ausschöpfen kann, müssen die Mitgliedstaaten indes deutlich mehr kooperieren. Zu diesem Ergebnis kommt eine Analyse des Fraunhofer-Instituts für System- und Innovationsforschung ISI und der Deutschen Energie-Agentur. Den Studienautoren zufolge wären die europäischen Staaten grundsätzlich in der Lage, sich zu wettbewerbsfähigen Preisen selbst mit Wasserstoff zu versorgen. Insbesondere Norwegen, Spanien und Frankreich hätten die Kapazitäten, mehr

Wasserstoff zu produzieren als sie für ihren eigenen Bedarf bräuchten. Doch die Bürokratie bremst aus: „Staaten brauchen häufig lange, um Maßnahmen und Instrumente zur Unterstützung der sauberen Wasserstoffproduktion und dessen Nutzung in die Wege zu leiten. Das verzögert wiederum Investitionsentscheidungen auf Seiten der Industrie“, sagt IEA-Experte Uwe Remme. Er geht daher davon aus, dass sich die EU künftig nicht autark, sondern mit einer Mischung aus Importen und eigens hergestelltem Wasserstoff versorgen wird. Dabei geht es nicht nur um Versorgungssicherheit.

»Die Energiewende ist auch von Technologie abhängig.«

Uwe Remme, Internationale Energieagentur

Studie der IEA zeigt, dass derzeit das 60 Prozent der globalen Fertigungskapazitäten für Elektrolyseure – das sind Anlagen zur Wasserstoffproduktion – in China entstehen, gefolgt von Europa, wo immerhin noch 20 Prozent der Elektrolyseure gebaut werden. „Da sich der Markt noch in einer relativ frühen Phase befindet, kann das für Europa eine Gelegenheit sein, die eigenen Fertigungskapazitäten auszubauen“, sagt der Energieexperte.

Geht es nach dem Willen der EU-Politik, sollen künftig auch die in der EU verbauten Batterien größtenteils aus europäischer Produktion kommen. Nach Prognosen der Umwelt- und Verkehrsorganisation „Transport & Environment“, dem größten Umweltschutzverband Europas, sollen die sogenannten Gigafactories im Jahr 2030 in Europa eine Produktionskapazität für Batteriezellen von 730 Gigawattstunden (GWh) haben. Das würde für die Ausstattung von rund 12,7 Millionen E-Autos reichen. Allein Produktionsstätten in Deutschland wie jene von Tesla in Grünheide und von Northvolt in Dithmarschen könnten bis zum Jahr 2030 mit einem Anteil von 430 GWh dazu beitragen, schätzt das Fraunhofer-ISI-Institut.

Geringere Fördermittel Ob das gelingt, hängt auch von den künftigen Rahmenbedingungen für die Batterietechnologie ab. Zurzeit sind die Energiekosten in Europa hoch und Fördermittel rückläufig. In Deutschland sperte zudem die Regierung nach dem Schuldenbremsen-Urteil des Bundesverfassungsgerichts den Klima- und Transformationsfonds. Auch das bremst die Batterieforschung aus, für die nun rund 110 Millionen Euro weniger zur Verfügung steht. „Wir müssen aufpassen, dass das, was wir in Europa in den vergangenen zehn bis 15 Jahren aufgebaut haben, nicht in weni-

gen Jahren wieder zusammenbricht“, warnt Axel Thielmann, Leiter des Competence Centers Neue Technologien am Fraunhofer-Institut ISI. Denn der Konkurrenzkampf auf dem Batteriemarkt wird härter. Asiatische Staaten wie China, Japan und Südkorea verfügen über einen hohen Erfahrungsschatz beim Thema Batterien, sind wettbewerbsfähig und entwickeln schnell neue Technologien. In den USA sorgt wiederum der milliardenschwere Inflation Reduction Act dafür, dass Unternehmen aus dem Sektor hohe Zuschüsse, Steuergutschriften und Darlehen erhalten.

Thielmann sieht im Batteriegeschäft ähnlich wie beim Thema Wasserstoff noch Luft nach oben, wenn es um die Kooperation in der EU geht. „Wir brauchen in Europa eine stärkere Arbeitsteilung“, sagt er. Und macht einen konkreten Vorschlag: „Manche Staaten könnten sich stärker auf die Rohstoffproduktion konzentrieren, andere kümmern sich um das Recycling. Je nachdem, wer die besseren Zugänge hat zu Ressourcen, erneuerbarer Energie, Fachkräften und Absatzmärkten.“ Thielmann ist sich sicher: Gemeinsam könnten die europäischen Staaten gegen die Konkurrenz aus aller Welt bestehen. Ob sie es auch können, ist eine Sache des Willens. Marie Welling

Die Autorin ist Volontärin bei der Redaktion wortwert.

KURZ REZENSIIERT

Franziska Davies (Hg.): Die Ukraine in Europa. Traum und Trauma einer Nation.
wbg Theiss, Darmstadt 2023; 360 S., 29,00 €

„Russland ist ein europäisches Land“, betonte einst Zarin Katharina II. Eine ähnliche Botschaft verkündete ein „geführter“ Präsident Wladimir Putin den Bundestagsabgeordneten am 25. September 2001: „Russland ist ein freundlich gesinntes europäisches Land“. Zwei Jahrzehnte später war das gleiche Europa in den Augen des Kremlherrschers zum Erzfeind mutiert, wagten es doch die Europäer, „einen Teil Russlands“, die Ukraine, zu erobern. Werden die Europäer die Ukraine weiterhin den sicherheitspolitischen Interessen Moskaus opfern? Oder ersetzen sie ihre Russland-Fixiertheit durch eine Politik, die das Selbstbestimmungsrecht der Ukraine respektiert und durchzusetzen hilft? Es brauchte erst den brutalen Angriffskrieg vom 24. Februar 2022, um eine Reihe exzellenter Bücher über die Ukraine zu veröffentlichen. Zu ihnen gehört der informative und empfehlenswerte Sammelband über die historische Zugehörigkeit der Ukraine zu Europa. Bis vor Kurzem war das osteuropäische Land „für die meisten Deutschen ein blinder Fleck“, schreibt Herausgeberin Franziska Davies. Die „Nichtexistenz der Ukraine“ auf der geistigen Landkarte des Westens habe eigene Gründe und eine komplizierte Geschichte: Nicht nur das russische Imperium, sondern auch die Großmächte Polen-Litauen, die Habsburger Monarchie und später das kaiserliche Deutschland verfolgten in der Ukraine ihre jeweiligen Interessen, insbesondere Gebietsansprüche. Auf diese Weise wurde die Ukraine polonisiert, russifiziert, kolonisiert und bis zum Zerfall der Sowjetunion auch sowjetisiert. Viele Vorwürfe und Vorbehalte zwischen Deutschen und Ukrainern erläutert der bekannte ukrainische Intellektuelle Jurko Prochasko. Er widerspricht dem „Kardinalvorwurf“ der vermeintlich „nationalistischen“ Ukrainer: Während die Kritiker den ukrainischen „Nationalismus“ dämonisierten, verharmlosten sie gleichzeitig den russischen Imperialismus. manu |

Raffael Scheck: Frühling 1940. Wie die Menschen in Europa den Westfeldzug erlebten.
Hoffmann und Campe, Hamburg 2024; 445 S., 28,00 €

Für Bundeskanzler Helmut Kohl war die europäische Einigung eine „Frage von Krieg und Frieden“. Und er verwies in diesem Zusammenhang gerne auf seine pfälzische Heimat. Dort, nur wenige Kilometer von der französischen Grenze entfernt, wisse man dies besonders gut. Wer sich noch einmal höchst eindringlich ins Gedächtnis rufen möchte oder sollte, was Kohl meinte, dem sei das Buch „Frühling 1940“ des Historikers Raffael Scheck wärmstens empfohlen. Rund 20 Jahre nach Ende des Ersten Weltkriegs kämpften im Mai und Juni 1940 die mitunter gleichen deutschen, französischen und britischen Soldaten beziehungsweise deren Söhne auf identischen Schlachtfeldern des letzten Krieges erneut gegeneinander. Scheck interessiert aber weniger der konkrete Kriegsverlauf, sondern die persönlichen Erlebnisse, Gedanken und Ansichten der einfachen Soldaten und Zivilisten, die er anhand von Briefen, Tagebüchern und anderen Quellen anschaulich darstellt und einordnet. Im Gegensatz zu 1914 herrschte auf beiden Seiten der Front nur wenig Kriegsbegeisterung. Vielen sind die Schrecken der „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ noch durchaus gegenwärtig. Dies ändert sich bei den Deutschen erst aufgrund des schnellen Sieges über Frankreich in wenigen Wochen. Und sie folgen mehrheitlich dem Narrativ Hitlers, die Schande des Versailler Vertrages sei damit getilgt und man hätte bereits den letzten Krieg gewinnen können, wenn die Deutschen nur einig gewesen wären. Auch auf der anderen Seite des Rheins stellt man einen Zusammenhang zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg her. „Wir hoffen immer im letzten Krieg, unseren Kindern diese Prüfung ersparen zu können, aber die Idiotie des Vertrages von 1918 machte diese Wiederholung unvermeidlich“, schreibt ein französischer Vater an seinen Sohn bei der Armee. Und fügt an: „Hoffentlich werden wir diesmal weniger dumm sein.“ aw |



Stürmische Zeiten in Europa: Der österreichische Schriftsteller Robert Menasse sieht das Friedensprojekt durch nationale Egoismen bedroht.

© picture alliance/Bildagentur-online/Sunny Celeste

Das bedrohte Projekt

EUROPA Robert Menasses flammendes Plädoyer für eine Union frei von nationalen Egoismen

Es tobt ein Krieg in Europa. Nicht nur auf den Schlachtfeldern der Ukraine, sondern auch in der Europäischen Union, die doch eigentlich ein Friedensprojekt sein will. Dort werden die Bürger zu den Waffen und zum Schließen der Reihen gerufen, wird ein Soldatenlied inmitten von Kanonendonner und Flintenschüssen gesungen, dem Feind zum Schreck. Ein Priester schreit einem christlichen Heer voran, Söhnen und Gefährtinnen werden die Kehlen durchgeschnitten und mit dem Säbel wird zurückgeholt, was eine fremde Übermacht nahm. Man greift zum Schwert, so scharf und blank, trinkt die Furchen der Felder mit unreinem Blut, marschiert gegen Kanonen und stirbt glorreich in der Schlacht. Für das Vaterland, die Heimaterde, die Nation, das heldenhafte liebe Land. Der österreichische Schriftsteller Robert Menasse hat all die kriegerischen und blutigen Sentenzen aus den Nationalhymnen der EU-Mitgliedstaaten sowie zweier Beitrittskandidaten neu arrangiert: „Das ist also die ideale Gesamthymne des Friedensprojektes EU.“ Ist das noch beißende Polemik oder doch schon bittere Resignation? Wahrscheinlich eine Melange. Zweifelslos hat Menasse mit seinem rund 190 Sei-

»Europäische Nationen sind bewusst und planvoll in einen nachnationalen Prozess eingetreten.«
Robert Menasse

ten umfassenden Essay „Die Welt von Morgen. Ein souveränes demokratisches Europa – und seine Feinde“ ein flammendes Plädoyer für das europäische Friedensprojekt zu Papier gebracht. Oder – je nach Lesart – eine geharnischte Streitschrift gegen all jene, die dieses Projekt bedrohen. So ganz neu ist das allerdings nicht, vieles davon hat man von Menasse bereits in den vergangenen Jahren gelesen und gehört. Ganz oben auf seiner Liste der Bedrohungen steht der Nationalismus. Dieser habe „zu den größten Menschheitsverbrechen geführt und Europa verwüstet“. Diese auf den ersten Blick so binsenhafte Wahrheit erscheint längst nicht mehr als Binsen, wenn man all den nationalistischen Tönen lauscht, die aktuell auf dem Kontinent angestimmt und auch in konkrete Politik umgesetzt werden. Für Menasse ist jedenfalls klar, dass das Konzept der Nation und damit auch die Idee von einem Europa der Nationalstaaten überwunden werden muss. Und so stellt er das folgende Paradigma „als Voraus-

setzung für alle weiteren Diskussionen über die EU“ auf den ersten Seiten seines Buches auf: „Europäische Nationen sind bewusst (!) und planvoll (!!) in einen nachnationalen (!!!) Prozess eingetreten.“ Kein Argument zur Verteidigung der Nationalidee, des Nationalstaats und nationalstaatlicher Souveränität, so führt Menasse später aus, „hält unseren Erfahrungen stand, unserem Wissen und nicht einmal wie immer gearteten Halbwissen“. Wer sich daran stört, wenn Autoren ihre eigenen Argumente und Thesen mit einem wie auch immer definierten kollektivem „wir“ zusätzliche Autorität zu verleihen hoffen, der sollte vielleicht lieber die Finger lassen von der Lektüre. Denn Menasse tut dies nur zu gern. Zum Beispiel wenn er die Frage aufwirft, warum die Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg und das „national wiedergeborene Deutschland“ nach der Wiedervereinigung an der Haydn-Melodie seiner Nationalhymne festhielt, „bei der wir das ‚Deutschland, Deutschland über alles ja doch mithören, auch wenn es

offiziell gestrichen ist“. Da bleibt schon die Frage, wer hier eigentlich was hört – und warum. Das „Einigkeit und Recht und Freiheit“ der Deutschen ist ihm hingegen keine Zeile wert, obwohl es doch genau diese Werte sind, die sich Menasse für Europa wünscht. Aber dies hätte wohl den Hautgout von „deutschem Führungsanspruch“, der ihm so zuwider ist. **Blick ins schwarze Loch** Robert Menasse ist wahrlich kein Unbekannter, wenn es um die Befindlichkeiten in Europa und die innere Verfasstheit der Europäischen Union geht. Für seinen 2017 veröffentlichten Roman „Die Hauptstadt“ heimste er viel Lob von den Kritikern und den Deutschen Buchpreis ein. Seine Satire aus dem Innenleben der Brüsseler Institutionen und ihrer bürokratischen Abgründe gilt als erster Roman über die EU überhaupt. Fünf Jahre später folgte mit „Die Erweiterung“ eine literarische Fortsetzung Brüssel, so schreibt er nun, erscheine im vorherrschenden politischen Europadiskurs als schwarzes Loch, das die nationalen Demokratien zu verschlucken drohe. Dies sei zwar Unsinn, aber ein wirksamer. Die Chiffre „Brüssel“ spalte Europa tatsächlich. Und dies sei im Interesse linker und rechter Nationalisten. Europa drifte „fort vom

Zauber der Anfänge, fort von den Ideen und Idealen der Gründergeneration“. Die Schuld daran verortet Menasse auch bei Staats- und Regierungschefs wie Bundeskanzlerin Angela Merkel, die die Europäische Kommission als „Garantin des gemeinsamen Interesses der Union“ zur Seite drängten. Der Rat heble die Gemeinschaftsmethode aus. Dies widerspreche den europäischen Verträgen. Ganz gleich wie man zu den politischen Positionen Menasses stehen mag, die Lektüre seines Essays lohnt – „vielleicht zu Jedermanns Nutzen: Diskutieren wir das!“, wie er schreibt. Oder auch nur deswegen, weil Robert Menasse ein überzeugter Europäer ist. Und von denen gibt es derzeit nicht all zu viele. *Alexander Weinlein |*

Robert Menasse: Die Welt von morgen. Ein souveränes demokratisches Europa und seine Feinde.
Suhrkamp, Berlin 2024; 192 S., 23,00 €

»Ein einzigartiges Unterfangen«

GESCHICHTE Christoph Driessen erzählt die fesselnde Story der EU

Ist es die Koketterie eines Buchautors wenn Christoph Driessen die Frage stellt, ob es möglich sei, die Geschichte der Europäischen Union „einigermaßen kompakt, verständlich und vielleicht auch noch streckenweise unterhaltsam zu erzählen“? Oder verbirgt sich dahinter die Sorge, dass die Geschichte der EU beziehungsweise ihre Politik längst nicht mehr so viel Euphorie wie in ihren Anfangstagen auslöst? Dass die vielgescholtene Brüsseler Bürokratie sowie das Wirrwarr unterschiedlichster Kompetenzen von Europäischem Rat, Ministerrat, Kommission und Parlament sowie des Europäischen Gerichtshofes inzwischen viele Bürger hoffnungslos überfordert? Zu mindest einer dieser Fragen lässt sich eindeutig beantworten. Ja, die Geschichte der EU lässt sich verständlich und unterhaltsam erzählen. Der deutsch-niederländische Journalist und Historiker Driessen beweist es mit seinem Buch „Griff nach Sternen“. Dies liegt zum einen an der „fesselnden Story“ selbst, die der Autor im Jahr 1941 auf der italienischen Insel Ventotene, auf der internierte Antifaschisten wie Altiero Spinelli die Vision eines zukünftigen föderalen europäischen Bundesstaates in einem Manifest skizzieren, beginnen und mit der Verleihung des Status eines EU-Beitrittskandidats an die von Russland angegriffe-

ne Ukraine im vergangenen Jahr enden lässt. Es mag wie eine bittere Ironie erscheinen, dass die Idee von einem friedlichen und geeinten Europa in den Schrecken des Zweiten Weltkrieges erste Konturen annimmt und rund 80 Jahre später erneut die Angst vor einem großen Krieg in Europa umgeht.

Journalistische Reportage Vor allem gestaltet sich die Lektüre des Buches deshalb so unterhaltsam und kurzweilig, weil Driessen kein historisches Fachbuch im engeren Sinne verfasst hat, sondern im Stil einer journalistischen Reportage angelegt hat. Seit 1993 war er als Auslandskorrespondent in Den Haag, London und New York tätig. Er kennt die europäische

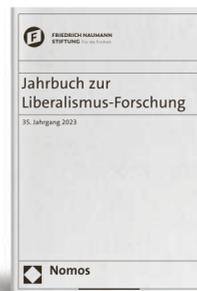
Christoph Driessen: Griff nach den Sternen. Die Geschichte der Europäischen Union.
Friedrich Pustet, 2024; 288 S., 29,95 €

und auch Weltpolitik somit aus einer sehr neuen Perspektive. Seit 2006 leitet er das Kölner Büro der Deutschen Presseagentur. So nimmt Driessen seine Leser beispielsweise mit in das Reihenhaus von Helmut Schmidt in Hamburg Langenhorn, wo der deutsche Bundeskanzler mit dem französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing 1978 im Esszimmer ein gemeinsames Währungssystem für die EG-Mitgliedstaaten ausbrüten während Schmidts Ehefrau Loki Kaffee serviert. Der Abend wird lang, die Politiker entledigen sich nach und nach Jacket und Krawatte, am Ende sitzen sie an der Hausbar. Es sind diese kleinen Anekdoten, von denen Driessen etliche auf Lager hat, und die die große Politik sehr nah und menschlich erscheinen lassen. Abgerundet hat Driessen seine Darstellung mit Porträts ausgewählter europäischer Größen von Bundeskanzler Konrad Adenauer bis zur EU-Parlamentspräsidentin Simone Veill sowie Erklärstücken zu den EU-Institutionen. Sein „Griff nach den Sternen“ ist die ideale Einstiegslektüre, an deren Ende man sich Helmut Schmidts Einschätzung über die europäische Einigung anschließen kann: „Es ist in der Geschichte der Menschheit ein einzigartiges Unterfangen“ aw |

Anzeige

Vom Kaiserreich zur Republik

Walther Rathenau im „Zeitalter der Extreme“



Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung
35. Jahrgang 2023
Herausgegeben von Prof. Dr. Eckart Conze, Prof. Dr. Dominik Geppert, Prof. Dr. Ewald Grothe, Dr. Wolther von Kieseritzky, Prof. Dr. Anne C. Nagel, Prof. Dr. Joachim Scholtzky, Prof. Dr. Elke Seefried und im Auftrag der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
2023, 332 S., brosch., 74,- €
ISBN 978-3-7560-1331-9
E-Book 978-3-7489-1858-5

Anlässlich des 150. Jahrestages der Ermordung Walther Rathenaus 1922 analysieren die Beiträge die Vielfalt und Widersprüchlichkeit des liberalen Außenministers, Intellektuellen und Unternehmers: Welche Ordnungskonzepte und Diskurse prägten den Übergang zur Demokratie im „Zeitalter der Extreme“?

Nomos
eLibrary nomos-elibrary.de

Bestellen Sie im Buchhandel oder versandkostenfrei unter nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer





Die Spitzen der deutschen Politik treffen sich in Berlin, um den Geburtstag des Grundgesetzes zu feiern.

©Bundesregierung/Steffen Kugler

»Nicht auf ewig garantiert«

STAATSAKT Die Bundesrepublik und das Grundgesetz feiern 75. Jubiläum. Demokratiefeste gibt es in Berlin und Bonn

Sogar der Himmel über dem Platz zwischen Bundestag und Bundeskanzleramt war am Donnerstagmittag festlich geschmückt: Drei Fallschirmspringer der Bundespolizei, ausgestattet mit einer Deutschland-Fahne, einer Europa-Fahne und einer 75-Jahre-Fahne segelten über das Regierungsviertel und eröffneten damit den Staatsakt zum Jahrestag des Grundgesetzes. Am 23. Mai 1949, vor 75 Jahren, wurde das Grundgesetz in Bonn unterzeichnet und feierlich verkündet. Es ist ein Ereignis, das zugleich die Geburtsstunde der Bundesrepublik markiert.

Und auch an ein weiteres Jubiläum soll an diesem Tag in Berlin gedacht werden: 35 Jahre friedliche Revolution in der DDR. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier würdigte in seiner Rede das Grundgesetz als „großartiges Geschenk“ für Deutschland nach der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und bezeichnete es als ein Modell „für das friedliche Zusammenleben in einer Gesellschaft der Verschiedenen“.

Steinmeier betonte, dass die Verfassung daher nicht nur geschätzt, sondern auch gefeiert werden müsse. Denn: „Diese Verfassung gehört zu dem Besten, was Deutschland hervorgebracht hat.“ Ursprünglich als provisorische Verfassung für die Bundesrepublik gedacht, sollte das Grundgesetz nur bis zur Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten gelten. Zuvor hatten die drei westlichen Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, USA, Frankreich und Großbritannien, deutschen Politikerinnen und Politikern in den westlichen Besatzungszonen den Auftrag gegeben, eine politische Ordnung zu erarbeiten, die ihre Lehren aus der Weimarer-Republik und den Verbrechen des Nazi-Regimes zieht. Die heute weitgehend auf repräsentative Aufgaben beschränkte Stellung des Bundespräsidenten ist eine der Lehren, die die Mütter und Väter des Grundgesetzes aus dem Scheitern von Weimar zogen.

Zu diesen Lehren gehört beispielsweise auch, dass ein Bundeskanzler nur per „konstruktivem Misstrauensvotum“ im Bundestag durch die Wahl eines Amtsnachfolgers gestürzt werden kann. Für das Selbstverständnis der Bundesrepublik prägend wie verpflichtend aber ist vor allem als Antwort auf die vorherigen NS-Gräueltaten Artikel 1 Absatz 1 Satz 1 des Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

In seiner etwa halbstündigen Rede erinnerte Steinmeier daran, dass das Freiheitsversprechen des Grundgesetzes erst mit der Wiedervereinigung für alle Deutschen erfüllt wurde. Er hob hervor, dass daher sowohl 1949 als auch der Mauerfall 1989 entscheidende Wegmarken in der Geschichte der Bundesrepublik seien. Heute sei das Land zusammengewachsen und das Grundgesetz schließlich die Verfassung aller Deutschen: „Wir feiern zusammen, weil wir zusammengehören“, so Steinmeier. Das Grundgesetz habe sich als gesamtdeutsche Verfassung etabliert. Dabei gab es nach der Friedlichen Revolution in der DDR 1989 Überlegungen, das Grundgesetz durch eine gesamtdeutsche Verfassung zu ersetzen, so wie es ursprünglich in Artikel 146 vorgesehen war. Am Ende entschied

man sich jedoch dafür, dass die DDR dem Geltungsbereich des Grundgesetzes beitreten solle, was eine schnellere Wiedervereinigung ermöglichte.

Die folgenden Jahrzehnte seien von Einigkeit, Demokratie, europäischer Verbundenheit und Wohlstand geprägt gewesen. Doch Steinmeier stellte die Bürgerinnen und Bürger in seiner Rede am Donnerstag auf herausfordernde Zeiten ein: „Es kommen raue, auch härtere Jahre auf uns zu“, mahnte der Bundespräsident. Mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine sei der Krieg nach Europa zurückgekehrt. Da die Bedrohung seitens Russlands in naher Zukunft nicht schwinden werde, müsse Deutschland mehr in seine Sicherheit und Verteidigung investieren, um die hierigen Werte verteidigen zu können. „Wer die Freiheit liebt, darf vor dem Aggressor nicht weichen“, sagte Steinmeier und forderte, auch die Debatte über den Wehrdienst nicht zu scheuen. Weitere Herausforderungen seien der Klimawandel und die Wirtschaftskrise sowie zunehmender Antisemitismus, Angriffe auf Mandatsträger und politisch Engagierte oder Fake News. Spannungen zwischen der Verfassung und der Verfassungswirklichkeit seien nicht zu übersehen. Steinmeier warnte daher, das Grundgesetz sei „nicht auf ewig garantiert“.

Jeder Einzelne in Deutschland sei nun gefordert, sich für die Freiheit und Demokratie einzusetzen – eine starke Gesellschaft brauche das Land. ranghöchsten Politikerinnen und Politiker des Landes und die Spitzen der fünf Verfassungsorgane: Neben dem Bundespräsidenten sind dies die Präsidentinnen und Präsidenten von Bundestag, Bundesrat und Bundesverfassungsgericht – Bärbel Bas (SPD), Manuela Schwesig (SPD) und Stephan Harbarth – sowie Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD). Unter den rund 1.100 Gästen waren auch die früheren Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) und Angela Merkel (CDU) sowie Altbundespräsident Joachim Gauck. Auch Spitzen aus Gesellschaft, Kultur und Kirche waren angereist. Darunter beispielsweise die 102-jährige Holocaust-Überlebende Margot Friedländer. Um die Sicherheit der Veranstaltung zu gewährleisten, waren rund 1.000 Polizistinnen und Polizisten im Einsatz. Musikalisch untermalt wurde der Festakt von den Berliner Philharmonikern unter Dirigent Yannick Nézet-Séguin. Die Sängerinnen und Schauspielerinnen Katharina Thalbach und Andreja Schneider präsentierten ein Medley deutscher Lieder aus den Jahren 1949 bis 1989, das große Freude bei den Gästen auslöste. Ihre musikalische Zeitreise reichte unter anderem von „Über den Wolken“ von Reinhard Mey über „Du hast den Farbfilm vergessen“ von Nina Hagen bis zum Programm „Wenn ein Mensch lebt“ von den Puhdys. Für eine deutsche Verfassung sind die 75 Jahre, die das Grundgesetz nun in Kraft ist, in der jüngeren Geschichte eine

lange Zeit. Die Paulskirchen-Verfassung von 1849 war, was ihre Gültigkeitsdauer anbetrifft (nicht ihre Wirkmächtigkeit), quasi eine Totgeburt, trat sie doch nach der Ablehnung der Preußens König Friedrich Wilhelm IV. angebotenen Kaiserkrone nie in Kraft. Bismarcks Verfassung des Kaiserreichs von 1871 fand nach rund 47 Jahren mit der Reform vom Oktober 1918 noch zur Umwandlung der konstitutionellen Monarchie in eine parlamentarisch regierte, war aber mit der Ausrufung der Republik zwölf Tage später Vergangenheit. Die Weimarer Verfassung von 1919 wurde mit dem Ermächtigungsgesetz der Nationalsozialisten von 1933 bereits nach 14 Jahren Geschichte; Hitlers Terrorherrschaft erst nach zwölf Jahren. Seit der Verkündung des Grundgesetzes vor 75 Jahren hat sich viel ge-

tan: Statt der ursprünglich 146 Artikel umfasst es mittlerweile 203 Artikel. Der Gesetzestext gehört nun schon zu den älteren geltenden Verfassungen der Welt und dient als Vorbild für Verfassung anderer demokratischer Staaten. Dennoch wird immer wieder diskutiert, welche Änderungen oder Anpassungen das Grundgesetz hinsichtlich der sich verändernden Weltlage und neuen Herausforderungen benötigt. chalsto

Die Feierstunde am vergangenen Donnerstag ist erst der Auftakt zu einem dreitägigen Demokratiefest, das vom 24. bis zum 26. Mai in Bonn und Berlin stattfindet. Den Besucherinnen und Besuchern wird ein abwechslungsreiches Programm geboten. Zu dem Fest sind alle Bürgerinnen und Bürger eingeladen. Weitere Infos zum Programm gibt es im Internet unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/75-jahre-grundgesetz/programm-demokratiefest>



... der Schutz von Menschenrechten, Demokratie, Rechtsstaat und der Erhalt unserer Lebensgrundlagen. Stephanie Aeffner (Grüne)



... der Artikel 3 des Grundgesetzes: Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Silvia Breher (CDU)

»Wenn das Grundgesetz neben dem Schutz der Menschenwürde nur einen weiteren Artikel haben dürfte, dann wäre das für mich...«



... Artikel 3. Wenn ich mir einen weiteren Artikel wünschen könnte, wäre das die Teilhabe der Jugend. Karamba Diaby (SPD)



... Artikel 20, Absatz 2: Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Albrecht Glaser (AfD)



„Unterschätzt nicht die Religionsfreiheit! Sie ist nicht nur für Religiöse wichtig, sondern war die Vorläuferin vieler anderer Freiheiten.“ Maximilian Mordhorst (FDP)

»Ein Glücksfall für Deutschland«

Grußwort der Präsidentin des Deutschen Bundestages, Bärbel Bas

Wir feiern in diesem Jahr 75 Jahre Grundgesetz und 75 Jahre Deutscher Bundestag. Viele Menschen beenden uns um unsere Demokratie, unsere Freiheiten und unsere Grundrechte, die in unserem Alltag eine große Rolle spielen – ohne dass es uns jederzeit bewusst ist.

75 Jahre Grundgesetz sind auch 75 Jahre Bekenntnis zu Europa. Schon 1949 erklärte die Präambel des Grundgesetzes Deutschlands Willen, Teil eines „vereinten Europas“ zu sein. 1992 ist die „Verwirklichung eines vereinten Europas“ ausdrücklich zum Staatsziel erklärt worden.

In diesem Jahr feiern wir außerdem 35 Jahre Mauerfall und den 20. Jahrestag der großen EU-Osterweiterung. Europa konnte nach jahrzehntelanger Teilung endlich zusammenwachsen. Heute ist die Europäische Union eine starke Gemein-



Bundestagspräsidentin Bärbel Bas

© Deutscher Bundestag/Inga Haar

schaft von 27 Demokratien. Sie sichert unseren Wohlstand. Sie ermöglicht uns, im globalen Wettbewerb voranzugehen – und für Demokra-

tie und Freiheit in der Welt einzutreten.

Nach zwei Weltkriegen war die europäische Einigung

ein Garant für Frieden. Der russische Krieg gegen die Ukraine ist auch ein Angriff auf die europäische Friedensordnung. Wir müssen in

Europa zusammenstehen, mit aller Kraft die Ukraine weiter unterstützen und sie auf dem Weg in die Europäischen Union begleiten. Es geht um un-

sere Freiheit, Demokratie und Sicherheit in Europa.

Die Demokratie ist ein Grundpfeiler der Europäischen Union. Die Europawahlen sind die größten transnationalen Wahlen der Welt. Am 9. Juni 2024 sind auch Sie aufgerufen, Ihre Abgeordneten im Europäischen Parlament zu wählen. Machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch – und bestimmen Sie mit, wie sich die Europäische Union in den kommenden fünf Jahren entwickelt.

Europa und das Grundgesetz: Beides gehört eng zusammen. Beides ist ein Glücksfall für Deutschland, aber keine Selbstverständlichkeit. Deshalb macht es Mut, dass so viele Menschen für unsere Demokratie eintreten. **Das wollen wir feiern – bei einem Fest der Demokratie in Berlin und in Bonn. Sie sind herzlich eingeladen!**

Anzeige



75 Jahre
Demokratie
lebendig



Deutscher Bundestag

Besuchen Sie den Deutschen Bundestag zum Fest der Demokratie in Berlin und Bonn.
Es erwarten Sie viele informative und unterhaltsame Programm-Highlights!

Programm in Berlin
von Freitag, den 24. Mai 2024, bis Sonntag, den 26. Mai 2024,
im Reichstagsgebäude und Paul-Löbe-Haus

Dialog- und Gesprächsformate

- 25.5., 13.00-13.45 Uhr im Forum Plenarsaal, Paul-Löbe-Haus
Gespräch der Bundestagspräsidentin zum Thema „Demokratieförderung in Deutschland“
- 25.5., 15:30-16:15 Paul-Löbe-Allee
Gespräch der Bundestagspräsidentin im „Dialogforum“ zum Thema „75 Jahre Demokratie lebendig“
- 24.5., 19.00-19.45 Uhr im Forum Plenarsaal, Paul-Löbe-Haus
Gespräch des Polizeibeauftragten des Bundes beim Deutschen Bundestag Uli Grötsch
„Der Polizeibeauftragte – Hilfsorgan und Helf-Organ“
- 25.5., 11.00-11.45 Uhr im Forum Plenarsaal, Paul-Löbe-Haus
Zeitzeugengespräch der SED-Opferbeauftragten beim Deutschen Bundestag Evelyn Zupke
- 25.5., 12.00-12.45 Uhr im Forum Plenarsaal, Paul-Löbe-Haus
Gespräch des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Friedrich Merz
- 26.5., 15.00-16.00 Uhr im Forum Plenarsaal, Paul-Löbe-Haus
Podiumsgespräch „Ostdeutsche Perspektiven auf 75 Jahre Grundgesetz“ der Vizepräsidentin Petra Pau mit Dr. h.c. Wolfgang Thierse, Dr. Sabine Bergmann-Pohl und Marianne Birthler

Außerdem erwarten Sie weitere interessante Highlights:

- ab 23.5., 22.00 Uhr Allabendliche Lichtprojektion „Menschen und Parlament – 75 Jahre. Demokratie lebendig“
- 24.-26.5. in der Präsenzbibliothek, Reichstagsgebäude Ausstellung der Urschrift des Grundgesetzes
- „Theatersport Berlin“, Improvisationstheater im Forum Plenarsaal, Paul-Löbe-Haus
- Rollenspiel Forum Plenarsaal - Erleben Sie live und unterhaltsam, wie Ihr Parlament funktioniert!
Paul-Löbe-Haus
- Ausstellung „... denen mitzuwirken versagt war.“ Ostdeutsche Demokraten in der frühen Nachkriegszeit,
Reichstagsgebäude
- Ausstellung „Odyssee einer Urkunde. Die Paulskirchenverfassung vom 28. März 1849“, Paul-Löbe-Haus

Programm in Bonn
am Samstag, dem 25. Mai 2024, im ehemaligen Plenargebäude

stündlich zwischen 11.00 und 14.00 Uhr
sowie um 15.00 und 16.00 Uhr

Rollenspiel Forum Plenarsaal - Erleben Sie live und unterhaltsam, wie Ihr Parlament funktioniert!

direkt im Anschluss um 16.40 Uhr

moderiertes Questions & Answers mit der Leiterin der Abteilung Parlament und Abgeordnete,
im Plenarsaal

13.00/15.00 Uhr im Raum Berlin

„Der nächste Redner ist eine Dame“ - Lesung mit Helene Bukowski im Raum Berlin

13.20 Uhr

Frackübergabe an das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland
im Restaurantbereich

14 Uhr im Plenarsaal

„Information als Waffe - Pressefreiheit in Zeiten von Krieg und Diktatur“ interaktives Talkformat mit der ukrainischen Exil-Journalistin Lina Safronova und Kai Pfundt vom Bonner Generalanzeiger im Rahmen der Kampagne „Das Jahr der Nachricht“ der Initiative #usethenews im Plenarsaal

14.00 Uhr im Raum Berlin

Vorstellung „So arbeitet der Deutsche Bundestag“ - im Gespräch mit der Leiterin der Abteilung Parlament und Abgeordnete, Dr. Ruth Lang, im Raum Berlin

ab 17 Uhr im Plenarsaal

Filmvorführung „Menschen und Parlament 75 Jahre - Demokratie lebendig!“ im Plenarsaal

Besuchen Sie auch die Lobby, wo Sie zahlreiche weitere Highlights erwarten:

- Ausstellung „Das Grundgesetz und ich“ – Ergebnisse eines Workshops mit Schülerinnen und Schülern in Kooperation mit dem Haus der Geschichte
- Die Parlamentarischen Dienste stellen sich vor und beantworten Ihre Fragen
- Die Stenografinnen und Stenografen des Deutschen Bundestages stellen ihre Arbeit vor und stenografieren Ihren Namen auf eine original Bundestags-Tasche.
- Entdecken Sie die originalen Einbauten aus der Zeit der Bonner Republik und lauschen Sie historischen Plenardebatten in den Telefonzellen
- Testen Sie Ihr Wissen beim Bundestagsquiz oder lauschen Sie der Live-Musik im Restaurant.
- Das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist als Ansprechpartner für Ihre Erinnerungen an 75 Jahre Grundgesetz und Parlamentarismus vor Ort.



Das gesamte Programm finden Sie unter: <https://www.bundestag.de/demokratiefest>



AUFGEKEHRT

Freude schöner Wahl-O-Mat

Der Wahl-O-Mat gehört bei uns zu den lieb gewonnenen Traditionen, wie der kurze Spaziergang zum Wahllokal in der nächsten Schule, vorbei an aufgeschlossenen Drogendealern, die vermutlich auch wahlberechtigt sind. Der Wahl-O-Mat ist eigentlich idiotensicher, was nicht heißt, dass man das Ergebnis verstehen, nachvollziehen oder gar akzeptieren muss. Schließlich soll das Programm nur eine Entscheidungshilfe sein. Wer schon einmal im Supermarkt vor dem Regal mit Baby-Windeln stand, weiß, wie schwierig solche Entscheidungen sein können.

Viele Jugendliche ab 16 wählen in diesem Jahr zum ersten Mal und dann gleich bei einer Europawahl, der ganz große „Move“ also. Ein gesprächiger Nachbarjunge wollte neulich wissen, wie der Wahl-O-Mat in seinem Fall zu deuten sei („what the fuck“). Er hatte sich nämlich eigentlich für die „Letzte Generation“ entschieden („klar Digga“), der Wahl-O-Mat zeigte dann aber mit einer ganz anderen Partei die größte Übereinstimmung. Den Hinweis, dass der Weltuntergang vor 40 Jahren ohnehin schon genauso bedrohlich war wie heute, nahm er nachsichtig lächelnd zur Kenntnis („lol flexer“). Alle sind eben „goofy“, da kann man nichts machen.

Und jetzt? Wählen ist Abenteuer, man weiß ja nie, was am Ende dabei herauskommt, aber Spannung ist garantiert. Vielleicht sogar Freude: Darüber, dass das Friedensprojekt Europa auch in der nächsten Generation weiter blüht, „voll Rizz“ eben. Dieser Tage marschierten Grundschulkinder im Pulk am Bundestag vorbei und sangen lautstark, fröhlich und überraschend textsicher: „Freude schöner Götterfunken“. Der olle Schiller hätte das sicher „Yolo“ gefunden (you only live once). **pk**

VOR 35 JAHREN...

»Europa muss ungeteilt sein«

31.5.1989: George Bush fordert Mauerfall. In den USA war man lange misstrauisch, ob sich die Neuerungen, die Michail Gorbatschow seinem Land verordnete, Bestand haben würden. Der Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion wollte

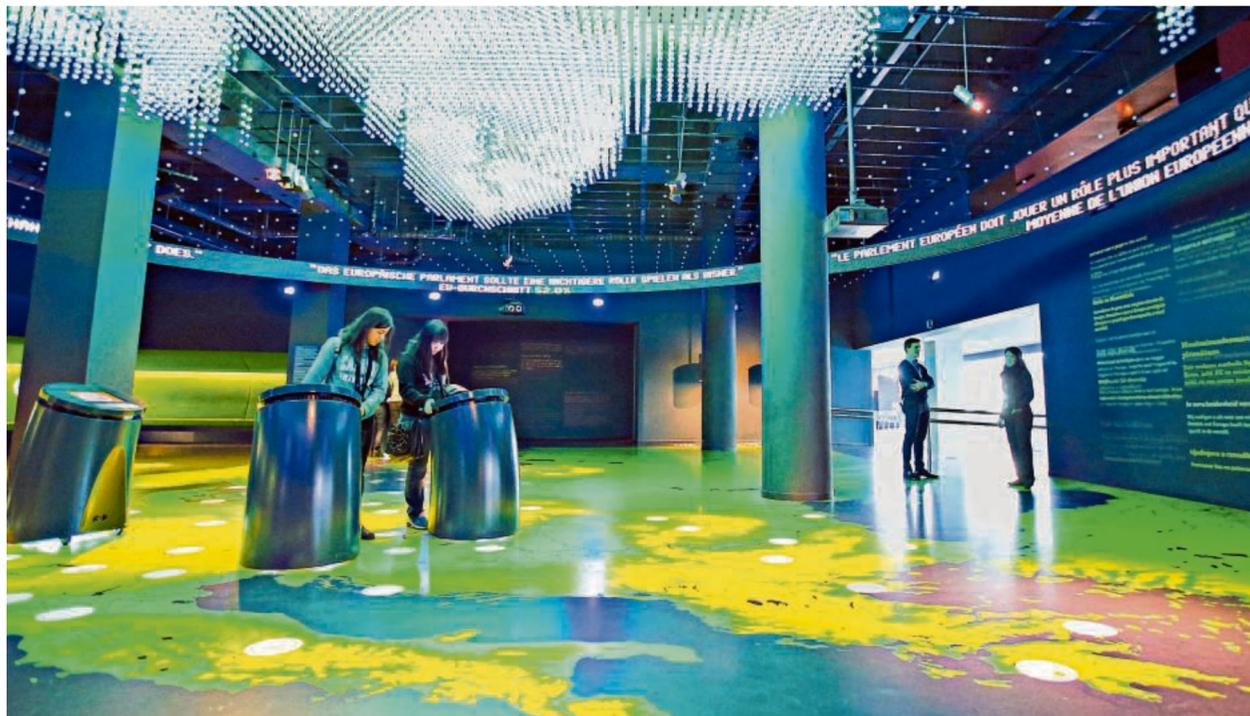


US-Präsident Bush bei seinem Deutschland-Besuch in der Mainzer Rheingoldhalle.

nicht nur „Glasnost und Perestroika“, er wünschte sich auch ein „gemeinsames europäisches Haus mit Anerkennung von demokratischen Werten“. Doch auch der frisch gewählte US-Präsident George Bush hatte ambitionierte Ziele. Schon kurz nach seiner Wahl Ende 1988 hatte er seinem Beraterstab verkündet: „Wir sollten große Träume träumen.“ Wie groß Bushs Träume waren, wurde in der Bundesrepublik am 31. Mai 1989 klar.

Bei seinem ersten Deutschland-Besuch reiste der neue Präsident nach Gesprächen mit Kanzler Helmut Kohl und Bundespräsident Richard von Weizsäcker (beide CDU) von Bonn nach Mainz. In der Rheingoldhalle hielt Bush eine Grundsatzzrede, in der er die eindeutige Position der USA erklärte: „Die Welt hat lange genug gewartet. Die Zeit ist reif. Europa muss frei und ungeteilt sein.“ Der „Eiserne Vorhang“ müsse fallen, wie es in Ungarn schon der Fall war, und „Berlin muss die nächste Station sein“, so Bush. Als „Partner in einer Führungsrolle“ sollten die USA und die Bundesrepublik daran arbeiten, dass die Grenzen überall in Europa fallen. „Wir streben die Selbstbestimmung für ganz Deutschland und alle Länder Osteuropas an“, rief Bush. Die Berliner Mauer nannte er ein „Monument für das Scheitern des Kommunismus“. Sie trenne Nachbarn und Brüder, „sie muss fallen“. Quasi als Replik auf Gorbatschows Worte betonte er: „Es kann kein gemeinsames europäisches Haus geben, wenn sich nicht alle seine Bewohner von Raum zu Raum frei bewegen können.“ **Benjamin Stahl**

ORTSTERMIN: PARLAMENTARIUM IN BRÜSSEL



Entdeckungsreise durch Europa: Das Parlamentarium in Brüssel ist das größte Besucherzentrum eines europäischen Parlaments und bringt Besucherinnen und Besuchern den Kontinent auf interaktive Weise näher.

Europa erleben

Im Europaviertel in Brüssel stehen alle Zeichen auf Wahl: Das Altiero-Spinelli-Gebäude des Europäischen Parlaments ist mit blauen und weißen Bannern geschmückt. Auf ihnen prangen die Worte „European Election“ (Europawahl) und „Use your Vote“ (Nutze deine Stimme). „Nutze deine Stimme. Sonst entscheiden andere für dich“ ist das diesjährige Motto der Europawahl, die je nach Mitgliedsstaat zwischen dem 6. und 9. Juni stattfindet. Während Touristinnen und Touristen vor dem Parlamentsgebäude posieren und Fotos machen, beobachten einige Obdachlose das rege Treiben. Auch eine Schulklassen aus Österreich bahnt sich ihren Weg durch die Menschenmenge – sie sind auf dem Weg ins Parlamentarium, dem Besucherzentrum des Europäischen Parlaments. Seit seiner Eröffnung im Jahr 2011 bietet das Parlamentarium Besucherinnen und Besuchern eine informative Reise durch die Europäische Union. Es liefert Informationen zur europäischen Geschichte, den Organen der EU in Brüssel, Straßburg und Luxemburg sowie den derzeit 705 Abgeordneten und dem Wirken der EU in allen 24 Amtssprachen. In der Ausstellung werden in regelmäßigen Abständen berühmte Europäerinnen und Europäer vorgestellt – darunter Victor Hugo, Maria Callas oder Marie Curie. Es ist das

größte Besucherzentrum eines Parlaments in ganz Europa. Aufgelockert wird die Informationsflut durch interaktive Tafeln. Sie ermöglichen es den Besucherinnen und Besuchern, sich aktiv mit europäischen Themen auseinanderzusetzen. So können die Gäste der Ausstellung beispielsweise auf einer begehbaren Landkarte mehr über die Vielfalt des europäischen Kontinents erfahren. Besonders anschaulich wird in kurzen Videos gezeigt, wie die EU das tägliche Leben ihrer Bürgerinnen und Bürger beeinflusst. So berichtet zum Beispiel Carla Martins aus Portugal davon, wie sie mit Hilfe des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung eine neue Arbeit fand. Wie in dem Video erklärt wird, unterstützt der Globalisierungs-Fonds Menschen dabei, einen neuen Arbeitsplatz zu finden, wenn eine Fabrik an einen Standort außerhalb der EU verlagert wird. Jährlich stellt die EU dafür etwa 500 Millionen Euro zur Verfügung. In einem anderen Video erzählt der Barbesitzer Hristoslav Galileev aus Rumänien, wie sich die EU-Vorschrift zum Rauchverbot an öffentlichen Orten auf sein Lokal auswirkt. So könne er es zwar verstehen, dass man sich auf globaler Ebene Gedanken zur Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger mache – dennoch habe die Vorgabe an-

fangs negative Auswirkungen auf die Zahl der Gäste in seiner Bar gehabt. Auch den Jugendlichen aus der österreichischen Schulklasse gefallen die interaktiven Inhalte in der Ausstellung am besten. Und natürlich, dass man so viele Fotos machen könne – so erzählen es Zofia, Charlie und Rika. Sie verbringen die meiste Zeit an einer interaktiven Karte, auf der sie ihre Wünsche für Europa hinterlassen können. Zofia schreibt, dass sie sich mehr Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen wünscht. Charlie möchte, dass jede Person einfach sie selbst sein kann. Rikas Wunsch ist es, dass mehr gegen Obdachlosigkeit getan wird und Menschen, die auf der Straße leben, ein Zuhause, Arbeit und Hilfe finden. Auch die Europawahl ist bei den drei Jugendlichen Thema. Sie sind alle 16 Jahre alt und dürfen nach österreichischem Wahlrecht im Juni ihre Stimme abgeben. Doch Rika ist sich unsicher, ob sie tatsächlich wählen kann. Sie ist erst vor zwei Jahren von Ungarn nach Österreich gezogen und hat die ungarische Staatsbürgerschaft – und dort liegt das Wahlalter bei 18 Jahren. Fragt man Rika, was sie mit Europa verbindet, sagt sie „Freiheit und kulturelle Vielfalt“. Am Ende ergänzt sie noch: „Für mich ist Europa Zuhause.“ **Carolin Hasse**

LESERPOST

Zum 75. Jubiläum des Grundgesetzes: Mein Bollwerk gegen Hass und Hetz, ist unser deutsches Grundgesetz. Es stärkt die Schwachen, schützt die Starke, verbindet weltweit Friedensmarken. Das Meisterwerk von Bürgerrechten, gibt Halt am Tag und schlimmen Nächten, es schützt vor Übergriffen und Gewalt, behütet Würde, lehrt Zusammenhalt. Ein Hoch auf unser Grundgesetz, du Festung gegen Angstgeschwätz. Wir wollen Freiheit, Recht und Menschlichkeit, und steh'n zu dir, in Einigkeit. **Fritz Goschenhofer, Neuburg a.d.Donau**

Zur Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung: Die Beiträge für Renten-, Kranken- und

Pflegeversicherung werden in den nächsten Jahren enorm steigen. Statt mit Reformen den Kostenanstieg zu senken, passiert genau das Gegenteil. Minister Lauterbach und Minister Heil sorgen kontraproduktiv nochmal ordentlich dafür, die Geldbeutel der Beschäftigten und Firmenchefs zu schröpfen! Unfair und brandgefährlich für unseren Sozialstaat! Es liegt doch auf der Hand: Stabile Renten, gute Pflege- und Krankenversicherung gibt es nicht zum Nulltarif und nur wenn fleißige Arbeitnehmer dies auch finanzieren. Belohnt „das Fleißigsein“, dass die Beschäftigten in der Tat am Monatsende genügend Geld (Netto) auf ihrem Konto haben. Durch die Erhöhung der Altersbezüge rutschen mehr als 100.000 Menschen in die Steuerpflicht. Fazit: So tut die Regierung derzeit alles, um

den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu minimieren. **Ursula Reichert, Hanau**

Zur Ausgabe 9-11 vom 24.2.2024, „Der Blockierer“ auf Seite 10: „Es gibt viele Möglichkeiten, Karriere zu machen, aber die sicherste ist noch immer, in der richtigen Familie geboren zu sein“ (Zitat von Donald Trump). Der republikanische Realist Donald Trump bekommt seine zweite Chance und diese dürfte er vermutlich eiskalt für sich nutzen. Unter Trump ging es auf dem Erdenball etwas friedlicher zu, trotz seiner oft sehr aggressiven Wortschwallde und Wortschöpfungen. **Klaus P. Jaworek, Büchenbach**

SEITENBLICKE



PERSONALIA

>Verena Wohlleben Bundestagsabgeordnete 1990-2005, SPD
Am 8. Juni wird Verena Wohlleben 80 Jahre alt. Die Bürokauffrau aus Lauf an der Pegnitz trat 1969 der SPD bei und war dort von 1978 bis 1996 Stadträtin. Wohlleben engagierte sich im Bundestag im Verteidigungsausschuss. Von 1995 bis 2005 gehörte sie der Parlamentarischen Versammlung der Nato an. Für ihre Verdienste wurde Wohlleben 2007 mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

>Dieter Haack Bundestagsabgeordneter 1969-1990, SPD
Am 9. Juni vollendet Dieter Haack sein 90. Lebensjahr. Der Jurist aus Erlangen, SPD-Mitglied seit 1961 und von 1975 bis 1995 stellvertretender Landesvorsitzender in Bayern, wirkte im Bundestag im Ausschuss für innerdeutsche Beziehungen mit und gehörte von 1982 bis 1990 dem Vorstand seiner Bundestagsfraktion an. Von 1972 bis 1978 war er Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesbauminister und stand von 1978 bis 1982 selbst an der Spitze des Ministeriums. In seiner Amtszeit wurde unter anderem das Städtebauförderungsgesetz verabschiedet. Von 1990 bis 1997 gehörte Haack dem Bayerischen Senat an. **bmh**

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik?

Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin

redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 8. Juni 2024.

PERSONALIA

>Uta Titze-Stecher Bundestagsabgeordnete 1990-2002, SPD
Am 13. Mai starb Uta Titze-Stecher im Alter von 81 Jahren. Die Sonderschullehrerin aus Eichenau/Kreis Fürstentfeldbruck wurde 1971 SPD-Mitglied und gehörte von 1992 bis 1996 dem bayerischen Landesvorstand an. Titze-Stecher betätigte sich im Bundestag im Haushaltsausschuss und war von 1998 bis 2002 Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses.

>Bodo Seidenthal Bundestagsabgeordneter 1987-2002, SPD
Am 10. Mai starb Bodo Seidenthal im Alter von 76 Jahren. Der Ingenieur aus Königs-Lutter trat 1967 der SPD bei und gehörte dem Vorstand des Bezirks Braunschweig an. Seit 1974 war er Stadtrat in Königs-Lutter. Seidenthal engagierte sich im Forschungsausschuss.

>Bernd Schmidbauer Bundestagsabgeordneter 1983-2009, CDU
Am 29. Mai vollendet Bernd Schmidbauer sein 85. Lebensjahr. Der Studiendirektor aus Eppenheim/Rhein-Neckar-Kreis war von 1981 bis 2003 Vorsitzender des dortigen CDU-Kreisverbands und gehörte von 1971 bis 1989 dem gleichnamigen Kreistag an. Schmidbauer, stets Direktkandidat des Wahlkreises Rhein-Neckar, amtierte von 1991 bis 1998 als Staatsminister beim Bundeskanzler und als Koordinator der Nachrichtendienste.

>Herbert Behrens Bundestagsabgeordneter 2009-2017, Die Linke
Am 30. Mai wird Herbert Behrens 70 Jahre alt. Der Gewerkschaftssekretär aus Osterholz-Scharmbeck, seit 2007 Mitglied der „Linken“, stand von 2015 bis 2017 an der Spitze der niedersächsischen Landespartei. Behrens wirkte im Verkehrs- sowie im Rechnungsprüfungsausschuss mit. 2016 wurde er Vorsitzender des Untersuchungsausschusses zum „Diesel-Abgaskandal“.

>Hans-Werner Senfft Bundestagsabgeordneter 1985-1987, Bündnis 90/Die Grünen
Hans-Werner Senfft wird am 3. Juni 70 Jahre alt. Der Reisebürokauffmann aus Waren-dorf, der zum Gründerkreis der „Grünen“ zählt, war Mitarbeiter beim Bundesverband „Bürgerinitiativen Umweltschutz“. Senfft wirkte im Bundestag im Verkehrsausschuss mit.

>Christiane Ratjen-Damerou Bundestagsabgeordnete 2010-2013, FDP
Am 4. Juni begeht Christiane Ratjen-Damerou ihren 70. Geburtstag. Die Landwirtschaftsdirektorin aus Oldenburg trat 1989 der FDP bei und amtierte von 2010 bis 2012 als Generalsekretärin ihrer Partei in Niedersachsen. Ratjen-Damerou wirkte im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit.

>Rudolf Henke Bundestagsabgeordneter 2009-2021, CDU
Rudolf Henke wird am 5. Juni 70 Jahre alt. Der Arzt aus Aachen schloss sich 1992 der CDU an und saß seit 1999 im NRW-Landesvorstand. Von 1995 bis 2009 gehörte er dem Landtag in Düsseldorf an. Im Bundestag betätigte sich Henke, stets Direktkandidat des Wahlkreises Aachen I, im Gesundheitsausschuss, dessen stellvertretenden Vorsitz er von 2013 bis 2017 innehatte. Von 2007 bis 2019 stand er an der Spitze des „Marburger Bundes“.

>Robert Hochbaum Bundestagsabgeordneter 2002-2017, CDU
Am 5. Juni begeht Robert Hochbaum seinen 70. Geburtstag. Der Diplom-Verwaltungswirt aus Falkenstein im Vogtland schloss sich 1983 der CDU an. Der Direktkandidat des Wahlkreises Vogtland-Plauen engagierte sich im Wirtschaftsausschuss sowie im Verteidigungsausschuss und war von 2003 bis 2017 Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der Nato.

>Rainer Ortleb Bundestagsabgeordneter 1990-1998, FDP
Rainer Ortleb wird am 5. Juni 80 Jahre alt. Der Universitätsprofessor aus Rostock trat 1968 der LDP in der DDR bei und amtierte von 1991 bis 1994 als FDP-Landesvorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern. 1990 gehörte er der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR an. Als Bundesminister für Bildung und Wissenschaft von 1991 bis 1994 setzte Ortleb unter anderem mit dem Hochschulrenewingprogramm Akzente.

>Thomas Sattelberger Bundestagsabgeordneter 2017-2022, FDP
Thomas Sattelberger vollendet am 5. Juni sein 75. Lebensjahr. Der Diplom-Betriebswirt aus München, FDP-Mitglied seit 2015, war forschungspolitischer Sprecher seiner Fraktion und betätigte sich im Bildungsausschuss. 2021/22 amtierte er als Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung. **bmh**

leicht
erklärt!

Europa-Wahl

Ein neues Parlament für die EU



Nächsten Monat ist eine Wahl in der Europäischen Union.

Genauer: Die Wahl zum Europäischen Parlament.

Im folgenden Text steht mehr dazu.

Folgende Fragen werden zum Beispiel beantwortet:

- Was ist die Europäische Union?
- Was ist das Europäische Parlament?
- Worum genau geht es bei der Wahl?



Was ist die Europäische Union?

Die Europäische Union ist eine Gruppe aus mehreren Ländern.

Genauer:
Aus 27 europäischen Ländern.

Die Länder arbeiten zusammen. Denn sie wollen in Europa eine bessere Politik machen.

Ihre Politik soll nicht nur gut für die einzelnen Länder sein.

Sie soll ganz Europa beachten.

Die Abkürzung für Europäische Union ist: EU.

Auch Deutschland ist Mitglied in der EU.



Was ist das Europäische Parlament?

Verschiedene politische Gruppen leiten die EU.

Eine dieser Gruppen hat den Namen: Europäisches Parlament.

Im Europäischen Parlament sitzen über 700 Politiker.

Sie kommen aus allen Ländern der EU.

Jedes EU-Land schickt eine bestimmte Anzahl an Politikern ins Parlament.

Diese Politiker werden von den Bürgern im jeweiligen EU-Land gewählt.



Das Europäische Parlament trifft sich in Straßburg.

Das ist eine Stadt in Frankreich.

Viele Treffen finden auch in der Stadt Brüssel in Belgien statt.

Ein weiterer Arbeits-Ort ist Luxemburg.



Was macht das Europäische Parlament?

In der Europäischen Union leben ungefähr 450 Millionen Menschen.

Die Politiker im Europäischen Parlament vertreten diese Bürger. Sie setzen sich für ihre Interessen ein.

Dafür erledigt das Parlament verschiedene Aufgaben.

Hier ein paar Beispiele.

Gesetze machen



Das Europäische Parlament bestimmt über Gesetze mit.

Und zwar Gesetze, die dann in der gesamten EU gelten.

EU-Kommission bestimmen



Eine weitere politische Gruppe in der EU heißt: Europäische Kommission.

Sie ist so etwas wie die Regierung der EU.

Sie macht zum Beispiel Folgendes:

- Sie schlägt neue Gesetze vor.
- Sie kümmert sich darum, dass Gesetze ausgeführt werden.
- Sie macht Vorschläge, wofür Geld ausgegeben werden soll.
- Sie passt auf, dass die EU-Länder sich an Abmachungen halten.

Das Europäische Parlament bestimmt über die Mitglieder der Kommission mit.

Außerdem wählt es den Chef der Kommission.

Und es kann die Kommission auch auflösen.

Bei Ausgaben mitbestimmen

Das Europäische Parlament bestimmt mit, wofür die EU Geld ausgibt.



Die Europäische Kommission macht dazu einen Vorschlag.

Das Europäische Parlament kann diesem Vorschlag dann zustimmen.

Es kann ihn auch ablehnen.

Dann muss die Kommission einen neuen Vorschlag machen.

Überwachung der EU



Das Europäische Parlament überwacht, ob in der EU gute Arbeit geleistet wird.

Es schaut zum Beispiel, ob Geld sinnvoll ausgegeben wird.

Es schaut auch, ob sich die EU-Länder an EU-Gesetze halten.

Außerdem überwacht das Europäische Parlament die Arbeit von verschiedenen anderen politischen Gruppen in der EU.

Zum Beispiel die Arbeit der Europäischen Kommission.

Wahl des Europäischen Parlaments

Das Europäische Parlament ist die einzige politische Gruppe der EU, die direkt von den Bürgern gewählt wird.

Die Wahl findet alle 5 Jahre statt.

Die erste Wahl war im Jahr 1979.

Die letzte war im Jahr 2019.

Die nächste Wahl findet in der ganzen EU vom 6. bis zum 9. Juni 2024 statt.

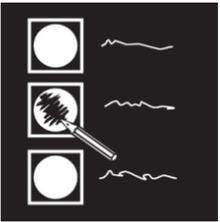
In unterschiedlichen Ländern ist die Wahl an unterschiedlichen Tagen.

In Deutschland ist sie am 9. Juni. Das ist ein Sonntag.



Regeln für die Wahl

Die Wahl zum Europäischen Parlament findet in allen EU-Ländern statt.



Jedes Land kann selbst entscheiden, wie genau die Wahl in diesem Land ablaufen soll.

Denn jedes Land macht Wahlen nach ein klein wenig anderen Regeln.

Für die Wahl gibt es allerdings auch einige Regeln, an die sich alle EU-Länder halten müssen.

Wichtigste Regeln

Besonders wichtig sind zum Beispiel die folgenden Regeln:

- 1) Für alle Wähler in einem Land gelten die gleichen Wahl-Regeln.
- 2) Jeder Wähler darf selbst entscheiden, wen er wählen möchte.
- 3) Jeder Wähler in einem Land hat gleich viele Stimmen.
- 4) Man muss niemandem verraten, wen man gewählt hat.

Wahl-Alter

Beim Wahl-Alter muss man 2 Dinge unterscheiden.

- 1) Ab wann darf jemand wählen?
- 2) Ab wann darf sich jemand wählen lassen?
Also als Bewerber bei der Wahl antreten?

1) Ab wann darf man wählen?

In den meisten EU-Ländern darf man ab 18 Jahren wählen.

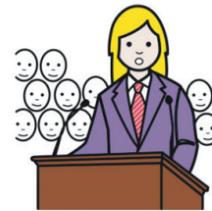
Bisher war das auch in Deutschland so.

Für die Wahl in diesem Jahr wurde das aber geändert.

Dieses Mal darf man schon mit 16 Jahren wählen gehen.

Auch in folgenden Ländern darf man schon mit 16 wählen: Belgien, Malta, Österreich.

In Griechenland muss man 17 Jahre alt sein.



2) Ab wann darf man sich wählen lassen?

Ab wann man sich bei der Wahl wählen lassen darf, ist von Land zu Land unterschiedlich.

In ungefähr der Hälfte der EU-Länder darf man ab 18 Jahren bei der Wahl antreten.

So auch in Deutschland.

In mehreren Ländern darf man mit 21 bei der Wahl antreten.

In Rumänien erst mit 23 Jahren.

Und in Italien und Griechenland erst mit 25 Jahren.

Wie viele Politiker schickt ein Land?

Jedes Land schickt Politiker ins Europäische Parlament.

Und zwar mindestens 6 Politiker. Und höchstens 96 Politiker.

Wie viele Politiker ein Land genau schickt, hängt von seiner Einwohner-Zahl ab.

Je mehr Einwohner ein Land hat, desto mehr Politiker darf es schicken.

In keinem Land der Europäischen Union leben so viele Menschen wie in Deutschland.

Darum schickt Deutschland die meisten Politiker ins Europäische Parlament.

Also 96 Personen.

Wen wählt man?

Bei der Wahl in Deutschland wählt man nicht direkt Personen. Man wählt Parteien.

Also zum Beispiel die Parteien SPD, die Grünen, die FDP, die CDU, die CSU, die AfD, die Linke oder das BSW. Oder auch andere Parteien.

Das funktioniert so:





Jede Partei stellt eine Liste auf.
Auf dieser Liste stehen die Bewerber.

Bei der Wahl darf jeder Wähler eine
Liste ankreuzen.

Damit hat er dieser Liste und damit
dieser Partei seine Stimme gegeben.



Am Ende wird geschaut, wie viele
Stimmen jede Partei bekommen hat.

Davon hängt ab,
wie viele Politiker diese Partei ins
Europäische Parlament schicken darf.

Je mehr Stimmen, desto mehr
Politiker darf sie schicken.

Jede Partei schickt die Leute in der
Reihenfolge, wie sie auf ihrer Liste
stehen.

Das bedeutet zum Beispiel:
Wenn eine Partei 10 Politiker ins
Parlament schicken darf, dann
schickt sie die ersten 10 Personen auf
ihrer Liste.

Gruppen im Parlament



Im Europäischen Parlament schließen
sich die Politiker aus verschiedenen
Ländern zu Gruppen zusammen.

Das Fach-Wort für so eine Gruppe ist:
Fraktion.

In einer Fraktion sind Politiker, die
eine ähnliche Politik machen wollen.

Sie schließen sich zusammen,
weil sie ihre Ziele gemeinsam besser
durchsetzen können.

So können sie zum Beispiel leichter
Abstimmungen gewinnen.

Die Politiker aus einem Land können
sich also auf verschiedene Fraktionen
verteilen.

Kurz zusammengefasst



Im Juni ist Europa-Wahl.

Dabei wird das Europäische
Parlament gewählt.

Das Europäische Parlament ist das
Parlament der Europäischen Union.

Die Bürger der Europäischen Union
wählen Politiker, die ihre Interessen
vertreten.

Diese Politiker machen dann zum
Beispiel Gesetze.

Oder sie entscheiden, wofür Geld in
der Europäischen Union ausgegeben
wird.

Die Wahl zum
Europäischen Parlament
ist die größte Wahl in Europa.

Die Entscheidungen des Parlaments
betreffen alle Menschen in der EU.
Deswegen ist diese Wahl sehr
wichtig.

In ein paar Wochen wissen wir, wie
sie ausgegangen ist.

Weitere Informationen
in Leichter Sprache gibt es unter:
www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde geschrieben vom

NachrichtenWerk

der Bürgerstiftung antonius : gemeinsam Mensch

An St. Kathrin 4, 36041 Fulda, www.antonius.de

Kontakt: Bastian Ludwig, info@nachrichtenwerk.de



Redaktion: Annika Klüh,
Bastian Ludwig, Isabel Zimmer

Titelbild: © picture alliance / Zoonar / DesignIt. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative-Commons-Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Nr. 22-23/2024

Die nächste Ausgabe erscheint am 8. Juni 2024.